NR. 11 2/83 4.-DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

GANDHI

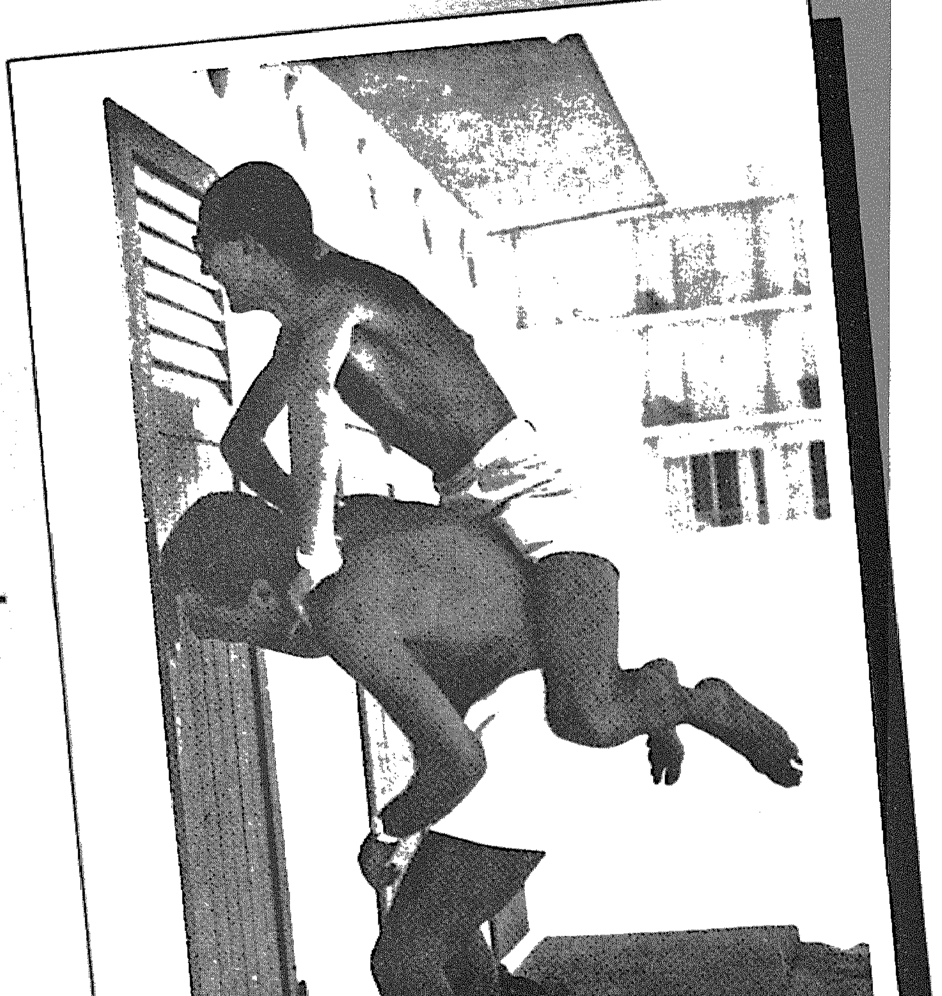
FOLTER IN DER TÜRKEI

AUSLÄNDER FEINDLICHKEIT

ZUR NOTWENDIGKEIT EINER SOZIALEN BEWEGUNG

HOLOCAUST MENTALITÄT IN DER NATO

AGRAROPPOSITION IN DER BRD



EIN INTERVIEW
SITUATION DER ITALIENISCHEN LINKEN

LESERINFORMATION

Mit der NR-Diskussion scheint der SCHWARZE FADEN ein Tabu berührt zu haben, denn kein Thema findet solche Resonanz. Dabei trifft uns manche "Kritik", die für streng antifaschistische Ausgrenzung plädiert, - nach dem Motto "mit denen diskutiert man nicht" (eine autoritäre Haltung, die wir so nicht akzeptieren.) Keiner dieser "Kritiker" macht sich klar, daß Links/Rechts-Feindbilder im Fall der Nationalrevolutionäre bloße Schwarz/Weiß-Malerei bedeuten, die einfach nicht stimmt, und die politisch sicherlich verkehrt ist. Antifaschismus kann nicht nur ein Verdammen von Gruppen bedeuten, die sich selbst als antifaschistisch bezeichnen. Die Auseinandersetzung mit Gruppen, die bewußt Linkes mit Rechtem vermischen, muß von uns schon deshalb gesucht werden, um Klarheit zu bekommen, was bei dieser Vermengung entsteht. Die Sehnsucht nach einfachen Kategorien und Feindbildern ist zwar psychologisch verständlich, aber falsch und überholt. Die Realität ist anders; die NR gibt es, - und sie gab es unbeachtet seit langem. Sie arbeiten in den GRÜNEN, in der FRIEDENSBEWEGUNG usw., sie publizierten in der "taz", in den "Alternativen Adreßbüchern", in "Unter dem Pflaster liegt der Strand" usw., es erscheinen Bücher, die auch in großen Medien besprochen werden (z.B. in der FR, 23.4.83: Die Autobiographie Karl O.Paetels - "Einer der linken Leute von rechts" von Ossip K. Flechtheim) All das blieb bislang weitgehend unproblematisiert; Anzeigen tauchten in "Pogrom", sogar in der "KVZ" auf, - von den aufrechten Antifaschisten hat sich niemand beklagt; vermutlich aus Unwissenheit. Dem SF ging es zunächst darum dem abzuhelfen und Informationen zu den NR's zu geben, an die sich eine kritische Auseinandersetzung anschloß. Die entstandene Diskussion hat Positionen verdeutlicht und in unserer "ENTGEGNUNG" (SF.NR. 10) haben wir unsere Kritik unmißverständlich geäußert. Trotzdem wurden einzelne Genossen von uns, die den SF im Wiederverkauf anbieten, in letzter Zeit "angemacht",und zwar meist von Leuten, die außer ihrer aufrechten Haltung wenig Information besaßen und diese offensichtlich auch gar nicht wollten, um ihr "heiles Weltbild" (?) nicht zu hinterfragen. Die Ursachen für solche moralische Entrüstung vermuten wir in manchen Fällen weniger in unserer Diskussionsbereitschaft, sondern in den Schuldgefühlen oder Verdrängungswünschen derer, die sie äußern. Deshalb folgende Polemik:

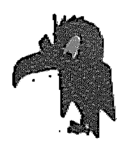
Werner Vogel und die Folgen: Grüne Generalreinemachaktion.

Man höre und staune: Der Schwarze Faden (besser gleich noch der ganze bundesdeutsche Anarchismus) driftet in rechtsradikale Gewässer. Grüne aus dem Raum Regensburg und aus NRW, welche ihre so liebend gern reingehaltene Unschuldsweste mit Werner Vogel befleckten, wollen den SF dort vor Anker gehen gesehen haben. Sie alle gefallen sich in der Rolle derjenigen, die entweder nicht lesen können - wir nehmen eher an: es bewußt nicht wollen! So wurden Henning Eichberg wie auch Paul Winteracker von uns niemals als SF-Mitarbeiter gehandelt,
beiter gehandelt; ihre Beiträge wurden nur dokumentiert und im Gegenteil in der letzten Ausgabe von Wolfgang Haug auf nationalistische Analogien hin untersucht und unsere anarchistische Kritik daran deutlichst herausgestellt. Dennoch gehen die Scheißhausparolen im Bild-Zeitungsstil durch die Lande: "Anarchisten arbeiten mit Nationalrevolutionären zusammen"; "Anarchisten sind verkappte Faschisten" und deren mehr. Interessanterweise wird die angebliche Paralellität von Vertretern "grüner Programmgewaltfreiheit" an der fehlenden Gewaltdistanzierung seitens anarchistischer wie auch nationalrevolutionärer Positionen festgemacht!
Ist man bei Herrn Zimmermanns "Links=Rechts=Totalitarismus"-Seminaren in die Schule gegangen? Die Saubermänner gehen durchs Land und schütten das Kind mit dem Bade aus. Übrig bleibt ein aufpolierter parlamentarischer Weg, deren Propagandisten durch Diffamierung verlorengeglaubte Stimmenprozente aufzuholen gedenken. Wenn das so weitergeht, müssen wir in Zukunft damit rechnen, daß der SF in der nächsten Untersuchung zu Rechtsradikalismus als "nationalrevolutionäres Propagandaorgan" auftaucht?
Nun denn - so sollen sich diese Grünen eben von breiten Teilen der eigentlichen Basis distanzieren und im anvisierten Bonner Saft schmoren - wo sie im Bundeshaus die Bänke mit manchem ehemaligen NS-Funkionär oder Mitläufer teilen!
Die SF-Redaktion hat solcher üblen Meinungsmache nichts hinzuzufügen und weist alle dennoch irritierten Leser darauf hin, das tatsächlich Geschriebene nochmals gründlich zu lesen!
Noch zu ganz praktischen Dingen: für die Redaktionsarbeit fehlt uns jede Menge Photomaterial (incl. Zeichnungen, Karikaturen etc.),wenn ihr also mal eure Zeitschriften durchschaut, bevor sie zum Altpapier gehen, wäre uns sicher geholfen.Für den Vertrieb wären uns gebrauchte Versandtaschen von großem Nutzen, darunter dürfen auch kleinere für Bücher sein.

Wichtig wäre uns auch, wenn sich Genossen/innen melden, die bereits regelmäßig eine libertäre Zeitschrift des Auslands lesen und bereit sind, uns regelmäßig auf wichtige Artikel hinzuweisen, bzw. selbst mal einen übersetzen. Diese Arbeit läßt sich gut dezentral durchführen und hilft uns, das Niveau des SF zu verbessern.

An dieser Stelle wollen wir aber nicht nur auffordern, sondern uns auch für die vielen Spenden bedanken, die gemeinsam mit den inzwischen 1026 Abo's das Erscheinen des SF finanziell absichern. Dennoch wiederholen wir unsere obligatorische Bitte, den SF wiederzuverkaufen!!!

Inhalt



SPENDENLISTE FÜR DEN SF:
P.H., Einhausen: 7o.-; H.K.,Calden: 20.-; M.B.,München: 5.-; Nato,Köln: 50.-; W.A., Göttingen: 35.-; O.R. Laufenberg, für viel Archivmaterial! Unerwartete Spende aus Reutlingen: 100 DM.

ABONNIERT:

4 Nummern SF-Abo: 15,- DM
8 Nummern SF-Abo: 30,- DM
FLI : 20,- DM

Postscheckkonto Stuttgart, F. Kamann, Kontonummer: 574 63-703.

Redaktionsschluß Nr.12; 3/83: 1.9.83

IMPRESSUM:

Herausgeber: Forum für libertäre Informationen.
V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm 1; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht.die Meinung des Herausgebers oder presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Auflage: 1300 Exemplare
Satz: TROTZDEM-Verlag
Druck: Druckcooperative, Klauprechtstraße 27, 7500 Karlsruhe.
Erscheinungsweise: vierteljährlich.
Anzeigenpreise: Kleinanzeige pro Zeile 1,- DM; halbe Seite im Querformat 100 DM; eine Spalte 70 DM; halbe Spalte 35 DM.
Konto: Fri Kamann - Postscheckkonto Stuttgart - Nr.: 574 63 - 703.
Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Obere Weibermarktstraße 3, 7410 Reutlingen, Tel.: 07121/370494.
Nachdrucke gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht. ISSN:0722-8988.

Gründungstreffen des Forums für Libertäre Information (FLI)

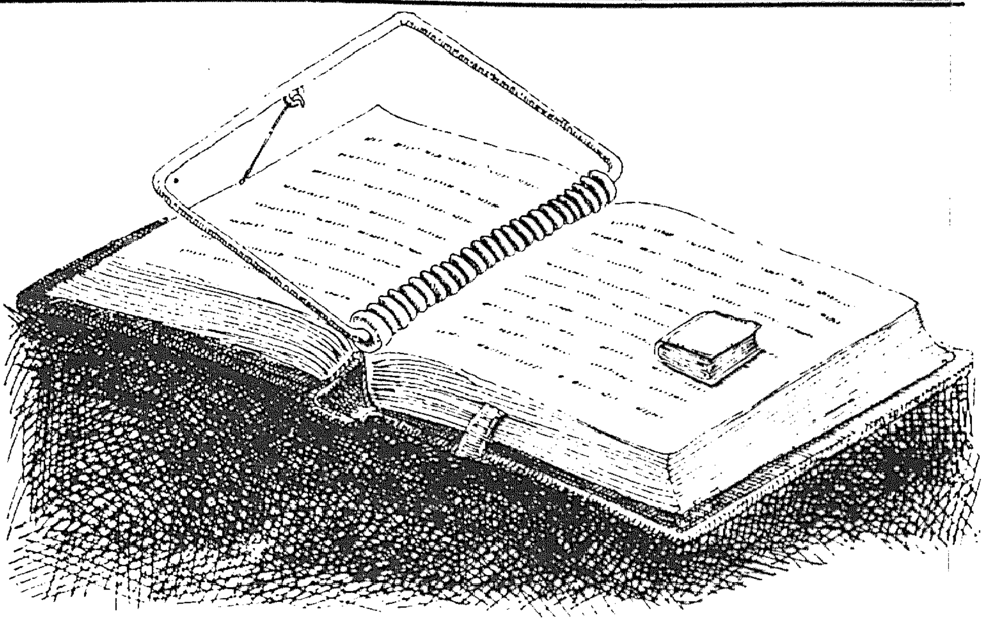

Abbildung: Germanisches Nationalmuseum

(Zusammengestellt von Wolfgang, Fri, Horst und Günter)

Insgesamt 21 Menschen hatten sich zu diesem Treffen auf die Schwäbische Alb verirrt, um ihre Vorstellungen für eine bessere Zusammenarbeit zu formulieren. Nach den zu erwartenden Anlaufschwierigkeiten, die sich aus den verschiedenen Erfahrungshintergründen (u. a. Berlin-BRD, praxis-theorieorientiert etc.) ergaben, kann das Treffen als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Die theoretischen Unterschiede wurden nicht verwischt, sondern - manchmal auch hart - ausdiskutiert.
Der Sinn des Forums, Anarchisten aus unterschiedlichsten Bereichen mit verschiedener Herangehensweise an die sozialen Probleme zusammenzubringen, um gemeinsame Arbeit zu leisten, stand von Anfang an im Vordergrund. Eine dreitägige Diskussion kann hier selbstverständlich nicht wiedergegeben werden, deshalb nur eine stichwortartige Aufzählung der Diskussionsansätze und Thesen:
Der Kapitalismus stellt immer weniger Arbeit für immer weniger Menschen bereit. Durch Rationalisierung und neue Technologien fallen immer mehr Menschen aus dem System heraus. Seine Integrationsfähigkeit erschöpft sich. Die Mechanismen (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld etc.) des Staates verkommen immer mehr zur Erniedrigung und erzeugen eine "Opferhaltung", gegen die es sich zu wehren gilt. Der drohenden Massenarmut steht ein gesellschaftlicher Reichtum gegenüber, der sich zunehmend durch Automaten reproduziert. Das System braucht die menschliche Arbeitskraft immer weniger, so daß das Tauschverhältnis Arbeitskraft gegen Lebensgrundlage/Lebensqualität außer Kraft gesetzt wird.
Die Identität, die auf dem Arbeitsverhältnis beruht, wird zerstört, die einzelnen begreifen sich als "Arbeitslose". Eine neue Identität muß unabhängig von der Arbeit hergestellt werden. Aus dieser Einschätzung ergibt sich die Forderung nach "POLITISCHEM LOHN FÜR ALLE". Eine Forderung, die zu erfüllen sich der Staat aufgrund seiner Schutzfunktion für das Kapital und der bestehenden Wirtschaftskrise - nicht leisten können wird, und die deshalb systemsprengenden Charakter bekommt. Problematisch bleibt allerdings, daß der Staat Adressat der Forderung ist; denkt man an Bismarcks Sozialgesetzgebung, so weiß man um den möglich en Integrationswert solcher staatlichen Leistungen - in dem Fall, wo sie tatsächlich erfüllt werden sollten.
Im Rahmen dieser Diskussion zeigte sich auch bei einigen Teilnehmern die Einschätzung, daß eine alternative Gegenökonomie bereits die "Grenzen ihres Wachstums" bzw. ihrer Möglichkeiten erreicht habe und deshalb keine Perspektive für die aus dem Produktionsprozeß Herausfallenden sein kann. Widersprüchliche Ansichten gab es zur Frage der Dezentralisierung, der Enteignung, zu bestehenden Strukturen (z.B. Klein- und Mittelbetriebe) etc., ein Seminar zu diesem Themenkomplex, das auch die Fragen der Lohnarbeit und der Technik (gibt es herrschaftsfreie Technik?) aufgreift, soll vom Forum im Verlauf der Arbeit durchgeführt werden.
Die Eingriffsmöglichkeiten für Anarchisten sind häufig deshalb sehr eingeschränkt, weil wir (als irgendwie geartete Alternativler, Noch-Arbeiter, Jobber, Schüler, Studenten etc.) häufig nur von außen an diese gesellschaftlichen Prozesse rankommen - ein solches Vorgehen ("Agitation der Arbeitslosen") dem anarchistischen Selbstverständnis jedoch widerspricht. Die Entwicklung wird jedoch immer mehr Menschen vereinzelt "außen vor" lassen, so daß in den Bereichen, in denen wir betroffen sind, wir Strukturen entwickeln müssen, die der Vereinzelung entgegenwirken.
Ein weiterer eigenständiger Diskussionskomplex entstand an einem weit verbreiteten Papier von Stefan Blankertz "Aufgaben, Möglichkeiten und Strategien des bundesdeutschen Anarchismus in den 80er Jahren" Die heftige Kritik an Stefans Thesen wird in dieser Ausgabe des SF gesondert wiedergegeben.

Für eine sinnvolle Diskussion zur Frage "Anarchisten in den GRÜNEN", war es nötig, die Basis der GRÜNEN und die Parteistruktur getrennt zu betrachten. Das heißt, uns interessieren die GRÜNEN nur als "Sammelbecken" verschiedenster gesellschaftskritischer Ansätze und als Phänomen, aus dem es Lehren für unsere eigenen Versäumnisse zu ziehen gilt. Unter anderem stellte sich die Frage, warum es den GRÜNEN gelingt, so unterschiedliche Bedürfnisse an sich zu binden und zuletzt auch für Anarchisten als Betätigungsfeld in Frage zu kommen. Eine Erklärung (das Forum hütet sich vor DER Erklärung, DEM Ansatz etc.) ist, daß die auf Selbsthilfe orientierte Bürgerinitiativbewegung (der wir näher stehen) an ihre Grenzen stieß, ohne eine Lösung zu finden; d. h. daß Ein-Punkt-Bewegungen immer nur lokal oder zeitlich eingegrenzt zur Mobilisierung beitrugen, daß aber eine gesamtgesellschaftliche Perspektive fehlte. Aus diesem Mangel erwächst eine neo-parlamentarische Bewegung zu einem Zeitpunkt, an dem der traditionelle Parlamentarismus gerade seine Integrationskraft zu verlieren begann. "Staatsverdrossenheit" auf der einen und Zulauf zum grünen Etatismus auf der anderen Seite beinhalten Widersprüche und unterschiedliche Bedürfnisse, aufgrund deren wir differenziert mit dieser politischen Gruppierung umgehen müssen. Wir brauchen übergreifende Kristallisationspunkte des Widerstands und gesamtgesellschaftliche Analysen; solange die GRÜNEN einen Rahmen bieten, der der Basis breiten Raum gibt, können sich Anarchisten einbringen, auch wenn die objektive Rolle der Partei auf eine systemstabilisierende Funktion hinausläuft, bzw. Widerstand kalkulierbar macht.
Ein weiterer wichtiger Punkt auf dem Treffen war der Charakter des FORUMS, seine Aufgaben etc. An wichtigster Stelle steht die Absicht ohne Prinzipienerklärungen, Organisationsstatut und ähnliche Abgrenzungsmechanismen, die in der Vergangenheit eine konstruktive Zusammenarbeit verschiedenster Anarchisten oft ver-

hindert haben, eine Struktur zu schaffen. D. h. das Bedürfnis, aus der Gruppenisolation auszubrechen und gemeinsam Analysen, Perspektiven und Handlungsansätzen zu kommen. Mitarbeiten kann somit jede/r, der/die sich im weitesten Sinn als libertär bezeichnet und ohne Missionsgeist aufzutreten in der Lage ist. Das Vehikel "bürgerlicher Verein" wurde einstimmig fallen gelassen, weil es im Augenblick keinen Vorteil bietet (so ist z. B. der Zwang des Postvertriebs einen rechtsgültigen Herausgeber für den SF benennen zu können, durch den 'Herausschmiß' erst mal hinfällig). Die verschickte Satzung wird in Zukunft durch ein Informationsblatt, das das FORUM für Libertäre Information vorstellt, ersetzt.Der Mitgliedsbeitrag von 20.- DM wird allerdings beibehalten, um Informations- und Organisationsarbeit zu tragen. Ein unregelmäßiger Rundbrief an alle Mitglieder wird von Hamburg aus verschickt. Das nächste Treffen findet vom 28. bis 31.10. in Emmerich statt und hat sich den Schwerpunkt FRIEDEN zum Thema gesetzt (z. B. Militarismus, Stationierungsfrage, was heißt für uns eigentlich 'Friede', Blöcke, Internationalismus, soziale Frage, Zulauf zur Bundeswehr etc.). Vorher fordern wir alle Interessierten, Beitrittswilligen etc. auf, bis zum 1. 9. Diskussionsbeiträge, Artikel o. ä. zu diesem Themenbereich (z.T. sollen sie in der Nr.12 des SF abgedruckt werden), an die Berliner Forumsgruppe zu schicken: c/o Anti-Quariat, Oranienstraße 39, 1 Berlin 36.
Die Berliner bereiten diesen inhaltlichen Punkt des Treffens vor und verschicken noch genauere Einladungen. Zukünftige Themenspezifische Seminare des FLI werden voraussichtlich sein:
* Theorie/Praxis - Kluft
* Soziale Bewegung/Massenarmut/politischer Lohn
* neue Medien
* Alternativökonomie
* Anarchismus und Autonomie



KRITIK AM PAPIER VON STEFAN BLANKERTZ

Dem Forum lag ein Papier von S.B. zur Diskussion vor, das die "Möglichkeiten des Anarchismus in den 80er Jahren" näher zu bestimmen versucht. Stefan gliederte seine Vorschläge in:
1. Anarchismus als übergreifende Perspektive für staatsskeptischen Bürgerprotest
2. Zur Erneuerung der anarchistischen Staatskritik
3. Design für einen antistaatlichen Kampf in der Bundesrepublik

(Der gesamte Text, auf den wir uns beziehen, kann bei Stefan Blankertz Fontanestr.11, 3552 Wetter angefordert werden; Rückporto nicht vergessen) Wir stellen hier kurz die Kritik dar, wie sie auf dem Forumstreffen vorgebracht wurde, ergänzt um die Position der SF-Redaktion; d.h. wir lassen diejenigen Bereiche aus, die wir in Stefans Darlegung akzeptieren, z.B. die Kritik an den GRÜNEN oder die Darstellung, in welchen Bereichen der Staat "unsichtbar" vorhanden ist.
****

"Die Aufgabe der Anarchisten ist es, den Bürgern zu erklären, daß und warum der Staat die Wurzel der sozialen Übel ist, demgegenüber nur die Freiheit eine echte Lösung bringen kann."
Stefans Argumentation fehlt die Analyse der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik; er setzt den aktuellen Problemen lediglich einen abstrakten "Freiheitsbegriff" gegenüber und fordert eine Freiheit ohne gesellschaftliche Entwicklung zur Freiheit. Dies schlägt sich insbesondere in seinem TOLERANZBEGRIFF nieder, der es möglich macht, absurde Verhaltensweisen als gegeben hinzunehmen, - sofern sie "keine Macht" über andere ausüben.
"So müssen wir dem Ausländerfeind einräumen, daß unter dem Prinzip der Freiheit er selbstredend berechtigt wäre, sich selbst von Ausländern fernzuhalten..."
Stefan nimmt damit eine totale Verkehrung des Toleranzbegriffs vor, etwa in dem Sinne -'sei tolerant gegen Intolerante'-; oder anders ausgedrückt, früher schützte die Toleranz Minderheiten und Unterdrückte, nach Stefans Interpretaion rechtfertigt sie auch Unterdrückungsmechanismen und menschenfeindliche Haltungen. Indem Stefan die Freiheit nur als FREIHEIT= ABWESENHEIT VON STAAT definiert, folgert er, daß durch den Abbau des Staates sich die ökonomischen Bedingungen in unserem Sinne verändern würden. (Die Kapitalisten schweben im luftleeren Raum und alles platzt wie eine Seifenblase..?) Dieser Ansatz verkennt die historisch gewachsenen und vom Kapital geprägten Funktionen des Staats, d.h. das Kapital hat sich den Staat weitgehend so geschaffen wie es ihn braucht. (Das schließt Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung von Staaten mit ein; jeder Staat enthält Relikte älterer Erscheinungsformen, die nur zum Teil überwunden wurden.) Ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Realität haben daneben wesentlich die sozialen Bewegungen der Vergangenheit und Gegenwart geleistet, die Kapital und Staat zu Konzessionen zwangen (Streikrecht, 8-Stundentag, Frauenwahlrecht, Verzögerung der AKW-Technologie usw.)

Der Entwurf Stefans gelangt zu Schlußfolgerungen im Kapitel "Design für einen antistaatlichen Kampf"; der Kampf scheint jedoch ohne soziale Veränderung des einzelnen Menschen vonstatten zu gehen, so daß nach der Überwindung der kapitalistisch-staatlichen Verhältnisse noch die "alten spießig-beschlipsten Kleinunternehmer neben den lilabelatzten Feministinnen sitzen" können. Unserer Ansicht nach gehören zur sozialen Veränderung die Negation und Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse, - sonst gelangt man unweigerlich zu "zeitgemäßen Forderungen" wie
"die Rechte der Polizei schrittweise eingeschränkt sowie das Recht von privaten Personen zu polizeiähnlichen Maßnahmen erweitert werden..."
...BÜRGERWEHR...?
...FEMEMORD...?
...FINALER RETTUNGSSCHUß FÜR JEDEN...?
"Schließlich könnte auf das kodifizierte Recht weitgehend verzichtet werden, wenn Recht spontan vor den Schiedskommissionen entstehen würde"
...LYNCHJUSTIZ...?
"Andererseits würden nachbarschaftliche Selbsthilfeorganisationen und andere Schutzbündnisse nicht mehr warten müssen, bis die Polizei sich im Falle eines Falles herbequemt."
...BÜRGERWEHR...?
"Wenn es keine Staatsschulen mehr gäbe, könnte der Ausländerfeind seigäbe, könnte er (der Ausländerfeind) für seine Kinder eine Schule aussuchen oder gar einrichten, in die keine Ausländer gehen dürften."
...APARTHEID...?
"Die Autofahrer und nur die Autofahrer sollen für die zum Autofahren notwendige Infrastruktur bezahlen."
MITTELALTERLICHE MAUTGEBÜHREN, ZOLLSTRAßEN...?

Aus all dem wird deutlich: Allein die Forderung nach weniger Staat greift die Grundlagen von Herrschaft nicht an, wenn die alten ökonomischen und sozialen Verhältnisse unverändert bleiben!



zur notwendigkeit einer sozialen bewegung

von Wolfgang Haug

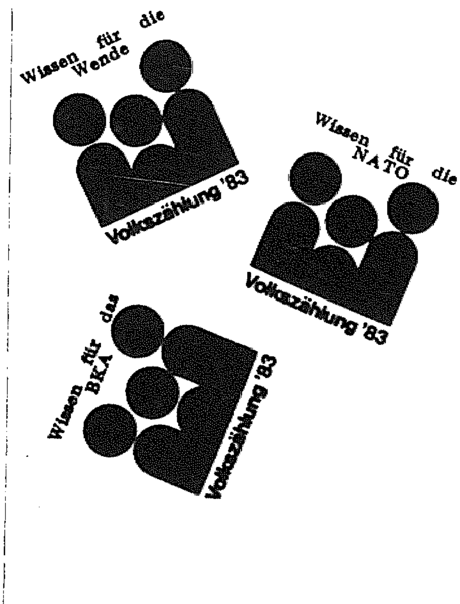
Die Volkszählung ist vorerst abgesetzt. Der Mikrozensus, auf den wir als ausreichend hingewiesen haben, hat bereits im Februar seine parlamentarische Absegnung erfahren und wird nun die Ersatzgrundlage liefern müssen.

Die Anti-VoBo-Gruppen diskutieren in geschrumpfter Besetzung, ob als Anti-Kabel-, Anti-Personalausweis/Personenkennziffer oder als Neue Medien/Technik-Gruppe weitergearbeitet werden soll und kann. Ein bundesweites Treffen verschiedener Bürgerinitiativen fand vom 15.4.-17.4.83 in Schwerte statt; die ca. 80 Teilnehmer aus 20 Gruppen können wohl kaum als Nachfolger der über 500 VoBo-Gruppen gelten, dennoch planen sie konkrete Aktivitäten zu folgenden Daten:

- Ratifizierung und Einführung von Bildschirmtext, 1.9.83
- Start der Kabelpilotprojekte in München (25.12.83) und Ludwigshafen (1.1.84)
- Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises
- eventuelle Volkszählung in modifizierter Form

Alle Punkte sind jedoch nicht von der Qualität, daß sie jeden einzelnen betreffen; sie sind entweder lokal, abstrakt oder noch in unkonkreter zeitlicher Entfernung. Die nachfolgenden Forderungen der BI's wie z.B. "Verbot der Heimarbeit an Bildschirmgeräten" greifen daneben. Es stellt sich nicht nur die Frage, wer kontrolliert ein solches Verbot, sondern es hebt auch das Problem der Vereinzelung am Arbeitsplatz nicht auf. Denn wem wäre etwa damit gedient, wenn man die einzelnen Bildschirmarbeitsplätze in ein Großraumbüro verlagern würde? Den Betroffenen sicher nicht, allerhöchstens die Kontrollierbarkeit durch Unternehmer und Gewerkschaften wäre gewahrt. Auch die anderen Forderungen geben keine Hilfe für eine sinnvolle Weiterarbeit. "Aufklärung über Rationalisierung" müßte wohl besser "Stop der Rationalisierungen" heißen, aber dafür fehlt die Widerstandsbasis und damit wären wir bei der eigentlichen Aufgabe.

Den ehemaligen VoBo-Gruppen bleibt nur Grundsätzliches übrig, und daran hat es bislang leider sehr stark gefehlt. Die Aufklärungsarbeit und vor allem die juristische Seite (Bußgeld, Zwangsgeld etc.) nahmen den Aktivisten die Zeit, um sich über den Stellenwert der Volkszählung für den Staat und in der Folge über die eigene Strategie klar zu werden. An den Platz solcher Überlegungen trat das Symbol "Orwell 1984", das zwar durchaus Richtiges beschreibt, aber zunächst eher eine Angstformel darstellt, deren Beschwörung allein noch keine Strategie erkennen läßt.



Die "taz" schrieb "Spielverderber" zu dem Karlsruher Urteil, bezog dies jedoch wohl lediglich darauf, daß ein geglückter Volkszählungsboykott einen besseren Eindruck gemacht hätte, und daß damit das Selbstbewußtsein der Linken, das nach dem kläglichen Wahlausgang doch arg angeknackst war, sich hätte regenerieren können. Solche etwas großmäulige "Analyse" hilft uns nicht weiter; freuen wir uns zunächst lieber, daß der Staat via Verfassungsgericht zum ersten Mal in der Geschichte der BRD einen halben Rückzieher gemacht hat, weil er Angst hatte, daß ihm ein massenhafter Widerstand droht, der auch andere zukünftige Pläne in Frage stellt.

Der Widerstand an sich ist der eigentliche Wert und um ihn wieder zurückzuschrauben, konnte auch die Volkszählung vorerst fallen gelassen werden. Die Strategie der Herrschenden läuft - siehe Whyl, Gorleben - notfalls darauf hinaus, über zeitliche Verzögerung Widerstand zu ermüden. Dieser Vorgang findet bei den VoBo-Gruppen gerade statt, und das "Spielverderbende" besteht darin, daß es anscheinend bei uns nicht genügend Zeit und inhaltliche Klarheit gab, um eine eigene Strategie zu entwickeln; so droht uns auch weiterhin, daß wir erst aufwachen, wenn es 6 Wochen vor Torschluß eine konkrete Sache zu verhindern gilt; daß wir dann nur zur Bevölkerungsaufklärung fähig werden, um diesen konkreten Punkt eventuell zum Kippen zu bringen. Was fehlt ist eine kontinuierliche Bewegung zur Sozialen Frage.

Für sie fehlt die Bindung an eine Gesamteinschätzung; damit meine ich weder "1984", noch "totalen Staat, "Überwachungsstaat" noch etwa Herrn Kohl oder Herrn Geissler (wovon letzterer sicher der Gefährlichere ist). Alles das beschreibt unsere Situation nicht richtig, auch wenn es sich als Antibild für einen Anarchisten "gut macht".

"Verdatung" ist schon eher unser Ausgangspunkt; vor allem, wenn wir fragen wozu. In der Diskussion ging es u.a. um Ausländer ohne Arbeitserlaubnis, um notwendige Quadratmeter für eine Aufenthaltsgenehmigung etc. Das heißt: Auslaänder als Manövriermasse ansehen. Die ins Gespräch gebrachte "Negativkartei" aller Boykotteure argumentierte in dieselbe Richtung: Linke als Manövriermasse. Der im VoBo-Rahmen häufiger zitierte alte BKA-Präsident Herold verallgemeinerte diese Beobachtung auf alle, wenn er fordert "das in riesigen Mengen angehäufte Tatsachenmaterial zu allen abseitigen, abweichenden Verhaltensweisen forschend zu durchdringen..."

Alle werden zur Manövriermasse - d.h. aber auch, daß ein "siegreicher" Volkszählungsboykott, der nur den einen konkreten Punkt "Volkszählung" verhindert hätte, noch längst keine Änderung, der uns bedrohenden Faktoren gebracht hätte. Wir "verderben uns selbst unser Spiel", wenn wir nur auf solche Ein-Punkt-Siege hinarbeiten. Worauf wir hinarbeiten müßten, wäre die "soziale Bewegung",- nicht die Anti-AKW-die VoBo-oder die Friedensbewegung. Sie betreffen immer nur Teilaspekte desselben Problemzusammenhangs.

Energie-Daten-Militarisierung oder Kapitalintensivität-Planbarkeit-Uniformität werden verlangt; vom Staat, von den Konzernen und vor allem von den Banken. Der Weltwährungsfonds (IWF) ist - besieht man sich die Verschuldung der Staaten, die Umschuldungsvorgänge in der 3.Welt und den Ostblockstaaten - das zentrale Herrschaftsinstrument der heutigen Zeit.

Die ehemalige SPD-Regierung hat genügend auf die Internationalität der Wirtschaftskrise hingewiesen, so daß notwendig die Frage aufkam, wer da eigentlich verdient. Ausgenützt hat die "Krise" der IWF; er schuf eine "internationale Evidenzzentrale" bei der Basler Bank für internationalen Zahlungsausgleich. D.h. eine Nachrichtensammelstelle über Staaten, deren Wirtschaftssituation, Sozialpolitik etc. Damit bestimmt der IWF, in welchen Ländern was investiert wird, welche Länder lohnpolitisch am günstigsten liegen etc. Die Tendenz seitens der Industrie, Produktionsstätten in "Billiglohnländer" oder "sichere Gebiete" zu verlagern und allein damit in anderen Staaten, etwa Nicaragua, die Wirtschaftskrise zu verschärfen, wird zunehmen. Das Wohlverhalten der Staaten wird ohne äußeren Zwang erreicht; ein Staat, der keine klaren Verhältnisse aufzuweisen hat, sinkt in der Punkteskala der Banken nach unten - und das betrifft so langsam auch europäische Industriestaaten.

Und hier beginnt selbstverständlich das Eigeninteresse unserer Staatspolitiker und Wirtschaftsmanager; in der BRD muß Ruhe und Ordnung herrschen; mehr noch, muß Arbeitswille und Anpassungsfähigkeit an neue technologische Entwicklungen vorhanden sein, muß die "Verwertbarkeit" des investierten Kapitals nicht nur durch polizeiliche Maßnahmen sondern aus innerer Überzeugung gewährleistet sein. All das ging stückweise verloren und um diese Wende geht es, um keine andere.

In den "13 Jahren der Mißwirtschaft" entwickelten sich einige Tatsachen, die vom Staat so nicht hingenommen werden können und Gegenmaßnahmen verlangen. Rationellere Fließbandarbeit, bzw. alle Arbeit, die den einzelnen zum kleinen Rädchen im Getriebe verkommen läßt, brachte den Verlust an Identität, an Stolz auf die geleistete Arbeit; - was wir mit "Entfremdung" beschreiben, bedeutet für die Kapitalgeber zunächst den Verlust der "Identifikation der Arbeiter mit dem Betrieb" und damit geringeren Leistungswillen. Arbeitervorstädte, Wohnblocks etc. zerstörten soziale Bindungen, z.B. ans Dorf, an die Nachbarschaft etc. - was wir mit "Anonymität" beklagen, sieht die andere Seite unter dem Aspekt, daß 'natürliche Kontrollsysteme' für den einzelnen ausfallen. Diese Parallelität

der Beobachtung kann man weitertreiben: mit dem Verlust von Lebensqualität hängt eine Verachtung dieser Lebensbedingungen zusammen, dies drückt sich aus im täglichen "Klauen", im "Schwarzfahren", "Schwarzarbeiten", "Krankfeiern" etc, also in allen bescheidenen Arten sich zu wehren, sich etwas von dem erfahrenen Verlust zurückzuholen. Wir sind weit davon entfernt, dies als Perspektive oder Strategie zu feiern; daß es z.B. in "autonomen Kreisen" oft geschieht, zeigt nur, wie sehr wir mit dem Rücken zur Wand stehen, wie wenig Spielraum wir tatsächlich haben. Die "Gegenseite" sieht das ganz gleich, sie bejammert die steigende Kurve in der Ladendiebstahls-und Einbruchsstatistik; sie spürt die Verweigerung der Leistungsgesellschaft und macht "Aussteigertum" und "Staatsverdrossenheit" zu staatspolitischen Diskussionsthemen.

Auf alle Beobachtungen haben wir die Antwort: Abbau der unmenschlichen Arbeitsbedingungen, weg von der beziehungszerstörenden Zentralisation auf allen Gebieten...anders ausgedrückt: für Selbstbestimmungsrecht, dezentrale und durchschaubare Entscheidungsstrukturen, für humanes Wohnen, für sinnvolle Arbeit etc. - aus derselben Analyse hat die staatliche Seite (und erinnern wir uns an den "Investitionsdruck", den sie erfährt) nur eine Antwort: Kontrolle, Kontrolle.

Die Mechanismen zur weiteren Kapitalintensivierung (nicht die einer SPD/FDP-Regierung sondern die der westlichen Industriegesellschaft) haben einen Zustand geschaffen, in dem die Herrschaftssicherung neue Methoden erfordert, weil die Anzahl der aus dem System Herausfallenden jährlich größer wird. Diese neuen Methoden bringen verfeinerte Kontrollmechanismen: das begann mit der personellen und materiellen Aufrüstung der Polizei in den letzten Jahren, das setzte sich fort im Bereich Überwachungskameras, Schufa (Bankeninformationsaustausch über alle Kunden, deren Kreditwürdigkeit etc.) und dafür dienen die "Modellversuche" im Bereich der Ärzte bzw. Krankenversicherungen, die Personalinformationssysteme im Betrieb, die computerlesbaren Personalausweise mit versteckter Personenkennziffer etc. Vor diesem Hintergrund sollte die Volkszählung (besser:Volkserfassung) stattfinden; mit ihr sollte die Basis für den schnellen Zugriff auf die Grund-Daten geschaffen werden; sollte eine zentrale Auskunfts- und Ergänzungsstelle für anderswo auftauchende Informationen geschaffen werden.

Die steigende Rationalisierung und die bisher stattgefundenen Produktionsstättenverlagerungen haben ein 2 Millionen Arbeitslosenheer geschaffen; ganze Berufszweige gehen ein, andere verlieren ihre Vielfalt und verengen sich zu einzelnen marktbeherrschenden Großunternehmen. Das Bedürfnis nach einem Schuldigen und nach einer Veränderung ist offensichtlich; dem wird aber nur oberflächlich entsprochen,indem die "Wende" proklamiert wird und indem - im parlamentarischen System leicht möglich - eine Regierungspartei die Schuld zugewiesen bekommt und der anderen Platz macht. Das ist ungefähr so, wie wenn die ZK's des Ostblocks ihren führenden Kopf demontieren, ihm alle Verantwortung für begangene Fehler aufhalsen und dann mit frischen Kräften und anderen Schlagwörtern den alten Mist weitermachen.



Und jeder weiß es: es wird weiter rationalisiert und die Arbeitslosenzahl wird - ein spärliches Wirtschaftswachstum vorausgesetzt - auf 4 Millionen ansteigen. Das Potential der Herausfallenden wird somit wachsen. Die "Wende" kann sich nur dadurch vollziehen, daß eine vollständige Kontrolle gelingt.

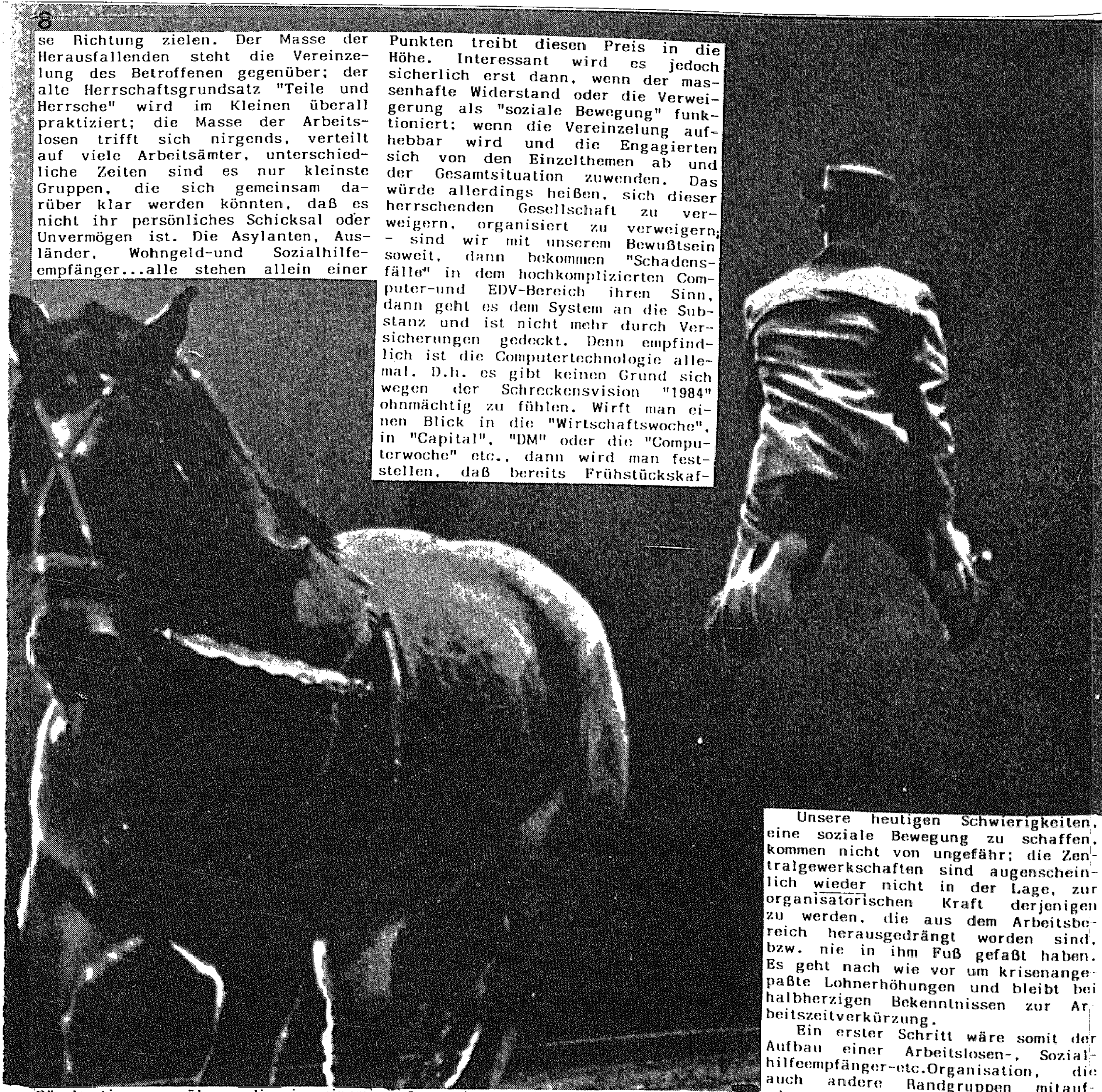
Der zukunftorientierteste Arbeitsbereich liegt - neben der Polizei - im Bereich der Computertechnologie, Datenverarbeitung oder allgemeiner: der Informationssysteme; fragt man in Arbeitsämtern nach Umschulungen, so wird das einzige Angebot in die-

se Richtung zielen. Der Masse der Herausfallenden steht die Vereinzelung des Betroffenen gegenüber; der alte Herrschaftsgrundsatz "Teile und Herrsche" wird im Kleinen überall praktiziert; die Masse der Arbeitslosen trifft sich nirgends, verteilt auf viele Arbeitsämter, unterschiedliche Zeiten sind es nur kleinste Gruppen, die sich gemeinsam darüber klar werden könnten, daß es nicht ihr persönliches Schicksal oder Unvermögen ist. Die Asylanten, Ausländer, Wohngeld-und Sozialhilfeempfänger...alle stehen allein einer Bürokratie gegenüber, die in einem fort persönliche Daten erhebt und sich ein genaues Bild über die jeweilige Betroffenenstruktur macht. Die Volkszählungsdaten würden u.a. auch dazu gebraucht, solche vorhandenen Einzeldaten mit der gesamten Bevölkerungsstruktur vergleichen zu können. Computergesteuerte Produktionsabläufe oder Bildschirmheimarbeit verstärken die Tendenz zur Vereinzelung...,die Vision von Kabinenmenschen, deren Bedürfnisse durch Maschinenbedienung gestillt oder sublimiert werden, wäre die absurde Konsequenz.

Daß es so einfach nicht ist, beweist das gestiegene Mißtrauen in die Aktionen des Staats zur Perfektionierung seiner Kontrolle und Produktivität. Widerstand ist zumindest teuer und der Aufwand zu seiner Niederringung muß im Verhältnis zum erwarteten Gewinn stehen. D.h. hier ist der Staat verwundbar; er muß bereits heute einen hohen Preis für seine erstrebte "Investitions-Würdigkeit" bezahlen und jeder massenhafte Widerstand an einzelnen Punkten treibt diesen Preis in die Höhe. Interessant wird es jedoch sicherlich erst dann, wenn der massenhafte Widerstand oder die Verweigerung als "soziale Bewegung" funktioniert; wenn die Vereinzelung aufhebbar wird und die Engagierten sich von den Einzelthemen ab und der Gesamtsituation zuwenden. Das würde allerdings heißen, sich dieser herrschenden Gesellschaft zu verweigern, organisiert zu verweigern; - sind wir mit unserem Bewußtsein soweit, dann bekommen "Schadensfälle" in dem hochkomplizierten Computer-und EDV-Bereich ihren Sinn, dann geht es dem System an die Substanz und ist nicht mehr durch Versicherungen gedeckt. Denn empfindlich ist die Computertechnologie allemal. D.h. es gibt keinen Grund sich wegen der Schreckensvision "1984" ohnmächtig zu fühlen. Wirft man einen Blick in die "Wirtschaftswoche", in "Capital", "DM" oder die "Computerwoche" etc., dann wird man feststellen, daß bereits Frühstückskaffee einem Bürocomputer gefährlich werden kann. Auch im Betrieb wird ein Streik eher leichter, wenn es gelingt zentralisierte Arbeitsprozesse mit einem Handgriff lahmzulegen.Die beklagte Zentralisierung bringt also nur solange Machtzuwachs für die Unternehmer etc., solange es keinen breiten Widerstand gibt.

Wer allerdings bereits heute frohlockt, wenn bei einer Bank Scheiben klirren oder bei IBM Sabotage betrieben wird, der mag recht haben, solange er sich über die darin ausgedrückten Emotionen freut, unrecht hat er,wenn er dies zur Strategie erklärt.

Lehnt derselbe beim Volkszählungsboykott auch noch die gemeinsame Sache mit dem betuchten Zahnarzt ab, weil dieser lediglich aus "wirtschaftskriminellen" Motiven boykottiert, so verliert er sein Ziel vollständig aus den Augen und verpaßt nur eine Chance zur "Staatsverdrossenheit" beizutragen, - und die ist letztlich unsere nächstliegendste Perspektive, selbst wenn der Staat nicht mehr das letzte Glied in der Herrschaftskette ist.



Unsere heutigen Schwierigkeiten, eine soziale Bewegung zu schaffen, kommen nicht von ungefähr; die Zentralgewerkschaften sind augenscheinlich wieder nicht in der Lage, zur organisatorischen Kraft derjenigen zu werden, die aus dem Arbeitsbereich herausgedrängt worden sind, bzw. nie in ihm Fuß gefaßt haben. Es geht nach wie vor um krisenangepaßte Lohnerhöhungen und bleibt bei halbherzigen Bekenntnissen zur Arbeitszeitverkürzung.

Ein erster Schritt wäre somit der Aufbau einer Arbeitslosen-, Sozialhilfeempfänger-etc.Organisation, die auch andere Randgruppen mitaufnimmt; ein weiterer wäre die Erkenntnis, daß es wenig nützt die Friedensbewegung auf die Stationierungsfrage einzuengen, anstatt sie auf gesellschaftliche Militarisierung auszudehnen; ein Schritt wäre auch, sich konkrete praktische Handlungsansätze zu überlegen, wie ein massenhafter Widerstand als soziale Bewegung handhabbar würde, - denn es ist richtig, daß man nicht gegen einen "allgemeinen Zustand" anrennen kann und, daß wir Exponenten Symbole, Teilschritte etc. brauchen, um Aktionen durchführen zu können.

In eine solche Bewegung können Whyl, die Startbahn, die Stationierungsfrage, die Volkszählung durchaus eingebettet sein, aber weniger zufällig, mit mehr Verbindungslinien. Da sollten die Trennwände und unsinniges Konkurrenzdenken fallen, - und vor allem sollten es die Beteiligten den "Parteienvertretern" nicht mehr erlauben,ihre Organisations-Strategien der eigentlichen Sache überzustülpen und den Widerstand in eine falsche Richtung zu weisen, bzw. allzuviel Kräfte auf der Parteiebene zu binden.

„Es gibt ~~K~~eine Folter in der Türkei!“

WARUM WIRD SOLCHEN ERNIEDRIGENDEN ZUSTÄNDEN NICHT ENDLICH EINHALT GEBOTEN ?

(Übersetzung aus der türkischen Zeitung "Demokrat Türkiye" vom 15.2.83 von Dündar Erenler)



Im Jahr 1979/80 ging ich in die letzte Klasse des Gymnasiums. Da mich mein Vater von der Schule nehmen und verheiraten wollte, verließ ich meine Eltern und ging zu einem Onkel in ein Dorf. Eines Tages hörte ich, daß meine Mutter krank sei. Aus Angst vor meinem Vater bat ich einen anderen Onkel aus Ankara, mich nach Hause zu begleiten. Die Nacht wollte ich bei ihm verbringen. Gegen 2 Uhr kam Polizei zu uns. Mein Vater war auch dabei. Unsere Ausweise wurden kontrolliert, und wir wurden aufgefordert, uns anzuziehen. Zusammen mit meinem Vater wurden wir zur örtlichen Polizeistation gebracht. Während der Fahrt saß neben mir ein Polizist, der mich beschimpfte und mit den Händen belästigte. Mein Vater war inzwischen zu Hause abgeliefert worden. Beim Aussteigen aus dem Auto fingen die Polizisten an, uns mit den Gewehrkolben auf den Rücken zu schlagen.

Mein Onkel wurde in eine Zelle abgeführt, während ich in das Zimmer des Kommissars gebracht wurde. Die Polizisten warfen mir mehrere Straftaten vor und lasen mir Namen vor, die ich nie gekannt hatte. Als ich entgegnete, ich sei nicht das Mädchen, das sie suchten, legten sie mich auf den Boden und spannten meine Füße nebeneinander in ein Klemmholz ein. Zwei Polizisten breiteten meine Arme aus und jeder stellte sich auf einen Arm. Zwei andere hoben das Klemmholz hoch und ein weiterer schlug mit einem Holzstück auf meine Fußsohlen. (Diese Foltermethode heißt in der Türkei "Falaka"). Wenn sie eine Pause machten, mußte ich hüpfen, um ein Anschwellen meiner Füße zu verhindern. Manchmal faßten sie meine Haare und schlugen meinen Kopf an die Wand. Die ganze Nacht wurde ich beschimpft und belästigt. Am nächsten Morgen wurde ich in die Zelle gelassen. Schon am Vormittag brachte mich eine andere Gruppe von der Polizeistation in das Verhörzentrum. Dort sagte man mir, ich sähe schlecht aus und solle mich eine Nacht erholen.

Am nächsten Morgen, um 5 Uhr, wurde ich zu einem speziellen Team für Folterung namens DAL mit verbundenen Augen gebracht. Vermutlich wurde ich in den 2.Stock gebracht, wo ich mich ausziehen sollte. Als ich mich weigerte, fingen sie an mich zu schlagen und sexuell zu belästigen. Nach einer Weile haben sie mich nach unten gebracht.

Kommissar Ridvan Güler las eine angeblich von mir stammende Aussage, die aber er geschrieben hatte, vor. Er wies mich darauf hin, daß es unwichtig sei, ob ich die Aussage akzeptierte oder nicht, er bekäme doch alles heraus, was er wolle. Danach folgten viele verschiedene Fragen; u.a. sollte ich sagen, wo die Waffen seien. Ich hatte nochmal gesagt, daß ich nichts davon wisse. Daraufhin wollte er mich den Soldaten überlassen. Nochmals verband er meine Augen und ging aus dem Zimmer. Ein paar Minuten später kamen etwa 5-6 Leute herein. Mit ausgebreiteten Händen hängten sie mich an die Wand. Dann zogen sie mich nackt aus. Während sie an meinen Brüsten und an den Fingern Elektroschocks anlegten, fragten sie mich wieder, wo die Waffen und die Leute seien, und wo der Mann sei, der von mir getötet worden sei. Alle diese Vorwürfe solle ich zugeben. Ich weiß nicht,wie lange diese Mißhandlungen dauerten. Schließlich lösten sie meine Handgelenke von der Wand und brachten mich in den Flur. Dort mußte ich auf einem Bein und sogar auf den Zehen stehen. Auf meinen Rücken hängten sie ein Schild: Es ist verboten, Brot und Wasser zu geben, auf die Toilette gehen und sitzen zu lassen. Ich weiß nicht genau, wielange ich im Flur gestanden bin. Die Wachen spielten mit ihren ekligen Händen an meinem Gesäß und küßten mich. Wieder fragten sie mich, warum ich den Mann getötet habe.

Nach einer Weile brachten sie mich wieder in den Raum, in dem sie mich verhört hatten. Wiederum hängten sie mich nackt an den Handgelenken auf und gaben mir Elektroschocks an Brust, Händen und am Kopf. Immer wurde ich sexuell mißbraucht. Später wurde ich nochmal im Flur stehen gelassen und wurde

auch da wieder belästigt. Später wurde das gleiche nochmal mit mir gemacht. Sie zogen mich an und befragten mich wieder, warum ich den oder jenen umgebracht hätte.Ständig verpassten sie mir Elektroschocks. Wahrscheinlich bin ich ohnmächtig geworden. In panischer Angst lösten die Wachen meine Handgelenke von der Wand und versuchten, mich zum Stehen zu bringen. Durch diese Folterungen wurde mein rechter Arm gelähmt. Mehr und mehr blutete ich, auch auf der Kleidung sah man es deutlich,weil sie auf meinem Rücken gesessen hatten.

Eine von den Wachen im Flur bot mir seine Hilfe an. Während er mich zur Toilette brachte, belästigte er mich aber auch. Meine Bitte, die Augenbinde abnehmen zu dürfen, verweigerte er. Er beschimpfte und verspottete mich. Da ich mich wegen meines gelähmten Arms nicht ausziehen konnte, war es mir unmöglich, meine Notdurft zu verrichten. Der Beweis für meinem gelähmten Arm ist die von mir im Verhörzentrum unrichtig und nicht deutlich geschriebene Unterschrift. Dann stand ich wieder im Flur.

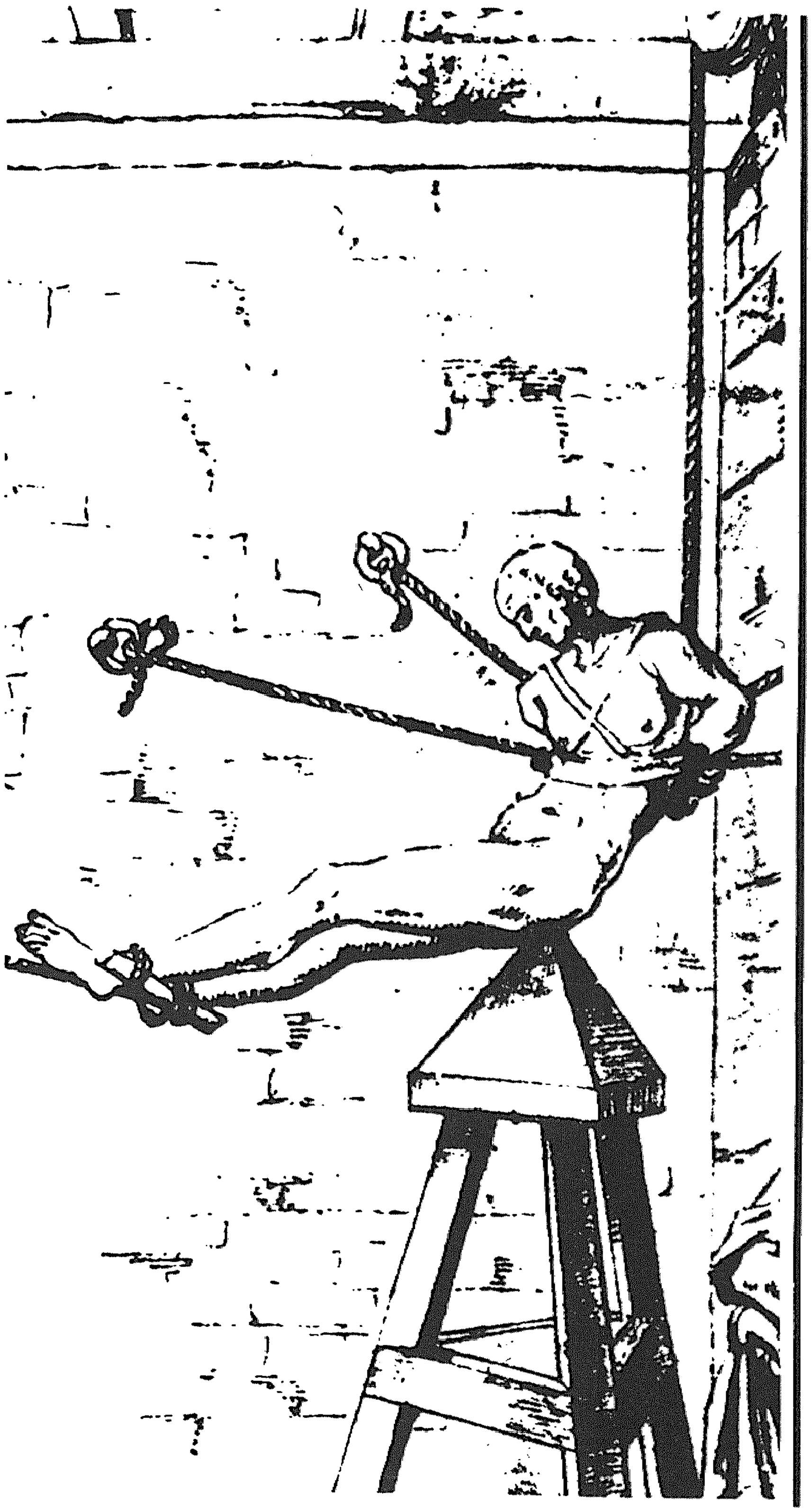
Später wurde ich wieder in den 2.Stock geführt. Abermals wurde ich nackt ausgezogen, dieses mal aber an den Beinen. An After und Scheide wurden Elektroschocks angelegt. Danach versuchten sie mich zum Stehen zu bringen. Aber ich war fix und fertig. Auch an meiner Mutters Namen konnte ich mich nicht mehr erinnern.

Inzwischen hatte ich gemerkt,daß es außer mir im Flur noch andere Leute gab. Einer verlangte Wasser zu trinken, aber sofort mußte er erbrechen und schrie: "Scheiße", denn die Wachen hatten ihm Urin gegeben Sie fragten mich, ob ich durstig sei Ich verneinte es. Sie brachten mich in die Zelle Nr.5, der gegenüber ein Wasserhahn angebracht war. Sie hängten mich wieder auf und zogen eine auf dem Boden liegende Matratze zurück. Ständig mußte ich tropfendes Wasser anhören. Auch das war für mich eine Art Folter. Wielange dies ging, kann ich nicht mehr erinnern.

Schließlich wurde ich in eine andere Zelle gebracht, in der noch andere Leute waren. Alle hatten irgendwelche Verletzungen. Einer stand neben mir und hatte einen gebrochenen Arm.

Etwas später kamen wieder die Wachen. Durch das Guckloch warfen sie mir eine Augenbinde zu und forderten mich auf, rückwärts zur Tür zu laufen. Sie führten mich in ein anderes Verhörzimmer. Dort legten sie mich auf den Tisch und banden meine Arme und Beine fest. Ein sich selbst als Major bezeichnender Mann fing an, mich zu schlagen. Ein anderer Mann zog mich aus, belästigte mich mit seinen Händen und küßte mich. Permanent wurde ich beleidigt Als sie müde waren, haben sie mich in die Zelle gebracht.

Ich hatte keine Gelegenheit gehabt, darüber nachzudenken, was mit mir los ist, oder was mit mir geschehen wird. Gleich holte mich wieder jemand ab und ging mit mir zusammen in eine andere Zelle. Er fragte mich nicht aus, aber er entkleidete und belästigte mich auch



wieder. Wegen meiner starken Reaktion, brannte er meine Haare und brachte mich dann in eine andere Zelle zurück.

Etwas später mußte ich mit verbundenen Augen auf ein Fahrzeug aufsteigen, das mich in die Nähe unserer Wohnung brachte. Dort traf ich mit jemanden zusammen, dessen Namen -Seyit Cökmez - ich später vom Staatsanwlt erfahren habe. Zuerst sagte er, daß ich nicht das Mädchen sei, das die Polizei suche. Während unseres Gesprächs gingen ein paar Jungen auf der Straße vorbei. Sofort sagte S.Cökmez, daß diese Jungen von den Einwohnern Geld gesammelt hätten. Sofort wurden diese Jungen festgenommen. Zu mir sagten die Polizisten, daß ich die Jungen noch vor S.Cökmez hätte sehen und erkennen müssen. Nach diesem Zwischenfall bestätigte S.Cökmez der Polizei, daß ich das gesuchte Mädchen sei. Deshalb schlugen sie, S.Cökmez und ein paar Zivilisten, mit Steinen, Holz oder was sie gerade in der Hand hatten, auf mich ein. Einer von ihnen hatte mich an meinem Arm angefaßt und mich herumgeschleudert; er hieß Kommissar Ridvan Göler. Während sie mich auf den Rücken schlugen, versuchte ich mich auf meine Arme zu stützen.



„Nur eine Militäreinheit könnte diese Disziplin übertreffen"

Aber es war nutzlos. Meine Arme versagten, weil sie beide gefühllos waren und furchtbar bluteten. In diesem Augenblick muß ich ohnmächtig geworden sein. Außer mir wurden auch einige der verhafteten Jungen im Fahrzeug in das Verhörzentrum gefahren.

Dort wurde ich in die Zelle gesteckt, während ich mich fragte, mein Gott, was erwartet mich noch? Plötzlich kam jemand und schleppte mich in den Flur. Während ich dort stand, fing er wieder an, mich ekelhaft zu belästigen und zu beleidigen; z.B. fragten sie uns nach unseren Vornamen und als Nachnamen sagten sie dann "Hurenkind" zu uns, was wir wiederholen sollten. Tagelang stand ich müde, schlaflos und hoffnungslos im Flur. Eines Tages forderte man mich auf, etwas anzufassen. Ich erschrak dabei und schrie auf, weil ich einen Penis angefaßt hatte. Aber die Wachen lachten nur. Nochmals bekam ich Elektroschocks verabreicht. Dabei haben sie gelacht und mich beschimpft. Bestimmt machte es ihnen Spaß, was sie mit mir und den anderen Menschen gemacht haben, denn sonst hätten sie nicht so unmenschlich sein können. Danach wurde ich in die Zelle gebracht, in der noch einige Personen waren.

Gleich danach wurde ich wieder abgeholt. Da dieser Beamte mir die Augen erst verband, als er mich aus der Zelle geschleppt hatte, würde ich ihn erkennen, wenn ich ihn nochmals sähe. Durch ein Zimmer gelangten wir in ein anderes Zimmer (ich merkte dies an den Türen).Dort gab es zwei auseinanderstehende Balken. Er breitete meine Arme und Beine aus und band sie an den Balken fest. Bevor er anfing, mich auszuziehen, nahm er mir die Augenbinde ab und zog nun sich selbst aus. Mit seinen ekligen Händen fing er an, mich zu streicheln, meine Brüste anzufassen und mich zu küssen. Ich schrie hoffnungslos, daß ich solche Menschen hasse, wenn man solche Wesen als Mensch bezeichnen darf. Ich wünschte mir, eine giftige Schlange zu sein, um ihn zu beißen oder ein Adler zu sein, um seine Augen auszustechen. Ich dachte, ich kann nicht aushalten, ich kann nicht. Er sprach immer, er würde mich vergewaltigen, da ich dies nicht beweisen könne. Während ich so hilflos war, habe ich geschrien, alle in der Türkei getöteten Menschen hätte ich selber umgebracht. Ich kann mich nicht erinnern, wielange diese widerliche Situation gedauert hat. Zuerst hat er sich angezogen, dann mich. In diesem Augenblick kam Kommissar B.Güler und fragte mich, ob es mir gut gefallen habe. Er lachte ekelhaft dazu und ging dann weg.

Als ich wieder in die Zelle zurückgekehrt war, schämte ich mich vor mir selbst und ekelte mich vor mir. Wie gesagt, wenn man solch Wesen als Mensch bezeichnen darf,dann bin ich nicht mehr Mensch. Solche Menschen beschämen mich. In diesem Moment hatte ich nur einen Wunsch, STERBEN, nicht mehr leben. Als die Mädchen in der Zelle mich fragten, was los gewesen sei, konnte ich ihnen nicht antworten. In meinem Hals fühlte ich es wie einen Kloß sitzen. Ich wollte nur sterben, alles, was es auf der Welt gibt, hat mich angeekelt.

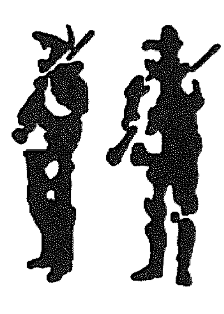


Sie holten mich wieder aus der Zelle ab und gingen wieder in den 2.Stock. Dort wurde ich aufgefordert ein Papier zu unterschreiben. Ich willigte ein, verlangte aber, den Text vorgelesen zu bekommen, bevor ich es unterschreibe. Der Mann, der mich vergewaltigt hatte (ich erkannte ihn an seiner tiefen Stimme),faßte mich am Arm und drohte mich nochmal nach unten zu bringen, um mich zu vergewaltigen. Hilflos habe ich unterschrieben, ohne das Geschriebene gelesen zu haben.

Als ich in das Mamak-Gefängnis verlegt wurde, waren die Spuren der Elektroschocks und der Bindfäden deutlich sichtbar. Trotzdem wurde in meine Karteikarte eingetragen, ich wäre während der Fahrt in die Stadt geschlagen worden.

Während des ersten Monats im Gefängnis war ich unfähig, mit jemanden zu sprechen. Wenn ich nämlich mit jemanden sprach, sah ich denjenigen nackt und mich vergewaltigend. Wenn ich etwas essen wollte, stiegen die gleichen Bilder vor meinen Augen auf. Ich machte immer die Augen zu.

Im Verhörzentrum sagte man mir, daß die Folter gesetzlich sei. Deshalb konnte ich nirgends Beschwerde einreichen. Im Juli 1981 erklärte Staatsanwalt im Gefängnis die Folter als ungesetzlich. Ich stellte einen 7seitigen Beschwerdeantrag. Aber er wurde nie bearbeitet und niemand wurde für schuldig erklärt. Für meine Folterungen habe ich genug Zeugen. Während der Folterungen im Verhörzentrum wurde ich Zekeriya Temel, Ismet Cakmakkaya und Sirri Copur gezeigt, die dadurch zu Geständnissen gezwungen werden sollten. Seyit Bayindir, Veli Cukuröz und Ibrahim Cingöz haben mich während ich in unserem Ort geschlagen wurde, gesehen.



Bundesrepublik

Ausländerfeindlichkeit

Nicht nur in der Türkei werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, sondern auch in der BRD müssen sich Ausländer nach der Wende in Bonn mancherlei Diskriminierung gefallen lassen. Einen Überblick gibt die Stellungnahme des "Vereins türkischer Sozialberater" vom 10.3. 1983 zum Bericht der Kommission "Ausländerpolitik vom 24. 2. 1983:

Die wenigen integrationsfördernden Maßnahmen, die in dem Bericht der Kommission zu finden sind, werden unwichtig gegenüber der AUSLÄNDER-VERDRÄNGUNGSPOLITIK, die sich wie ein roter Faden durch alle Teile des Berichtes zieht:

- Arbeitslosenhilfebezug wird zum Ausweisungsgrund. Wenigstens die Hälfte unserer Landsleute sind betroffen, weil sie keine "besondere Arbeitserlaubnis" haben und weil sie keine neue Arbeitserlaubnis bekommen können. Arbeitslosenhilfe wird nicht mehr als Versicherungsleistung, sondern als eine Form der Sozialhilfe angesehen, die Arbeitsämter sollen gesetzlich verpflichtet werden, jeden Antragsteller auf Arbeitslosenhilfe sofort dem Ausländeramt mitzuteilen.

- Ausweisung, wenn der "Zweck des Aufenthaltes" entfällt, d. h. Schaffung einer besonderen Aufenthaltserlaubnis für Familienangehörige mit der Folge, daß jede Scheidung, jeder Todesfall, jede Ausweisung des Arbeitnehmers für die ganze Familie gelten soll, wenn nicht der Unterhalt in "jeder Hinsicht" - d. h. durch eigenen Verdienst gesichert ist.

- Jede Notsituation, die zu Sozialhilfebezug führt, soll sofort dem Ausländeramt gemeldet werden und wer nicht über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt, soll ausgewiesen werden.

- Jugendliche über 18, die ihren Lebensunterhalt nicht aufgrund eigener Erwerbstätigkeit oder Ausbildung nachweisen, können keine Aufenthaltsverfestigung bekommen. Sicherung des Lebensunterhalts durch die Eltern soll nicht mehr ausreichen. Berlin will diese Jugendlichen sogar ausweisen.

Welche Mißachtung elementarer Verpflichtungen der Solidargemeinschaft spricht aus diesen Empfehlungen und welche Verletzung von Menschenrechten aus Lösungsvorschlägen wie den folgenden:
- Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts der Eltern für ihre Kinder.
- Beschränkung des Nachzugsrechts auf Kinder unter 6 Jahre, bei gleichzeitiger Verschärfung des Wohnungsnachweises und unter der Bedingung, daß der Arbeitnehmer ein ungekündigtes Arbeitsverhältnis nachweist.
- Androhung von Ausweisung für die ganze Familie, wenn sich die Kinder ohne Aufenthaltserlaubnis bei ihren Eltern aufhalten und diese sich weigern,ihr Kind selbst zurückzuführen.
- Unerträglichkeiten sind die Bedingungen, die man jungen Menschen der 2. Generation aufbürdet, die mit einem Ehepartner aus dem Heimatland in der Bundesrepublik zusammenleben wollen: Schon die bereits heute geltenden Bestimmungen - ein Jahr Ehestand, 8 Jahre Aufenthalt in der BRD, Wohnung und Arbeitsplatz und 4 Jahre Arbeitsverbot für den nachziehenden Ehepartner - sind unmenschlich und gefährden jede Ehe.

Die Vorschläge der Kommission gehen weit darüber hinaus:

a) Drei Jahre Ehestand vor der Einreise und vier Jahre Arbeitsverbot danach;
b) Eine Quotenregelung, die den Behörden die Möglichkeit gibt, eine beliebig niedrigere Quote festzulegen und den Betroffenen die Möglichkeit nimmt, ihr weiteres Leben zu planen;
c) Ein generelles Nachzugsverbot, es sei denn, daß der bereits hier lebende Partner sich vorher einbürgern läßt;
d) Der Nachweis von im Heimatland erworbener deutscher Sprachkenntnisse, mit der Bemerkung, daß diese Forderung ohnehin nur wenige erfüllen können.

Für die 2. Generation soll die Einbürgerung erleichtert werden. Aber welches Denken verbirgt sich hinter dem Vorschlag von Sanktionen für Jugendliche, die diese Einbürgerung nicht wünschen?
- Männliche Jugendliche sollen zusätzlich zum Militärdienst im Heimatland zur deutschen Bundeswehr herangezogen werden;
- bestimmte Berufe sollen ihnen verschlossen bleiben;
- bestimmte Leistungen im Hochschulbereich sollen nicht gewährt werden.

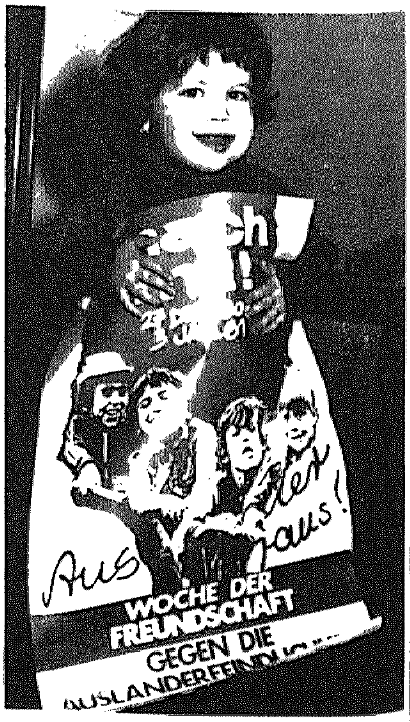
Rückkehrfähigkeit soll erhalten bleiben, weshalb man in Erwägung zieht, Kinder zu verpflichten, in muttersprachliche Klassen zu gehen mit der Konsequenz, daß ihnen jede weiterführende Schule verschlossen bleibt.

Wir bezweifeln, daß solche Vorschläge mit dem Sozialstaatprinzip und den Grundrechten dieses Landes vereinbar sind. Mit Integration jedenfalls haben diese Vorschläge mit Sicherheit nichts zu tun!
Erschreckend wirkt auch die Leichtigkeit auf uns, mit der man sich über Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzt:
- Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern vor der Verurteilung;
- Ausweisung nach dem erstinstanzlichen Urteil, aber vor dessen Rechtskraft;
- Ausweisung von drogenabhängig gewordenen Jugendlichen.

Wir protestieren auch gegen die weitere Einschränkung politischer Rechte.Es geht nicht an, mit der Begründung "Schutz gegen politische Extremisten" allen Ausländern politische Betätigung nahezu unmöglich zu machen und mit Ausweisung zu bedrohen.

Niemand kann "am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik möglichst voll und gleichberechtigt" teilnehmen, wenn er sich nicht mit anderen zusammenschließen und für seine Interessen politisch aktiv werden darf. Durch die vielfältigen unbestimmten Rechtsbegriffe werden die Ausländer so verunsichert, daß sie nicht mehr wagen, politisch tätig zu werden. Es ist fast unmöglich, jeweils genau wissen, wann gegen das Versammlungsrecht oder äußere Belange der Bundesrepublik verstoßen wird, was mit Androhung von Gewalt jeweils konkret gemeint ist. Und vor allem: Kann jeder Polizeibeamte einschätzen oder wird der Willkür Tür und Tor geöffnet? Zwar hat man von der Einführung eines gesetzlichen Verbotes für bestimmte Formen politischer Betätigung abgesehen, daß aber überhaupt daran gedacht war, Versammlungen, Demonstrationen und Flugblätter zu verbieten, zeugt von Vorstellungen, die mit sozialer Integration absolut nicht in Verbindung zu bringen sind.
Eine Reihe Bestimmungen sollen gesetzlich verankert werden, was zu begrüßen ist, weil dadurch das Ermessen von Beamten eingeschränkt wird. Gleichzeitig jedoch werden neue Generalklauseln eingebaut, die wiederum Rechtsunklarheiten schaffen und der Exekutive zu große Spielräume lassen. Gleichzeitig soll der Bund eine Verordnungsermächtigung erhalten, die es ihm ermöglicht, "allgemein oder für bestimmte Gruppen von Ausländern oder für bestimmte Aufenthaltszwecke die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen" auszuschließen.

Die Kommission begründet einige Vorschläge mit Rücksichtnahme auf die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung gegen Ausländer. Wir wissen aus vielen schmerzhaften Erfahrungen, daß es diese Ausländerfeindlichkeit gibt. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß dieser Bericht Ausländerfeindlichkeit erzeugen und verstärken wird.Wir sind sogar mit vielen anderen der Meinung, daß ausländerfeindliche Tendenzen in diesem Bericht sichtbar werden.





DER ASYLANT

DER TAU KÜßT DEN MUND DES MORGENS.
DIE WOLKE IST IN DEN HIMMEL VERLIEBT,
SONNE UND ERDE SIND SCHON GETRENNT.
HEUTE IST SAMSTAG,
DIE STADT IST VOLLER MENSCHEN.
ICH DARF IN DER INNENSTADT LAUFEN,
SO STEHT ES IN MEINER DULDUNG.
EIN VOGEL IN EINER TIERHANDLUNG SIEHT MICH AN.
NEIN, VOGEL, BENEIDE MICH NICHT,
ICH BIN GENAU WIE DU,
ODER VIELMEHR, DU HAST ES BESSER ALS ICH,
DENN DU KANNST TRAURIG ODER ZUFRIEDEN SINGEN,
WÄHREND ICH MEINE MEINUNG NICHT SAGEN DARF.
ICH MUß SCHWEIGEN.
ALLE ARMEN MENSCHEN MÜSSEN UNTER DEM GESETZ LEBEN.
DAS GESETZ SAGT,
DIE REGIERUNG DARF ALLES BESITZEN,
SIE VERBIETET, DAß STUDENTEN BAFÖG BEKOMMEN,
DIE ARBEITER MÜSSEN STEUERN BEZAHLEN,
ABER SIE DÜRFEN DEN LOHN NICHT SELBST BESTIMMEN.
SIE WILL IN DER VOLKSZÄHLUNG ALLES WISSEN,
SIE VERBIETET DEN PROTEST,
DIE DEMO GEGEN DIE RAKETENSTATIONIERUNG.
ICH MUß ARM BLEIBEN, ALS ASYLANT LEBEN.
ICH REDE MIT DEM VOGEL:
ICH LEBE IN UNFREIHEIT.
DIE WELT HAT STAATEN GENUG,
TROTZDEM KOMME ICH AUS DEM LAND "STAATENLOS" -
ICH HEIßE.... HABE NUR EINEN NAMEN.
ABER JETZT HABE ICH DREI:
ASYLANT, AUSLÄNDER, FREMDER
UND MILLIONEN VON GESETZEN.
DIE ASYLANTEN SIND NUR EIN BILD,
OHNE MENSCHLICHEN KÖRPER
DAS GESETZ VERBIETET IHNEN GEFÜHLE ZU HABEN.
NEULICH SAH ICH DEN PERSONALCHEF,
ER STREICHELTE SEINEN HUND.
AM NÄCHSTEN TAG WAR ICH BEI IHM,
ER SAH MICH NICHT AN,
SCHÄMTE SICH, MIT MIR ZU SPRECHEN,
WEIL ICH ASYLANT BIN.
LEBT IN EINER COMPUTERWELT
DER HUND BESSER ALS DER MENSCH ?
VOGEL, BITTE LAß MICH WEITERSPRECHEN.
ICH HASSE MICH, WEIL ICH ZU DEN MENSCHEN GEHÖRE.

EIN NEUES GESETZ WILL,
DAß DIE ASYLANTEN STRAßEN KEHREN,
STUNDENLOHN EINE MARK,
EIN BIG MAC BEI MAC DONALDS KOSTET VIER MARK.
WOHIN KÖNNEN WIR FLIEHEN ?
ICH WILL DICH FRAGEN, WAS DU WEIßT, VOGEL.
WEIßT DU, WAS DIE WORTE
ATOMBOMBE, RAKETE, ATOMKRAFT BEDEUTEN ?
HAST DU JEMALS VON HIROSHIMA GEHÖRT,
VON EL SALVADOR, NICARAGUA, DEM LIBANON,
DEN BEIDEN WELTKRIEGEN,
VON NAPOLEON, BISMARCK, HITLER ?
ALLE DIESE DINGE KOMMEN VON MENSCHEN.
WIR SIND STOLZ AUF UNSERE RAKETEN,
OBWOHL WIR SIE AUCH FÜRCHTEN.
UNSER STOLZ IST EIN WEG IN DEN TOD.
SEI ZUFRIEDEN, VOGEL,
WEIL DU NICHT MENSCH BIST.
SCHADE, ICH WEIß? DAß DU UNSCHULDIG BIST,
ABER DER NÄCHSTE KRIEG WIRD AUCH DICH BETREFFEN.
ER WIRD ALLES, WAS IN DER WELT LEBT, ANGEHEN,
ICH WEIß, DU HAST NICHT MITGEMACHT.
DAS IST UNSERE MODERNE ZEIT,
UNSER STERBEN IST EINE FORM DER KULTUR.
ICH BENEIDE DICH NICHT,
WEIL DU AUF DER ERDE BIST.
ICH BENEIDE DICH,
WEIL DU IM KÄFIG ALLEIN BIST
UND MIT UNS STIRBST, OHNE ZU WISSEN WARUM.
SING, VOGEL,
DENN DU BIST ALLEIN,
UNBEHELLIGT VON DER WELT.

Samy

AGRAROPPOSITION IN DER BRD



von Horst Blume

Um existenzfähig zu bleiben, ist der Bauer heute gezwungen, seinen Betrieb laufend zu vergrößern und zu intensivieren. Der Verdienst an seinen Produkten ist so niedrig, daß er nur durch immer größere Mengen ein vernünftiges Einkommen erwirtschaftet und damit seinen Hof erhalten kann. Je größer die wirtschaftlichen Einheiten werden, desto geringer sind die Produktionskosten, desto höher sind aber auch der Einsatz von Chemie und Technik. Kleinere Betriebe sind nach der Logik der EG-Agrarpolitik unrentabel, bekommen keine finanzielle Förderung mehr und müssen ausscheiden. Von dem Deutschen Bauernverband werden die kleinen Landwirte mit ihren Problemen alleingelassen und Bauern, die sich gegen den Strukturwandel in der Landwirtschaft wehren, werden von ihm obendrein auch noch diffamiert.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) wird weder von den Interessen der kleinen und mittleren Bauern, noch von den Zu- und Nebenerwerbsbauern geleitet. Vielmehr tritt der Verband in seiner Führung eindeutig für die Interssen der Groß- und Wachtumsbauern, Industrie und Agrarwirtschaft ein. Ganz besonderen Einfluß haben die "Genossenschaften" auf den DBV. Ursprünglich wurden sie im 19. Jahrhundert von Bauern gegründet, um sich gegen den übermächtig werdenden Handel und der Konzentration des Kapitals in wenigen Händen zur Wehr zu setzen. Doch schon bald brachten die mächtigeren und angesehenen Bauern die Vorstände in ihre Hand und bestimmten die Geschäftspolitik: Die sah nun so aus, daß das Prinzip "ein Mann - eine Stimme" zugunsten kapitalkräftiger "Genossen" aufgegeben wurde. Anstatt allen Genossen möglichst viele Vorteile zu bieten, strebt das genossenschaftliche Management danach, den Bauern so wenig wie möglich für ihre Produkte zu zahlen und soviel wie möglich von ihnen zu verlangen, wenn sie Waren einkaufen. Praktisch unterscheidet sich die Genossenschaft dadurch nicht von anderen Unternehmen, zieht aber immer noch propagandistischen Nutzen aus der längst von der Wirklichkeit überholten Vorstellung, sie seien die Stütze des kleinen Bauern. Neben den Vorstandsmitgliedern der Genossenschaften und den Aufsichtsräten der Nahrungsmittelindustrie haben die Großbauern wichtige Funktionen im Deutschen Bauernverband besetzt. Da die Kleinbauern nicht genug Zeit haben, um sich mit der Verbandspolitik zu beschäftigen,können sich das nur die Großbauern leisten, weil sie meist über Lohnarbeiter verfügen, die die Arbeit auf dem Bauernhof verrichten. Aufgrund des hierarchischen innerverbandlichen Wahlsystems hat die Basis nur geringe Kontrollmöglichkeiten über die Verbandspolitik. Denn in dem von der amerikanischen Besatzungsmacht ins Leben gerufenen DBV wählen die Vorstände der unteren Verbandsebene immer die Vorstände der nächst Oberen. Auf diese Weise wird jede sich in der Minderheit befindliche Opposition gleich auf Ortsebene abgeblockt. Während bis 1971 jeder Landesbauernverband im Gesamtverband eine Stimme hatte, wurde danach für jede gezahlten 20.000 DM Jahresbeitrag dem betreffenden Landesverband eine Zusatzstimme zugesprochen und so eine Art Klassenwahlrecht geschaffen: Die Großbauern können mit ihrer Beitragszahlung viele kleinere und mittlere Bauern überstimmen. Wegen der Verfilzung zwischen DBV, Genossenschaft und Industrie richten sich die Forderungen der Verbandsführung nach Erhöhung der Verkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte immer nur an die Regierung

und die EG. Dabei wird es tunlichst unterlassen, die Preise dort zu erkämpfen, wo die Produkte abgeliefert werden, wo die Ware über den Tisch geht. Dort, wo der Bauer noch mit anderen Markt"partnern" zusammenkommt, und noch etwas zu machen ist, da hält der DBV still.

Wie schwierig es ist, im DBV eine oppositionelle Meinung nur sagen zu können, zeigte der Deutsche Bauerntag in Trier 1981. Die Hälfte der Sitzplätze nahmen Funktionäre aus Industrie, Kirche, Parteien und Genossenschaften ein, weiter hinten saßen die Bauern. Um das Ritual von festgelegten prominenten Redebeiträgen durchbrechen zu können und eine Rede zu halten, mußten oppositionelle schleswig-holsteinische Bauern drohen, mit selbst mitgebrachten Megaphonen die gesamte Veranstaltung undurchführbar zu machen. Neben ihrer kämpferischen Rede erregten auch noch Flugblätter von Bauern aus NRW und Hessen aufsehen, die eine neue Agrarpolitik und eine andere Interssenvertretung im DBV verlangten:

*Direktwahl des Präsidenten, zumindest auf Landes- und Bundesebene,

*Einführung einer Urabstimmung ähnlichen Regelung,

*Schluß mit der Ämter- und Interessenverflechtung der Verantwortlichen im Bauernverband.

Das "Landwirtschaftliche Wochenblatt", mit 57.000 Exemplaren das meistgelesene landwirtschaftliche Fachblatt in Westfalen, witterte bei solcherlei Forderungen mit polizeistaatlichem Spürsinn "räterepublikanischen Klang" und gab gegenüber den Störenfrieden die sattsam bekannten Belehrungen über die "repräsentative Demokratie" (9.7.81) zum besten. Kein Wunder auch, daß der seit 1969 amtierende Bauernpräsident Heeremann sich persönlich wegen der Forderung nach Direktwahl des Präsidenten angegriffen fühlte. Ämter hat dieser mit 800 ha Grundbesitz gutbetuchte Bauernpräsident Constantin Bonifatius Hermann Josef Maria Freiherr Heeremann von Zudtwyck mehr als genug und legt hierdurch Zeugnis dafür ab, was in dieser repräsentativen Demokratie alles möglich ist:

- Präsident des Weltbauernverbandes IFAP
- Präsident des Europäischen Bauernverbandes COPA
- Präsident des Deutschen Bauernverbandes DBV
- Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes
- Präsident des Kreisverbandes Tecklenburg
- Präsident des Landesjagdverbandes NRW
- Vorsitzender der IMA, Hannover
- Aufsichtsratsvorsitzender der Land Data, Visselhöve
- Vorsitzender des Kuratoriums für den Bundes-Milchförderungsfonds
- Aufsichtsrat bei der Zentralen Preis- und Marktberichterstattung
- Aufsichtsrat bei der R + V-Lebensversicherungsgesellschaft
- Vorstand der westfälischen Reit- und Fahrschule, Münster
- Vorsitzender des Bundesarbeitskreises für Erwachsenenbildung
- Vorstand des Generallandschaftsrates der Westfälischen Landschaft
- Verwaltungsvorsitzender des Absatzförderungsfonds der deutschen Agrarwirtschaft
- Aufsichtsrat der westfälischen Central-Genossenschaft
- Verwaltungsrat der Kreditanstalt für den Wiederaufbau
- Verwaltungsrat der deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt
- Aufsichtsrat der Handels- und Privatbank AG, Köln
- Aufsichtsrat bei der landwirtschaftlichen Rentenbank
- Verwaltungsrat der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt
- Aufsichtsrat beim Landwirtschaftsverlag Hiltrup
- Verwaltungsrat bei der Deutschen Bundespost
- Aufsichtsrat bei der Bayer AG, Leverkusen
- Aufsichtsrat bei der Klöckner-Humboldt-Deutz AG
- Aufsichtsrat bei der Nordsee, Tochter im Unilever-Konzern
- Amts- und Gemeindevertreter

(aus "Freies Landvolk" Nr. 18)

Zum Überfluß wollte er auch noch Bundestagsabgeordneter der CDU werden und schielte nach dem Posten des Landwirtschaftsministers. Die Satzung des Westfälisch-Lippischen Landesverbandes verbietet allerdings dem Präsidenten ein politisches Amt über die Kreisebene hinaus auszuüben. Da aber der Ministersessel noch nicht sicher war, wollte er die einflußreiche Stellung des Bauernpräsidenten nicht aufgeben. Was also tun? - Die Satzung ändern. Das kann nur mit einer 3/4 Mehrheit geschehen und die war - welch Wunder! - gar nicht so sicher. Nicht nur die sowieso recht kritische Landjugend sprach sich dagegen aus, sondern auch manch gestandenem Bauernvertreter auf Ortsebene wurde die Machtgier des Präsidenten langsam unheimlich. Nun trat das Landwirtschaftliche Wochenblatt wieder auf den Plan. In sechs Leitartikeln sollte den Bauern die Bundestagskandidatur ihres Prä-

Wir wollen weiterhin Bauern bleiben!

Mit der bäuerlichen Landwirtschaft stirbt der ländliche Raum, eine gesunde Ernährung und eine lebenswerte Umwelt.

Zwölf Grundsätze der agrarpolitischen Arbeitskreise der Westfälisch-Lippischen Landjugend.

1. Die heutige Agrarpolitik zerstört die bäuerliche Landwirtschaft.

2. Die agrarische Massenproduktion verschlechtert zwangsläufig die Qualität der Nahrungsmittel.

3. Die agrarische Massenproduktion zerstört die Landschaft und natürliche Bodenfruchtbarkeit.

4. Wir fordern eine Agrarpolitik für die bäuerliche Landwirtschaft.

5. Wir wollen keine Subventionen, sondern Preise, die uns einen ausreichenden Arbeitslohn unter angemessenen Arbeitsbedingungen schaffen.

6. Ein gestaffelter Preis ist notwendig, der die klein- und mittelbäuerliche Erzeugung sichert, die agrarische Massenproduktion verhindert.

7. Das einzelbetriebliche Förderungsprogramm ist zu streichen. Alle Maßnahmen künftiger Agrarpolitik müssen vorrangig dem Abbau von Einkommensunterschieden innerhalb der Landwirtschaft dienen.

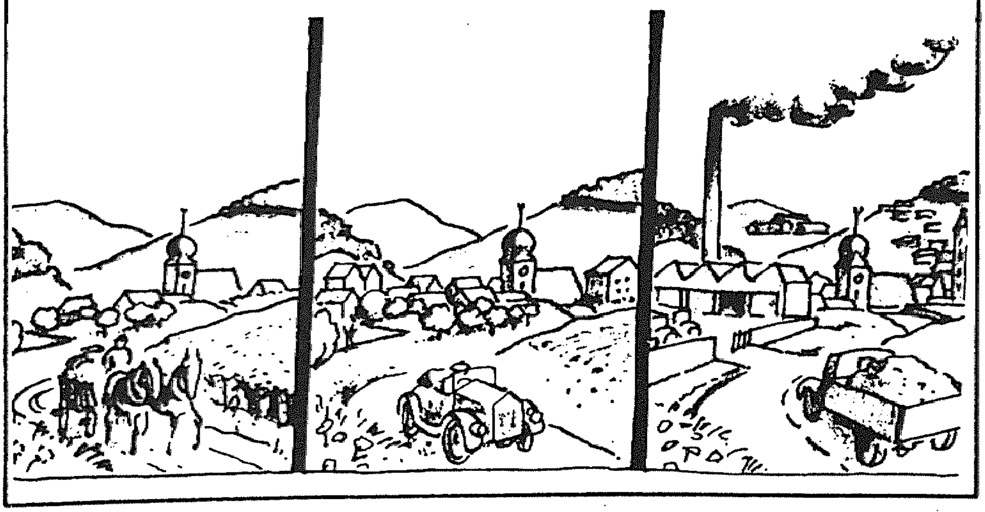
8. Wir Bauern sitzen mit Handel, Genossenschaften und Industrie im vor- und nachgelagerten Bereich nicht in einem Boot. Bäuerliche Interessenvertretung muß von ihnen unabhängig sein.

9. Klein- und mittelbäuerliche Betriebe sind die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Erzeugung von gesunden Lebensmitteln. Wir müssen als Bauern darüber aufklären, wo unsere erzeugten Lebensmittel in Verarbeitungsbetrieben in ihrer Qualität gemindert werden und uns mit den Verbrauchern dagegen wehren.

10. Die Möglichkeiten ökologischer Produktionsverfahren müssen erforscht werden. Wir fordern die Einführung des Lehrfachs „Ökologie" in den allgemeinbildenden und Landwirtschaftsschulen.

11. Wir müssen um den Erhalt unseres Arbeitsplatzes als Bauern kämpfen.

12. Die Politik des Bauernverbandes muß sich ändern, sie muß in der aufgezeigten Richtung Interessenpolitik der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft sein.



sidenten schmackhaft gemacht werden. Sogar die gute, alte Kaiserzeit mußte in einem eigens hierfür geschriebenen Artikel als Rechtfertigung herhalten, daß an dem angestrebten Vorgehen nichts anrüchiges sei: " 'Bauernkönig' von Schorlemer-Alst war gleichzeitig auch Abgeordneter in Preußen und im Deutschen Reichstag." - und noch etwas anderes fiel dem bestellten Historiker auf: Damals wurde dieser Bauernpräsident auf Lebenszeit gewählt; ach, wie demokratisch sind wir im Gegensatz dazu doch heute! Am 7.1.83 stimmten die Bauenvertreter mit 157 zu 47 Stimmen der Satzungsäderung zu. 23% stimmten also dagegen; fast hätte man die erforderlichen 25% erreicht, um Heeremann eine Schlappe beizubringen. Landwirtschaftsminister ist er jedoch nicht geworden, da ist ihm ein Bayer namens Ignaz Kiechle zuvorgekommen...



DBV-Präsident Heereman

DIE LANDJUGEND

Bedeutend aufgeschlossener geht es bei der Landjugend zu, die formell politisch selbständig, aber praktisch finanziell vom Bauernverband abhängig ist. Die Leitmotive der westfälisch-lippischen Landjugendtage zeigen deutlich die Entwicklung von einem bloßen Anhängsel des CDU-orientierten DBV zu einer kritischen Jugendorganisation:

1952: Die Landjugend als Bollwerk gegen das Kollektiv
1957: Unser geteiltes Deutschland im weltpolitischen Raum
1964: Ein Deutschland - unsere nationale Aufgabe
1968: Jugend - Kritik und Verantwortung
1977: Stirbt mit der bäuerlichen Landwirtschaft der ländliche Raum?
1980: Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich!



Die wichtigste Arbeit in der Landjugend findet auf Ortsebene und in Arbeitskreisen statt. Neben Themen wie Agrarpolitik, Arbeitnehmerfragen, Frauen auf dem Lande, werden hauptsächlich Freizeiten, Fußballturniere und Feste organisiert. Vom Strukturwandel der Landwirtschaft blieb die Landjugend nicht unberührt: Während in den 50er Jahren fast alle Mitglieder in der Landwirtschaft arbeiten, sind es bis heute nur noch ca. 30%. Die Stellungnahmen gegen Atomkraftwerke, Umweltverschmutzung und Rechtsradikalismus sowie für eine Agrarpolitik im Interesse der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe finden innerverbandlich nicht immer ungeteilte Zustimmung, im wesentlichen ist es jedoch der Bauernverband, der daran Anstoß nimmt und die Landjugend unter Druck setzt. So auch bei den zwölf agrarpolitischen Grundsätzen der Westf.-Lipp. Landjugend (siehe Kasten).

Heeremann wollte sogar an keiner Veranstaltung teilnehmen, an denen diese Thesen verteilt würden. Zahlreiche Anfragen selbst aus Österreich und der Schweiz, Nachdrucke in verschiedenen Zeitungen und 7000 verteilte Flugblätter ließen die Debatte über die geforderte alternative Agrarpolitik nicht verstummen. Das alles konnte das Landwirtschaftliche Wochenblatt - inzwischen ironischerweise "grüne Prawda" genannt - nicht dazu bewegen, die Thesen abzudrucken. Zahlreiche Leserbriefe, Proteste und Unterschriftensammlungen änderten daran nichts.

Inzwischen hat der Bund der Deutschen Landjugend (BDL - die überregionale Landjugendvereinigung), seine elf Thesen zur Agrarpolitik fertiggestellt. Sie orientieren sich ziemlich nahe an der Politik des DBV und befürworten zu allem Überfluß auch noch eine expansive Exportpolitik für Agrarprodukte, also Überproduktion auf Kosten der dritten Welt. Kein Wunder, daß diese Thesen sofort im Wochenblatt abgedruckt wurden. Da für viele Leser Landjugend gleich Landjugend ist, war die Verwirrung komplett und wohl auch beabsichtigt.

Bauernblatt

Eine Zeitung von Bauern für Bauern

Nr. 94, Dezember 1981
E 4373 F

Herausgegeben vom Arbeitskreis Junger Landwirte

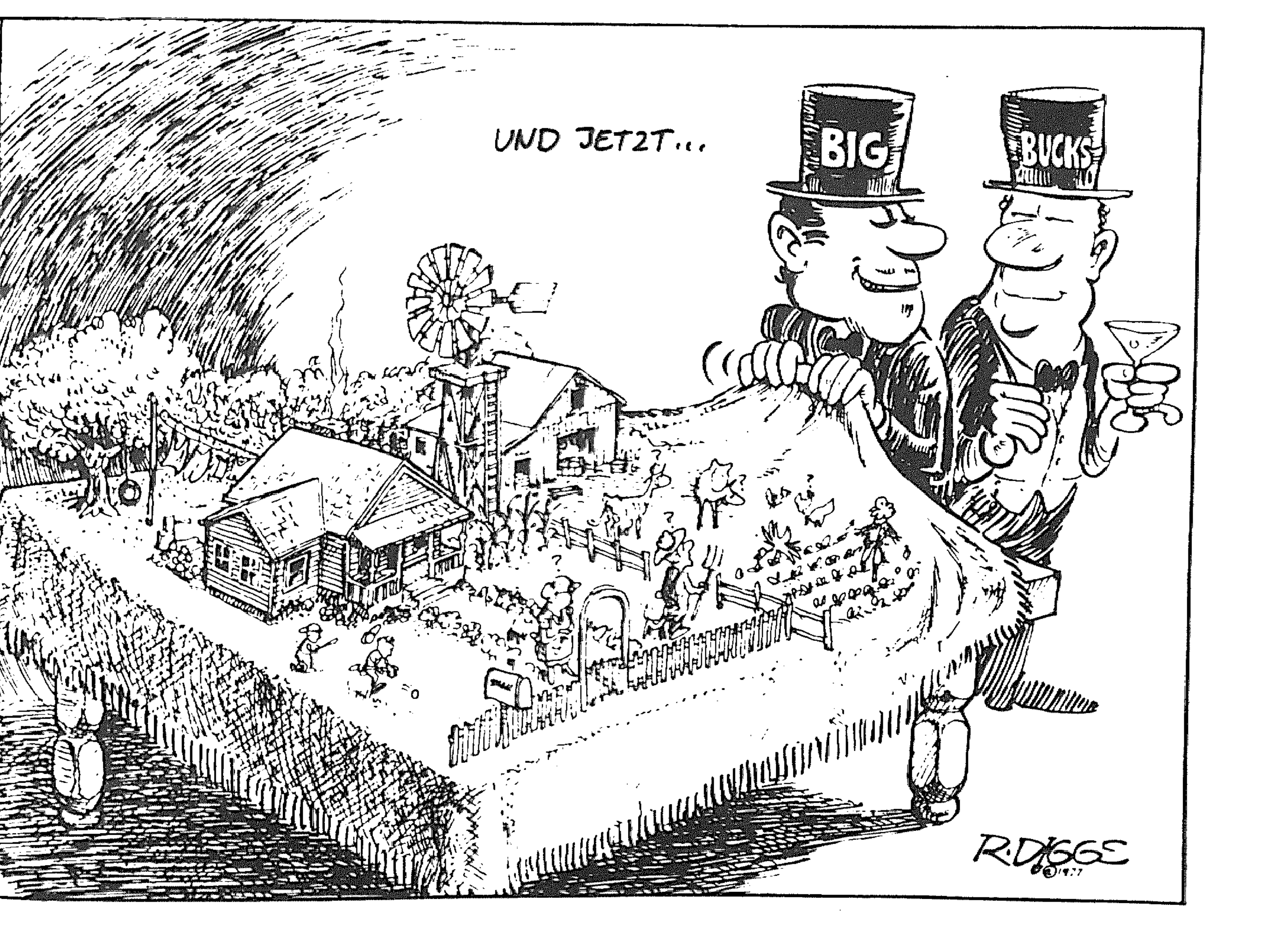
Einzelpreis 1.-

DIE "BAUERNBLATT"-GRÜNDUNG

Seit den 50er Jahren wurde die Eigenständigkeit der Bauern durch die Konzentration der vorgelagerten Betriebsmittelindustrien (z.B.Trecker) und der nachgelagerten Nahrungsmittelindustrien nahezu aufgehoben. Vereinzelt stehen die Bauern den großen Unternehmen auf dem Markt gegenüber und haben kaum noch Einfluß auf den Preis ihrer Produkte. Um diesen Mißstand zu beheben, wurde 1974 im süddeutschen Bondorf der Arbeitskreis Junger Landwirte (AKJL) gegründet. Er trat mit einer aufsehenerregenden Aktion hervor, indem er die Braugerstenanbauer aufforderte, ihre Produkte an den Landhandel und die Genossenschaften nicht unter einem bestimmten Preis zu verkaufen. Das Vorgehen zeigte Erfolg, weil die meisten Bauern sich darin einig waren, daß zur Erhaltung ihrer Existenz ein Mindestpreis erkämpft werden mußte. Da der DBV und die landwirtschaftliche Presse diesen bauerngewerkschaftlichen Bestrebungen ablehnend gegenüberstand, wurde als Diskussionsforum für kritische Bauern das "Bauernblatt" gegründet. In den folgenden Jahren bildeten sich in der BRD weitere Arbeitskreise Junger Landwirte und das "Bauernblatt" wurde allmählich zu dem wichtigsten Instrument der sich langsam formierenden agrarpolitischen Opposition. Es erarbeitete in den ersten Jahren zu den verschiedensten Problemkreisen der Agrarpolitik und zur Situation auf dem Lande Stellungnahmen; z.B.:

* Es wurde die EG-Marktordnung kritisiert, die Subventionen für "förderungswürdige" große Betriebe und die Zerstörung von kleineren Betrieben vorsieht. Als Ausweg wird die gestaffelte Preiserhöhung für Produkte der kleinen Betriebe propagiert, damit sie leben können, ohne wachsen zu müssen und andererseits eine Preissenkung für die Großen, damit ihnen das Wachsen verleidet wird.
* Die Machenschaften der Futtermittelindustrie, die eine genaue Kennzeichnung bestimmter Futtergemische verhindert, deckte das "Bauernblatt" auf.
* Der Widerstand gegen Atomkraftwerke, Industrialisierung und Militärmanöver im ländlichen Raum wurde unterstützt.
* Darstellung der Diskriminierung der Frau in der Landwirtschaft durch bestimmte Gesetze.

Genau zu dem Zeitpunkt, als im Februar 1981 aufgrund der Östrogenskandale die Öffentlichkeit sensibel auf die Lage der Landwirtschaft reagierte und sich dem Thema Ökologie zuwandte, erreichte der Fernsehfilm "Drei Bauern unter einem Hut" mit Bauernblattmitarbeitern als Beteiligte eine unerwartet große Resonanz. Die drastische Schilderung der alamierenden Situation auf den Höfen - entweder wachsen oder aufgeben - bewirkte Betroffenheit unter den Zuschauern, die sich auch in ca. 300 Zuschriften an das "Bauernblatt" äußerte.
Des öfteren wurde von den agrarpolitischen Arbeitskreisen die Gründung einer eigenen Kleinbauernorganisation andiskutiert. In Österreich, Schweiz und Frankreich gibt es sie schon, aber angesichts von nur 1000 "Bauernblatt"-Abonnenten im Jahre 1981 wäre die organisatorische Basis recht dünn gewesen und man gab das Vorhaben erstmal auf. Der DBV - inzwischen zum Dienstleistungsunternehmen geworden - hat es erfolgreich verstanden, durch Steuerberatung und Hilfe in Rechts- und Sozialgesetzfragen die Bauern an sich zu binden. Organisatorisch kann man gegen ihn nur dann etwas ausrichten, wenn man



ansatzweise mit ähnlichen Einrichtungen und Hilfestellungen aufwarten kann. Diese Überlegungen haben u. a. dazu geführt, bei der Arbeitstagung im Februar 1982 neben dem Schwerpunkt "politischer Widerstand" die Selbsthilfe der Bauern zu setzen. "Der Weg des politischen Widerstandes muß weiter verfolgt werden, aber das reicht nicht mehr aus! D. h. wir müssen neben dem Reden auch die Tat praktizieren. Wir müssen Formen der Selbsthilfe aufbauen, um praktisch zu zeigen, was wir wollen. Wir müssen Beispiele schaffen, in denen unsere Gedanken zur Tat werden und den Hoffnungslosen zeigen, das was möglich ist. Wir müssen neben der Kritik der falschen Politik auch Positives schaffen, aus dem wir Mut und Motivation zur Weiterarbeit entnehmen können.(...)

+ Neue Formen der Zusammenarbeit beim Verkauf unserer Produkte (Verkaufsgemeinschaften bei Schweinen und Milch)
+ Gemeinschaftliche Formen der Erzeuger-Verbraucher Direktvermarktung
+ gerechte Pachtregelungen
+ Neue Formen der Ortsvereinsarbeit sowie eigene Organisation einer kulturellen Arbeit."



„bei sinkender sonne werfen auch die kleinen lange schatten!"

Seitdem hat sich die Zahl der am "Bauernblatt" orientierten agrarpolitischen Arbeitskreise bedeutend vermehrt. Die "Tage der offenen Tür" auf etlichen Bauernhöfen führten zu einem intensiven Kontakt zu den inzwischen weitgehend selbstorganisierten Verbrauchergemeinschaften. In der Öffentlichkeit werden bauerngewerkschaftliche Forderungen verstärkt diskutiert. Das sieht der Bauernverband gar nicht gern und schon wird das Gespenst einer "außerverbandlichen Opposition" (AVO) in enger Anlehnung an die vielgeschmähte APO von der linientreuen landwirtschftlichen Presse an die Wand gemalt. Die feinen Herren wissen ganz genau, wo sie ansetzen müssen, um die Bauern doch noch bei der Stange zu halten: In einer Zeit, in der die Landwirte in einer Industriegesellschaft eine Minderheit darstellen, habe die Einheit einen hohen Rang, sagen sie. Sie verschweigen dabei, daß gerade ihre Politik bewirkt hat, daß von den ca. 5 Millionen Bauern im Jahre 1945 heute nur noch 0,8 Millionen übriggeblieben sind.

Um dem Bauernverband eine umfassende Konzeption entgegenzusetzen und Interessenten das eigene Anliegen im Gesamtzusammenhang darzustellen, begann das Bauernblatt eine monatelange Programmdiskussion. Unglücklicherweise wurden die beiden Entwürfe aus Westfalen und Bondorf oft in Konkurrenz zueinander gesehen, was zu leichten Verstimmungen unter den Beteiligten geführt hat. Öfters bemängelt wurde auch, daß zwar die ökonomischen Hintergründe der Agrarpolitik recht gut herausgearbeitet worden sind, aber die konkreten, tagespolitischen Forderungen zu kurz gekommen sind.

Als Wichtigstes bleibt jedoch festzuhalten, daß endlich einmal grundsätzlich diskutiert wurde, worüber früher oberflächlich hinweggegangen worden ist. Neben den ökonomischen Ursachen der Ausbeutung der Bauern in der Vergangenheit ist da vor allem die Haltung zum Bio-Landbau zu nennen. In den agrarpolitischen Arbeitskreisen sind Biohöfe, in Umstellung begriffenen und "konventionelle" gleichermaßen vertreten. Die Biolandbau-Vereinigungen, in denen auch einige Bauernblattvereinsmitglieder sind, setzen als zuständige Fachverbände Anbaurichtlinien fest und kontrollieren diese. In ihnen finden Landwirte Berater und können sich untereinander in betrieblichen Dingen helfen. Alles durchaus positive Dinge. Das "Bauernblatt" gibt aber zu bedenken, daß die Biolandbauvereine zwar eine individuelle Perspektive vermitteln, aber zuwenig auf der agrarpolitischen Ebene aktiv sind, wenn es um das Überleben aller klein- und mittelbäuerlichen Betriebe geht. Denn Tatsache ist: Auch biologisch wirtschaftende Großbetriebe drücken die Kleinen an die Seite. Außerdem sind biologische Produkte nicht in jedem Fall für Haushalte mit geringem Einkommen erschwinglich. Bei "konventionellen" Kleinbauern fallen bestimmte produktionsbedingte Beeinträchtigungen der Lebensmittel sowieso weitgehend fort. Die Umstellung auf Biolandbau wird zwar von den "Bauernblatt"-Vereinsmitgliedern als erstrebenswert angesehen, allerdings wird eine Idealisierung derselben abgelehnt,um nüchtern die mit ihr verbundenen Probleme diskutieren zu können. Denn schon öfters haben sich Jungbauern von einer alternativen Scene bedrängen lassen, doch endlich umzustellen und sind bei dem übereilten Vorgehen in arge wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Die Umstellung vom zweimonatigen Erscheinen auf eine monatliche Herausgabe brachte 1983 neben der Aktualisierung der agrarpolitischen Berichterstattung eine interessante Akzentverschiebung, in dem auf die praktischen Probleme der Landwirte intensiver eingegangen wird: Beispielsweise wurde eine Informationsstelle Flurbereinigung eingerichtet, Berichte über Anbauversuche abgedruckt, Getreidemühlen kritisch betrachtet, Informationen über das Lebensmittelrecht erarbeitet, Bauanleitungen für Güllebelüftungsanlagen vorgestellt. Die Steigerung der Auflage auf 5000 Exemplare zeigt, daß die aktuelle und praxisnahe Konzeption der Zeitung beginnt, Früchte zu tragen und Grund genug besteht, hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken.

Bezug : Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt e. V., Hofäckerweg 1, 7407 Rottenburg-Ergenzingen.
Abonnementspreis: 25 DM jährlich

„Die Zeit wird kürzer.
Denn wir rennen auf einen Krieg zu.
Das ist offensichtlich.“ *Andrzej Wajda*



EICHMANN IN DER NATO

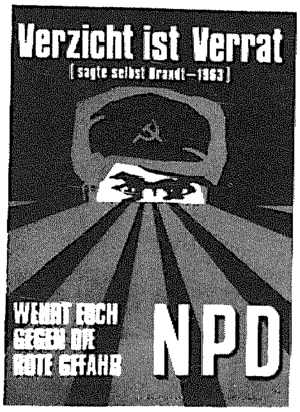
–und wir?

von Jürgen Wierzoch

Militarismus, Neonazitum und Wirtschaftsflaute gehören in allen NATO-Ländern zu den gegenwärtigsten Symptomen der Krise; wir veröffentlichen Jürgens Artikel in der Überzeugung, daß sich die skandinavischen Namen genauso mit z. B. englischen oder deutschen austauschen ließen. Daß die inhaltliche Aussage auch auf die bundesdeutsche Situation zutrifft, beweist nicht zuletzt das übergroße Interesse an gefälschten Hitler-Tagebüchern des STERN. Nach unserem Gefühl sitzen die Drahtzieher in der Alt-Nazi-Szene und ziehen auch nach dem Flop fleißig weiter ihre Fäden. Die schadenfrohe deutsche Presse merkt kaum, wie sie selbst der Nazipublizitätssucht auf den Leim geht.Es ist allemal ein Gewinn für diese Kreise 9 Millionen DM zu kassieren, eine liberale Zeitung mundtot zu machen und selbst dann, wenn alles auffliegt, noch ein wenig Bolschewistenhaß (DDR) zu schüren... (Wolfgang Haug)

Eine norwegische Fernsehserie unter dem Titel "Im Zeichen des Sonnenkreuzes" löst einen Sturm an Protesten aus.
In Dänemark wird gegen den internationalen Nazi-Verlag in Aarhuis ermittelt. Und ein weiteres Buch, das Protokolle der Gestapo-Verhöre wiedergibt, soll den ehemaligen dänischen KP-Chef Axel Larsen anschwärzen. Der Gestapo gelang es nämlich, ihm unter der Folter einige Namen abzupressen. Larsen brach später aus und wurde Mitbegründer der norsischen sozialistischen Parteien.
So sind durch diese Thematik die Verbrechen der Militärs zu sehr "zur Ruhe" gekommen.(...)
Sigbjörn Hölmeback schrieb im Dagbladet:

"Mit der Gaskammer in unseren Herzen.
Die Fernsehserie "Im Zeichen des Sonnenkreuzes" hat die Gemüter zum Kochen gebracht. Warum sind die Leute so aufgebracht? U. a., weil die Serie ein schiefes Bild von dem gab, was die NS und der Nazismus eigentlich waren. Die Serie zeigte, wie unmöglich es ist, sich einem einigermaßen wahren Bild über eine historische Periode zu nähern, mit Hilfe zufällig ausgewählter, persönlicher Zeugen. Das hätte das norwegische Fernsehen vorher wissen müssen.
Ein zweiter Anklagepunkt gegen die Serie: Die Nazis bedauerten zu wenig. Nein, aber was wurde denn erwartet? Das einige vor den Kameras stehen und als eine Art nationales Kaugummi für das norwegische Volk ihr Bedauern servieren? (Einzelne Szenen in diese Richtung gabs zu sehen). Wäre das nicht einfach ekelhaft gewesen? In meiner Kindheit habe ich eine Art von öffentlichen Bedauernexzessen in verschiedenen religiösen Versammlungen erlebt, die auf mich immer peinlich und abstoßend gewirkt haben.
Ist es richtig, daß die Serie der Jugend ein idyllisierendes Bild vom Wesen des Nazismus gab? Ohne Zweifel - und das ist die wahrscheinlich ernsthafteste Anklage. Und ist es weiter richtig, daß die Serie das fördern kann, was viele heute als die



NPD, 1972

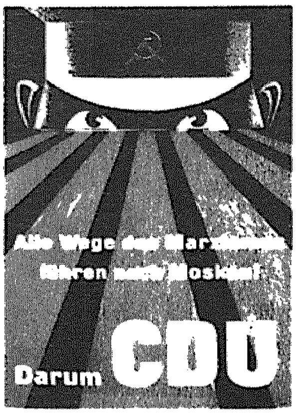
größte Gefahr ansehen, nämlich den Neonazismus? Auch das ist möglich, ja wahrscheinlich. Doch hier schließt sich die nächste Frage an: Ist der Neonazismus so wie wir ihn in den letzten Wochen gesehen haben, wirklich die größte Gefahr unserer Zeit? Daran will ich Zweifel anmelden.

Um das zu verdeutlichen, möchte ich zwei Beispiele behandeln, die in den letzten Wochen in unseren Massenmedien präsentiert wurden, repräsentiert durch zwei Männer, die beide Gegenwärtige sind.
1. Charles Hoff jr., angeklagt wegen Mordes und fanatischer nazistischer Ideologe. Heute im Gefängnis.
2. General H.F. Zeiner Gundersen, höchst respektierter Offizier, früherer Oberkommandierender unserer bewaffneten Streitkräfte und mit großem Einfluß auf die militärische Strategie der NATO. Vor einigen Wochen nahm er an einem Erik Bye - Fernsehprogramm teil, in dem bekannt wurde, daß er in einem Bericht, u. a. zusammen mit dem ehemaligen US - Außenminister Haig,der NATO empfahl, mit einem groß angelegtem Aufrüstungsprogramm chemischer Waffen zu beginnen.

General Zeiner Gundersen ist,nachdem er norwegischer Verteidigungschef war, 3 Jahre Vorsitzender des Militärkommitees der NATO in Brüssel gewesen. Im Februar ließ er sich von dem Waffenkonzern "Elektrisk Bureau" (schwedische Kapitalmehrheit im Hintergrund) als "Superverkäufer" engagieren, der "ja die besten NATO-Bezieungen hat". Diese Waffenfirma verkauft außer an NATO-Länder auch an Jordanien und Saudi-Arabien.
Gundersens Kommentar: " Ich übernehme die Aufgaben, die man mir zuteilt".

Meine Frage ist: Wer von diesen beiden ist gefährlicher. Ich denken hier natürlich nicht an persönliche Charaktereigenschaften, sondern an die Ansichten, die sie vertreten und die Macht, die sie repräsentieren. Wer repräsentiert die größte Bedrohung - Hoff oder der General? Ich habe keinen Zweifel. Der General macht mir am meisten Angst.
Natürlich müssen wir wachsam den Neonazismus bekämpfen. Aber ich glaube nicht, daß rechtsextremistische Gruppen, wie sie jetzt aus ihren Rattenlöchern in Form von Terrormord und rassistischen Gruppen aufgetaucht sind, eine wirkliche Gefahr in der Bedeutung sind, daß sie Verständnis und Unterstützung im norwegischen Volk finden. Und ich glaube nicht, daß sie weder in der Heimwehr noch in den militärischen Zweigen wirkliche Unterstützung finden. Und ebenso nicht, daß eine Partei in klassischer Form irgendeine reelle Chance für einen Durchbruch in Norwegen hat, in dem Sinne, daß sie eine echte Bedrohung repräsentieren.
Darum, noch einmal - der General macht mir mehr Angst. Weil er Macht hat. Und eine akzeptierte politische Anschauung repräsentiert.

Meine ich damit, daß der General ein getarnter Neonazi ist? Keineswegs. Aber er repräsentiert eine Haltung und einen Gedankengang, der tonangebend ist und gleichzeitig ein echt - geborenes Kind des Hitlerismus - den Gedanken der Massenvernichtung von Menschen, akzeptiert als militärisches und politisches Mittel.
Warum ist nach den Auslassungen des Generals im Fernsehen kein Proteststurm entstanden? Weil wir selbst von seinen Gedanken durchsäuert



CDU, 1953

sind. Weil er eine starke Rückendeckung in großen Teilen des norwegischen Volkes hat, bei unseren militärischen und politischen Führern. Wir haben selbst in unseren Herzen und Gedanken die Gaskammer akzeptiert: weil wir glauben, daß die Sowjetunion unsere Freiheit und Existenz bedroht, sind wir selbst bereit, den Weg des Kriegsverbrechens zu gehen.
Ist das möglich? Ja, das ist eine akzeptierte politische und militärische Doktrin, gutgeheißen von unseren obersten Behörden. Denen, die zweifeln, will ich nur die Fernsehsendung "Die Bombe" in Erinnerung rufen, die neulich gezeigt wurde. Dort würde ganz klar gesagt, welche Pläne vorliegen und welche Gedanken das Pentagon beherrschen. Der General (Zeiner Gundersen) drückt das in einem Artikel in Aftenposten so aus: "Wir haben - vor 10 bis 15 Jahren - unsere Zustimmung zur militärischen Strategie der Allianz, wenn sie angegriffen wird, gegeben.("Eine vorgelagerte flexible Verteidigung.")"

Was heißt das im Klartext? In einer Kriegssituation, die am wahrscheinlichsten durch eine Unfall entstehen wird, akzeptieren wir den Völkermord.
Meine Frage ist: Gibt es einen Unterschied dieser Haltung und Gedankengang zu dem, was Saukel ausdrückt, als in einer Nacht in Nürnberg ihm die Galgenkaputze übergezogen wurde? Er schrie und seine letzten Worte waren: "Wir kämpften gegen die bolschewistische Gefahr. Einmal werdet ihr mir Recht geben!"
Warum klagen wir eigentlich den Frontkämfer Saxlund an? Er hat gelernt. Er distanzierte sich von der Massenvernichtung. Was ist mit uns?
Als Frank Buchmann, Leiter der Oxford-Bewegung in den 30er Jahren Norwegen besuchte, wurde er zu einem Gartenfest bei einem älteren Rittmeister eingeladen. Buchmann nahm rasch den Rittmeister vertraulich unter seinen Arm und führte ihn in den Garten - er sollte umgepolt werden. Er begann mit dem Elementaren:"Das erste was Sie machen müssen, Herr Rittmeister, ist, ihre Sünden bekennen." Indigniert rückte der Rittmeister ab und antwortete: "Aber, Herr Buchmann, ich habe nie gesündigt."

Ich glaube, dieser Rittmeister steht für eine Art nationales Symbol unserer Haltung, auch heute. Wir verurteilen den Hitlerismus und all sein Wesen, aber wir haben seine Methoden akzeptiert, indem wir eine Militärstrategie anerkennen, die Völker-

mord und Massenvernichtung voraussetzt. Und das haben wir mit der selben Begründung getan, wie sie Saukel und Hitler gebrauchten: die Sowjetunion (les Bolschewismus) bedroht unsere Freiheit und Existenz.
Die Frage ist ja nicht, ob die Sowjetunion eine Bedrohung darstellt oder das Faktum, daß die Sowjetunion auch bereit ist, Massenvernichtung in einer Kriegssituation zu akzeptieren. Die entscheidende Frage für uns ist, was w i r bereit sind zu akzeptieren. Das ist unsere Verantwortung.
Während des Nürnberg-Prozesses wurden die grausamen Verbrechen des Hitlerismus dokumentiert, enthüllt und verurteilt - Kriegsverbrechen von bis dahin unbekanntem Umfang, Konzentrtionslager und Gaskammern, systematische Vernichtung von großen Volksgruppen - in Weißrussland und der Ukraine, in Jugoslawien, Polen und Ungarn. Diese Verbrechen waren vorbereitet, geplant und ausgeführt von Politikern, Generälen und Waffenfabrikanten. In Nürnberg wurden Prinzipien aufgestellt, die ausdrücklich unabhängig von irgendeiner Motivation als Verbrechen gegen die Menschheit gebrandmarkt wurden, und die nicht akzeptiert werden können. Die Verantwortlichen wurden zur Verantwortung gezogen. (Das stimmt in dieser Vereinfachung nun allerdings nicht, J. W.)
Wenn nun das passiert, was alle fürchten, daß der Krieg kommt? Das ist eine realistische Möglichkeit, mit der gerechnet werden muß. Dann gibt es weder Verlierer noch Siegerherren, wo der eine Teil den anderen verurteilen kann. Doch laßt uns vorstellen, daß der verfluchte Rest der Menschheit, der überlebt hat, eine Art Nürnberg-Gericht etabliert, das im Namen der Menschheit die zur Verantwortung ziehen will, die Schuld anm Geschehenen haben. Laßt uns vorstellen, daß verantwortliche Repräsentanten aus allen Ländern, aus West und Ost vor Gericht stehen, die mitgemacht haben an der Vorbereitung, Planung und Ausführung des Verbrechens, auch aus den Ländern, die durch ihre Politik grünes Licht gaben zu den Voraussetzungen, die das geschehene Verbrechen möglich machten. Laßt uns weiter vorstellen, daß aus Norwegen drei Personen vor Gericht stehen, die die Militärstrategie des Pentagon akzeptiert haben: Gro Harlem Brundland, Kaare Willoch und H. F. Zeiner Gundersen.(Jochen Vogel, Helmut Kohl und Steinhoff).
Was sollen sie antworten, wenn nicht das, was Frontkämpfer Saxlund antwortete, als ihm dieselbe Frage gestellt wurde: "Wir wollten die Freiheit und Existenz unseres Landes verteidigen. Darum handelten wir so. Wir fürchteten die Sowjetunion!"
Aber was sollen sie antworten, wenn der Richter fortsetzt und die Frage stellt:"Du hast deine prinzipielle Zustimmung zu den Plänen gegeben, die gemacht wurden. Warst du dir im Klaren darüber, welche Vernichtungsmethoden geplant wurden und welche Wirkungen diese haben würden?"
Hier könnten sie nicht wie Saxlund antworten: "Ich wußte es nicht." Sie wissen es. Und wir wissen es. Das ist unser moralisches Dilemma. Heute wird lauthals eine neue Fernsehserie gefordert, in der die Opfer des Nazismus zu Worte kommen. Hat das eigentlich einen Sinn? Wäre das nicht nur eine hemmungslose Graböffnung auf dem Friedhof der Leiden, die uns nicht aus den Schützengräben brächte und auch nicht einen Schritt näher dem Frieden?
Soll ein solches Programm Absicht und Sinn haben, dann müßte es ohne Rücksicht und nackt alle politischen Floskeln und Schlagwörter aufnehmen, die unser eigentliches Problem heute ausmacht: Sind wir, im Namen der Demokratie, selbst dabei, das Erbe des Nazismus weiter zu führen?"

S. Hölmebakk läßt sich vielleicht durch nur ein Ereignis sehr schön beschreiben: als Anfang der 60er der deutsche Verteidigungsminister Strauß auf Staatsbesuch in Norwegen war, gelang es der offiziellen Eskorte, drei Demonstrationszüge zu umgehen. Hölmebakk stoppte den Troß, indem er sich vor das Auto warf, in dem Strauß saß. Abends im Fernsehen, Strauß: "Das war doch einer der bezahlten Lakais aus Moskau."
Übersetztes von Hölmebakk:
"Der Winter kam" - Rostock, Hinstorff 1966 - Dokumentarroman (Am 17.Okt. 1944 beginnen faschistische Okkupationstruppen in Norwegen die Bevölkerung aus der Finnmark (Samenland) zu evakuieren. SS-Einheiten hatten den Befehl erhalten, nur "verbrannte Erde" zu hinterlassen.)
"Zwölf Trondheimer" Erzählungen - s. o. 1976
"Vor Tagesgrauen" - Flamberg Verlag Zürich 1962
Hölmebakk war Mitbegründer der Sozialistischen Voökpartei Norwegens.





Über die italienische LINKE

– ein interview

1977. Bologna aber auch Mailand und Rom sind im Aufstand. Der Protest wurde hervorgerufen aus der sich verschlimmernden Lage großer Teile der Bevölkerung, die einherging mit Wirtschaftskrise, Modernisierung der Produktion, Krise der Institutionen, Verbürgerlichung der traditionellen Oppositionskräfte: die kommunistische Partei (PCI) und die Gewerkschaftsspitze. Die PCI wollte mit ihrem "historischen Kompromiß" (den sie im März 83 wieder verworfen hat) zusammen mit der DC (Christdemokraten) an der Regierung beteiligt werden. Mit 1/3 der Wählerstimmen kontrolliert die zweitstärkste Partei Italiens zahlreiche Regional-und Kommunalverwaltungen, darunter die meisten Großstädte. Die PCI ließ sich in die "Politik der Nationalen Einheit" einbinden, ohne je wirklich die Regierungsgeschäfte beeinflußen zu können. Die Quittung kam prompt.
Eine "Großveranstaltung gegen die Repression" wurde 1977 im "roten Bologna", der Musterstadt kommunistischer Verwaltung durchgeführt. Es kamen tausende: Autonome verschiedensten politischen Ursprungs, Großstadtindianer, Feministinnen, Arbeitslose, radikale Arbeiter, Freaks, Obdachlose, jugendliche Drop-Outs – kurz all jene, die die Parteien, Gewerkschaften und kirchlichen Institutionen nicht mehr zu integrieren vermochten. Von Februar bis September prägten Demos, mal bunt und lustig, mal heiß und gewalttätig, Häuserbesetzungen, sit-ins, "autoriduzione" (Selbstreduzierung: z.B. gingen 20 Leute essen oder ins Kino und hinterließen einen symbolischen Betrag mit dem Hinweis, der Staat würde die Rechnung schon begleichen) usw. das Bild der Stadt und vermittelten so, über die Landesgrenzen hinaus, den Eindruck, in Italien sei der Ausbruch der Revolution nur noch eine Frage der Zeit. Besonders in Deutschland hielt sich dieser Mythos hartnäckig, vielleicht weil die Linke im "deutschen Herbst" 77 eingeschüchtert und kriminalisiert wurde.

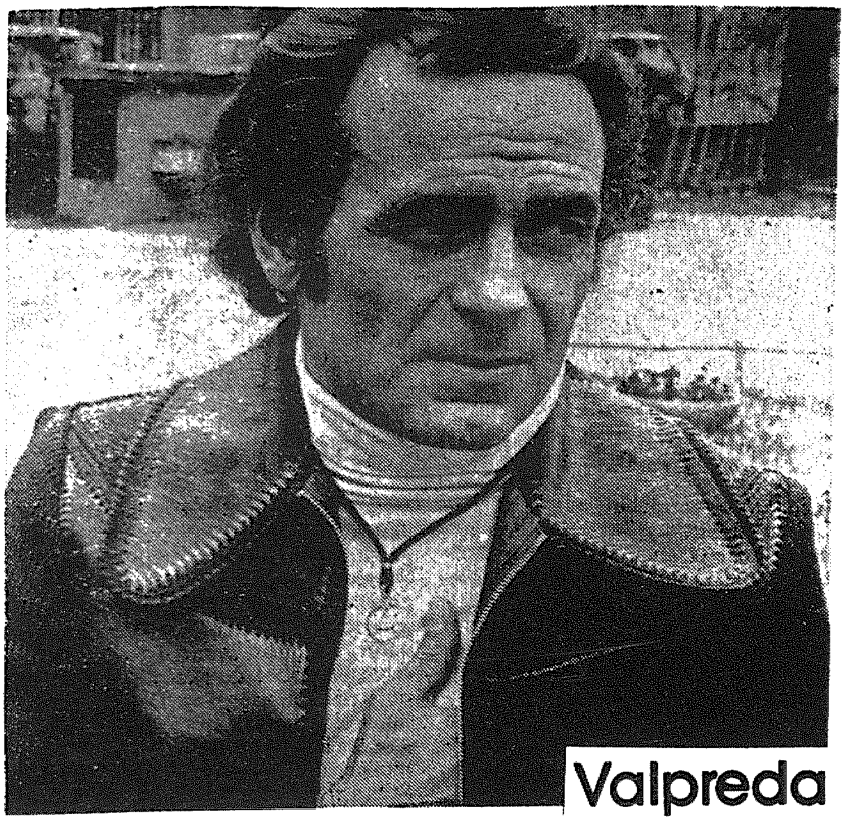
1979, zwei Jahre danach, war von alledem nichts geblieben. In dieser Zeitspanne seien, so sinnierten Genossen, 20 Jahre vergangen.

"Rivista A", anarchistisches Monatsmagazin aus Mailand schreibt zu dieser Entwicklung (im Februar 81):

"In den Schulen und in den Universitäten gehört der Wind von 68 und die kleine Brise von 77 der Erinnerung an eine ferne Vergangenheit an; in den Fabriken wird von der Aufwertung der qualifizierten Arbeit gesprochen oder von der Steigerung der Produktivität, von Mobilität in und außerhalb des Betriebes. Die "Gleichmacherei" wird abgelehnt; bei der Jugend finden harte Drogen weite Verbreitung, ebenso wieder der neue Mystizismus katholischer oder pseudoorientalisch-alternativ-integrationalistischer Prägung...; die Aushöhlung, die in verschiedenster Weise alle Bereiche der Opposition ergriffen hat, und insbesondere die Ablehnung der MILITANZ (verstanden als fortlaufendes Aktivsein auf der gesellschaftlichen Ebene), zwingen uns heute Fäden jener Kampagne der Gegeninformation wieder aufzunehmen, die wir mit der Freilassung unserer Genossen (Valpreda) für überholt hielten...Zu dieser Entfremdung, besonders der Ausgebeuteten, die als erste die Konsequenzen tragen, haben in nicht geringem Maße auch die Roten Brigaden und andere Organisationen des bewaffneten Kampfes beigetragen oder ganz allgemein gesprochen: der spektakuläre Krieg, den sich die Anhänger des bewaffneten Kampfes und der staatliche Repressionsapparat geliefert haben."

Der Autor dieser Zeilen ist Pauolo Finzi, Mitarbeiter der "Rivista A"; ehemaliges Mitglied des anarchistischen "Circolo Anarchico Ponte della Ghisolfa", der nach dem faschistischen Bombenanschlag auf der Plaza Fontana, 12.12.69 vom Staat beschuldigt wurde, der Urheber zu sein.
Das folgende Gespräch entstand Mitte Februar dieses Jahres in Mailand.

Pierre Frevert



Der nach einem blutigen Bombenanschlag in der Mailänder Innenstadt im Dezember 1969 festgenommene und nach über dreijähriger Untersuchungshaft freigesprochene Anarchist Pietro Valpreda ist am Sonntag zum ersten Male wieder öffentlich als Tänzer aufgetreten. In dem Riviera-Bad Marina die Massa tanzte Valpreda unter dem frenetischen Beifall mehrerer tausend Zuschauer in einem klassischen Ballett. Fälschlicherweise war der Bombensanschlag auf die italienische Landwirtschaftsbank 1969 Linken angelastet worden. Im Zuge der Ermittlungen war ebenfalls wegen des Anschlags der Mailänder Anarchist Pinelli verhört worden und unter nie geklärten Umständen aus den oberen Stockwerken des Polizeipräsidiums vermutlich aus dem Fenster herausgestoßen worden. Die Polizei interpretierte dies damals als Selbstmord und Schuldbekenntnis, inzwischen wurden Faschisten wegen des Bombenanschlags, bei dem 16 Menschen getötet worden waren verurteilt.



Die Bosse haben aus der Fabrik ein Gefängnis gemacht.

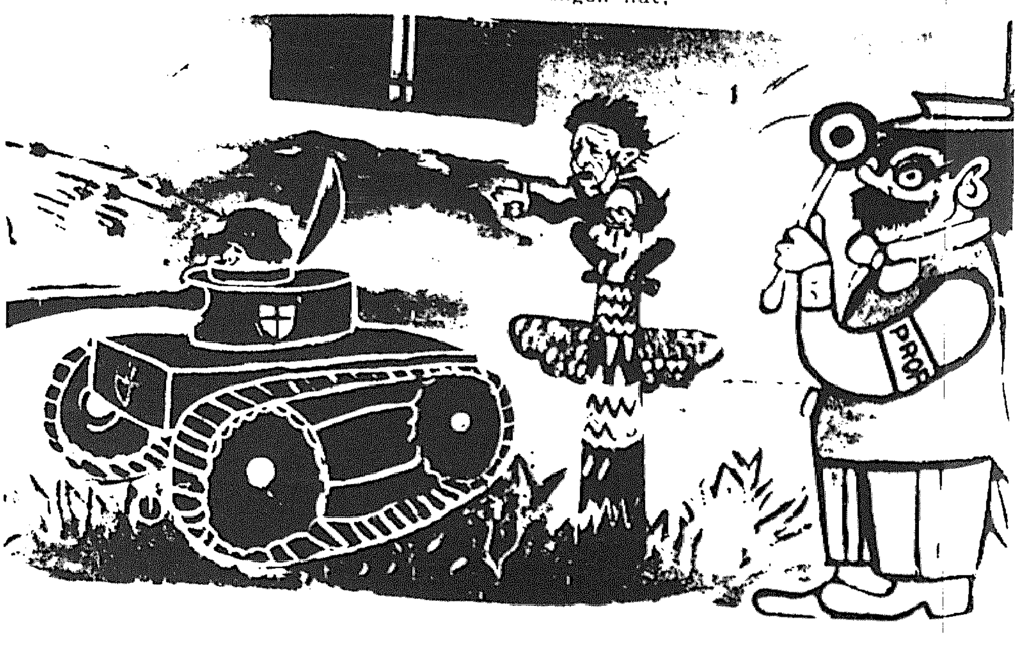
Genossen, befreien wir uns!
(Plakat von FIAT-Arbeitern in Torino 1972)

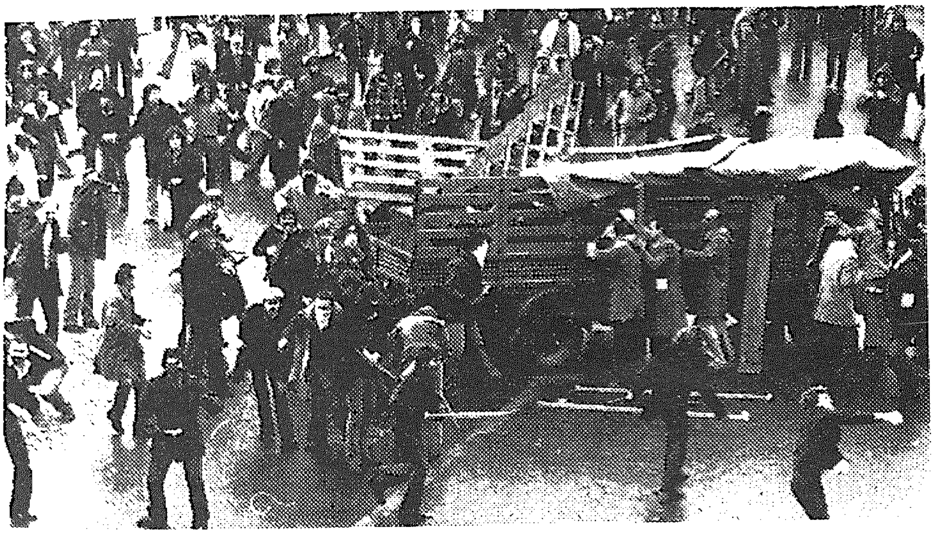
Frage: Wenn in der deutschen Linken über Italien gesprochen wird, denkt man sofort an die Fiatbesetzung 1969, an Bologna 77 und an die Roten Brigaden an der Schwelle der 80er Jahre. Wie sieht einer wie du, der von "innen" kämpft, die Entwicklung der italienischen Linken?

P.Finzi: Zunächst einmal müßte der Begriff "links" diskutiert und definiert werden, denn hier muß man sich historische und ideologische Aspekte vergegenwärtigen. Zu den historischen Aspekten gehört es, daß in Italien eine starke Tradition der Linken existiert, sagen wir auf parlamentarischer Ebene,die sich grundsätzlich von der in Deutschland unterscheidet. In Deutschland ist die tragende linke Kraft wesentlich gemäßigter und wird von der SPD vertreten, während es in Italien eine Tradition gibt, zu der zunächst die Sozialistische Partei gehört, und die nach dem 2.Weltkrieg hauptsächlich von der Kommunistischen Partei fortgeführt wurde; beide wären links von der deutschen Sozialdemokratie einzuordnen.
Auch bezüglich der Arbeiter-und Gewerkschaftsbewegung gibt es eine stärkere und bedeutendere traditionelle Linke. Links davon wäre die Linke zu erwähnen, die wir außerparlamentarisch nennen können.
(...) Zusätzlich sollte der ideologische Charakter, der den Begriffen "links" und "rechts" inne ist, näher erläutert werden. Die Verwendung von "links" und "rechts" mag in mancher Hinsicht nützlich sein, andererseits aber ist sie äußerst gefährlich, wenn nicht verkehrt; zumindest aus anarchistischer Sicht. Denn dies ließe die Vermutung zu, daß wir in ideologischer Hinsicht alle zum allgemeinen Teil der Linken gehören, d.h. einer Linken, zu der auch die Kommunistische und die Sozialistische Partei gehören. Auch wenn es historisch gesehen tatsächlich einen gemeinsamen Hintergrund innerhalb der Arbeiterbewegung gibt ...so muß doch heute festgestellt werden, daß diese Gemeinschaft der Linken nicht existiert. Uns trennt fast ebensoviel von der PCI wie von den Christdemokraten, die man bestimmt nicht zur Linken zählen kann. Daher halte ich diese nähere Standortbestimmung für durchaus wichtig, nicht um nach neuen Definitionen zu suchen, sondern um die Tiefe des Problems aufzuzeigen.
Wenn ich in gewisser Weise akzeptiere, ein "Aktivist der Linken" zu sein, und damit die Frage "Wie sieht ein Aktivist innerhalb der gegenwärtigen Linken (hier verwendet im Gegensatz zur "traditionellen Linken", Gewerkschaften, PCI etc.) die Situation in Italien ?" beantworten darf, so meine ich, - von der parlamentarischen Linken einmal abgesehen -, daß es nicht viel zu berichten gibt, vor allem verglichen mit der Situation Anfang der 70er Jahre. In Kürze: Nach '68 hat wie in vielen anderen Ländern eine starke gesellschaftliche Radikalisierung stattgefunden, einhergehend mit dem Aufkommen von vielen kleinen linken Gruppen. Viele Linksgruppierungen (es handelte sich meist um marxistisch-leninistische Gruppen) sind jedoch wieder verschwunden. Größtenteils sind ihre Kämpfer und Anführer zur traditionellen und parlamentarischen Linken übergetreten. Mit der historischen Entwicklung, dem Fortschreiten ihres Lebensalters und dem damit verbundenen Wunsch "sich einzurichten" sind viele in die Kommunistische Partei eingetreten, sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene. Will man den Begriff "die Linke" richtig verstehen, muß man sich vor Augen halten,daß die Kommunistische und Sozialistische Partei die Macht in den wichtigsten Stadtverwaltungen und darüber hinaus in weiten Bereichen der unteren Verwaltungsebenen innehaben.

Frage: In Deutschland wird der Begriff "Autonomie" als Synonym für "selbstverwaltet", "außerparlamentarisch", "libertär", um nicht zu sagen für "anarchistisch" schlechthin benutzt. Was ist die "Autonomia Operaia" (Arbeiterautonomie), was sind die "autonomi" und die autonomen Bewegungen in Italien?

P.Finzi: (...) Wenn man von der "autonomia operaia", dem Allgemeinbegriff für die autonome Arbeiterbewegung, spricht, so ist die Klassenautonomie gemeint, die ihre Wurzeln im Rätekommunismus sowie in einem gewissen anarchosyndikalistischen Konzept hat, und die Teil des historischen und ideologischen Erbes der revolutionären Linken sind. (...) Davon muß man die Organisation "Autonomia Operaia" trennen; sie stellt ein klar definiertes Phänomen dar, während die "autonome Bewegung" eher für das Umfeld steht. das 1977 in Bologna seinen Höhepunkt erfahren hat. Im Prozeß um den "7.April" (am 7.4.79 wurden Toni Negri und andere Exponennten der Autonomen, sowie ehemalige Aktivisten der oben erwähnten Autonomia Operaia - als Organisation und als Bewegung - unter dem Vorwand verhaftet, u.a. einen bewaffneten Aufstand gegen den Staat geplant zu haben.) versucht der Staat das gesamte autonome Umfeld zu kriminalisieren, wobei er die bestehenden Unterschiede zwischen der Organisation und der Bewegung außer Acht läßt, in der Absicht, alle in einen Topf zu werfen, sorgsam darauf bedacht, jegliches Analysieren und jegliche Klarheit zu vermeiden.
Die "autonome Bewegung" hatte ein Netz der Zusammenarbeit...zwischen verschiedenen Gruppen, fast alle marxistisch-leninistischer Prägung, hergestellt, und so eine neue Form angeregt, auf die gesellschaftlichen Konflikte einzuwirken. Dabei ist hervorzuheben, daß die Forderungen und Kämpfe der "Autonomia Operaia" mit denen der neuen Randgruppen - Großstadtindianer, Obdachlose, Arbeitslose usw. - zusammenfielen;daß aus der "Autonomia" (sowohl als politisches Umfeld wie als Organisation) noch in den Jahren 1977-78 hunderte verschiedenster Publikationen hervorgingen. Dies hat einen gewaltigen Schrumpfungsprozeß erfahren und ist heute nur noch ein Schatten der eigenen Vergangenheit.
Für diese Entwicklung gibt es verschiedene Gründe, die ich kurz skizzieren möchte:
- die Krise der gesellschaftlichen Konfliktlage im allgemeinen
- die Wirtschaftskrise, die viele zur Lösungssuche individueller Art gezwungen hat,





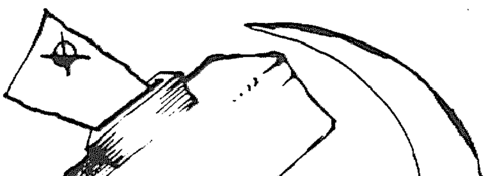
- die Krise im Bereich des bewaffneten Kampfes, für den einige Gruppierungen und Wortführer der "Autonomia Operaia" eine erklärte Sympathie hegten. Somit hat die Krise, in die der bewaffnete Kampf geraten ist auch eine Krise der Sympathisantenszene nachsichgezogen. (Finzi benutzt den Begriff "Sympathisantenszene" wertfrei.A.d.R.) nachsichgezogen. Ein Teil des politischen Umfelds der "Autonomia Operaia" hatte sicher starke ideologische Sympathien, insbesondere für die Roten Brigaden, aber auch für Primea Linea (Gruppierung, die an die Erfahrungen der Autonomia anknüpfte, den bewaffneten Kampf propagierte, aber zunächst im Widerstreit mit den Roten Brigaden lag.) oder für andere Formationen der bewaffneten Linken.

Aus diesen und noch anderen Gründen ist die "Autonomia Operaia" ziemlich aufgerieben worden. Ergänzend möchte ich vermerken, daß bei der Entstehung der "Autonomia Operaia" sich sofort ein Teil abgespalten hat, um wieder zu einer starren leninistischen Parteiform zurückzufinden, während der Rest eine libertäre Ausrichtung an der Basis angestrebt und zum Teil auch praktiziert hat. Einige, die dem politischen Umfeld der Autonomia zuzuordnen sind, die der libertären Grundidee treugeblieben sind, haben auch Kontakte zu libertären Gruppierungen der anarchistischen Bewegung geknüpft.

Frage: "Autonomie" bezeichnet in der Schweiz und der Bundesrepublik jene Bewegung von vorwiegend Jugendlichen, die sich keiner Gruppe mehr - auch nicht in einer linken wiederfinden können und möchten, und entscheidend die Häuserkämpfe, die Jugendzentrumsbewegung usw. mitbestimmt haben. Wie sieht diese Bewegung in Italien aus? Ist sie dort überhaupt vertreten?

P.Finzi: Man kann dies mit der Bewegung vergleichen, die im großen Ganzen in den Jahren 77-78 tonangebend war. Aber ich würde sagen, daß es eine solche Bewegung heute bei uns nicht mehr gibt. Es bestehen noch einige Forderungen; einige Gruppen von lokalem Charakter versuchen diese Ansprüche am Leben zu erhalten, aber im Grunde kann man mit Nein antworten, was nicht heißen muß, daß eine solche Bewegung nicht auch in Kürze wieder aufflammen kann. Heute gibt es jedoch nur lokale Initiativen, die klar begrenzt sind.

Frage: Kommen wir zu den Parteien. Bei euch scheinen die Parteien sowohl in der Gesellschaft als auch in den Köpfen vieler Linker eine erstrangige Stellung einzunehmen. Was bedeutet "die Partei" in Italien und vor allen Dingen für die Linke?



P.Finzi: Sehen wir einmal vom allgemeinen Aspekt ab, dem Parlament, in dem in Italien ein Dutzend Parteien vertreten sind. Schließen wir auch die traditionelle Linke aus unserer Betrachtung aus, die Anlaß zu häufigen Spaltungen, Neugründungen und Auflösungen von Parteien gibt, so möchte ich festhalten, daß in Italien die starke Ideologisierung der Arbeiterbewegung, der sozialistischen Bewegung und der "kämpferischen Bewegung" zur Sprache kommen sollte, bevor das Thema "Partei" erörtert wird. Seit jeher gibt es diese Gepflogenheit, von seiten der Wortführer und Aktivisten, in Sektierertum zu verfallen, d.h. Gruppen zu gründen, die sich häufig erbittert bekämpfen. Dies ist sicher nicht nur eine italienische Eigenschaft. Aber in Italien gibt es in dieser Hinsicht eine sehr starke Tradition. Man braucht sich beispielsweise nur die große Anzahl der marxistisch-leninistischen Parteien zu Anfang der 70er Jahre anzuschauen. In Italien ist die Rolle der Partei von jeher ein zentrales Problem gewesen, bedenkt man das Überwiegen der marxistischen Kultur dort und die absolut zentrale Stellung, die eben der Partei in 90-99% der marxistischen Kultur zukommt. In der libertären Bewegung, aber nicht nur bei den Anarchisten, sondern auch bei den spontaneistischen Bewegungen, kam der Kritik an der Partei ganz besondere Bedeutung zu. Aber ehrlich gesagt, die Mehrheit der Aktivisten und sogenannten "Autonomen" hat letztendlich die Notwendigkeit von Parteien mit Zentralkomitee, mit einheitlicher Vertretung nach außen usw. unterstrichen.

Um libertäre, undogmatische - oder wie man in Deutschland sagt, "autonome" - Forderungen zu stellen, sind neben den Anarchisten nur einige sehr wenige Splittergruppen, Erben der ehemaligen Bewegung "Autonomia" übriggeblieben. Ansonsten stellt man nur die Gründung und Kristallisierung von Mini-Parteien fest, die sich untereinander bekämpfen.

Frage: Wenn man in Deutschland von Bewegungen spricht, die sich außerhalb der Parteien organisieren, so erwähnt man vor allen Dingen die FRIEDENSBEWEGUNG. Das Wort "Frieden" scheint in Mode gekommen zu sein und ist in aller Munde. Wie organisiert sich jedoch in Italien der anti-militaristische Kampf, der Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Cruise-Missiles beispielsweise?

P.Finzi: "Friedensbewegung" ist ein äußerst vielschichtiger und vager Begriff. In Italien kann man von einer Friedensbewegung sprechen. Dies hat sich an einigen Großdemonstrationen gezeigt, die hauptsächlich von der PCI angeregt oder eher kontrolliert wurden, denn die PCI übt in Italien, ganz besonders in einigen Gegenden, einen großen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Selbstverständlich interessiert uns nicht diese Art von Friedensbewegung, die nur darauf abzielt, auf die Außenpolitik der Regierung Einfluß zu nehmen und der parlamentarischen Opposition mehr Gewicht zu geben. Sie interessiert uns mehr wegen ihrer Fähigkeit, das allgemeine Bedürfnis nach Frieden zu mobilisieren.

Ich halte es für wichtiger, über jene Kämpfe zu sprechen, die nicht pauschal für den Frieden gefochten werden, sondern einen anti-militaristischen Charakter haben,d.h. die gegen das Militärwesen gerichtet sind. Vorkämpfer sind neben Anarchisten auch einige pazifistische Gruppen, die jedoch anders als in Deutschland, Holland, England und anderen Ländern, zahlenmäßig eine ver-

Wahlbündnis „Democrazia Proletaria" (an dem sich die PdUP/il manifesto, Lotta Continua, Avanguardia Operaia und verschiedene gemäßigte „ML"-Gruppen beteiligten, und das außerdem durch die Trotzkisten unterstützt wurde) bekam nur 1,5%.

schwindend kleine Minderheit darstellen im Vergleich zur Mobilisierungskraft der PCI und der parlamentarischen Linken. Diese Kämpfe aber, denen eine besondere Bedeutung zukommt, sind beispielsweise sehr stark in Comiso in Sizilien betrieben worden, wo die erste große europäische Militärbasis gebaut wird, die später die Pershing-Raketen und die Cruise-Missiles aufnehmen soll. (Auch wenn die Cruise-Missiles auf Lastwagen bewegt werden und der Basis nur eine logistische Funktion zukommt.) Gegen diese Basis geht von Seiten der gewaltfreien Pazifisten, denen sich auch Genossen aus dem Ausland um das "Internationale Zeltlager für den Frieden" angeschlossen haben, eine doppelte Aktivität aus. Sie besteht zum einen darin, selbstverwaltete Ligen gegen den Bau der Basis zu bilden, an denen auch Anarchisten und ihnen nahestehende Gruppen beteiligt sind, zum anderen, den Kampf auch in die nähere Umgebung des internationalen Zeltlagers zu tragen.

Ein anderer Aspekt, der im anti-militaristischen Kampf Tradition hat, ist die Wehrdienstverweigerung. In Italien ist der Wehrdienst Pflicht. Seit 10 Jahren, Ende 1972, besteht die Möglichkeit, alternativ zum Militärdienst Zivildienst zu leisten, der jedoch in das Ressort des Verteidigungsministeriums fällt. Es gibt viele junge Menschen, die sowohl den Militärdienst als auch den Zivildienst verweigern und dafür ins Gefängnis gehen. (Unter ihnen befinden sich auch einige Anarchisten, von ihnen ist zuletzt Mauro Zanoni in Pefaro verhaftet worden). Obwohl nur wenige diese Haltung zeigen, ist dennoch die politische Aktivität bezeichnend, die sich um diese Fälle herum bildet und zu einer wesentlichen Komponente im anti-militaristischen Kampf führt.

Ich möchte noch einmal die Tatsache unterstreichen, daß die Spaltung der Friedensbewegung fortbesteht. Ein allgemeiner, von der PCI beeinflußter, zahlenmäßig größerer Teil zieht sich auf legale Positionen zurück, während der andere Teil die Aktivitäten betreibt, die einem mehr anti-militaristischen und antiautoritären Wesenszug tragen, und grundsätzlich militärische Einrichtungen kritisiert. Dazu gehören vorwiegend Anarchisten.



Ein anderes Motiv für den anti-militaristischen Kampf bildet die wachsende Bedeutung des Militärs in der Gesellschaft, auch in Italien. Aber dies ist ein Thema für sich.

Frage: Die Wohnungsfrage wird zunehmend dringlicher. Gibt es in Italien ebenfalls "Häuserbesetzungen" oder wie sehen dort die vorherrschenden Kampfformen aus?

Finzi: Auch hier gilt wieder das alte Lied vorangegangener Antworten. Es hat in den vergangenen Jahren eine bedeutende Bewegung gegeben, die nicht nur in den Großstädten Häuserbesetzungen erwirkt hat. Heute gibt es in einer Großstadt wie Mailand noch vereinzelt besetzte Häuser. Unter anderem steht in Via Corregio ein hauptsächlich von Anarchisten besetzt gehaltenes Haus, das zu einem wichtigen libertären Kommunikationszentrum geworden ist. Im großen und Ganzen ist der Häuserkampf jedoch ziemlich abgeflaut.

Andere Kampfformen bezüglich des Wohnungsproblems vermag ich, ehrlich gesagt, nicht zu sehen. Es gibt zwar einige Gruppen außerhalb der linken Alternativszene, die sich mit Selbstbau von Häusern beschäftigen. Aber sie befinden sich in einem Embryonalstadium, und es wäre übertrieben, von einer Bewegung zu sprechen.

Ich wiederhole: es gibt noch zahlreiche Beispiele für Erfahrungen mit neuen Kampfformen und Besetzungen, aber in wesentlich geringerem Umfang als früher.

FRAUENBEWEGUNG

Frage: Was sind gegenwärtig die Ziele der Frauenbewegung? Was sind ihre Forderungen, die sie auch in die Diskussion innerhalb der Linken einbringen?

Finzi: Nun, es ist schwierig, ohne zu verallgemeinern von einer Frauenbewegung zu sprechen, denn innerhalb der feministischen Bewegung haben stets unterschiedliche Kräfte gewirkt. Nach einem anfänglichen Debakel innerhalb der Frauenbewegung läßt sich eine positive Wandlung der Rolle verzeichnen, die die Frauen in den Parteien der herkömmlichen Linken innehatten, u. a. durch die Aktualisierung ihrer Zeitschrift "Noi Donne" ('Wir Frauen', PCI-orientiert). Es handelt sich hierbei um eine an den bestehenden Institutionen orientierte Strömung. Auf der anderen Seite wären die Frauen der historischen feministischen Tendenz "radikaler" Färbung zu erwähnen, die kämpferischer sind, aber trotzdem darauf bedacht sind, eine Vermittlerrolle in den Institutionen zu sehen: Parlament, Verbesserung der Gesetze...

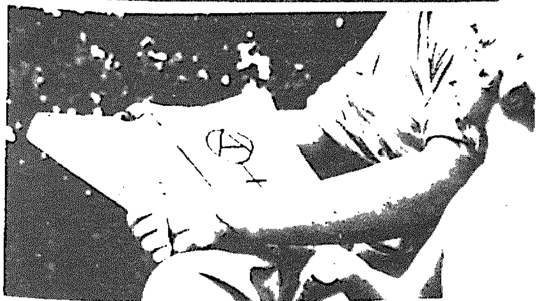
Zwischenfrage: "Radikal" im Sinne von "Radikaler Partei"?

Finzi: Ja, ich meine die "Radikale Partei". In Italien hat das Wort "radicale" nichts mit dem deutschen oder amerikanischen Terminus "radikal" zu tun, sondern bezieht sich auf die "Radikale Partei".

Die genannten Beispiele zeigen nur Teilaspekte der Frauenbewegung auf. Speziell bei libertären Frauen und einigen Anhängerinnen des "historischen Feminismus" finden wir eine bewußtere Auslegung des Begriffs Feminismus, der allgemein als antiautoritärer Kampf verstanden wird. Ein Feminismus also, der sich außerhalb der vermittelnden Rolle der Gesetze stellt, um eine neue Lebensform vorwegzunehmen und neue Ziele festzulegen.

Trotz alledem läßt sich beobachten, daß die Kampfbereitschaft der vergangenen Jahre nachgelassen hat; eine Zeit des Abbröckelns, des Schwundes der Frauenbewegung, des Rückzugs in die Institutionen und ins Private ist angebrochen.

Rückzug: Das italienische Wort "il riflusso", zu deutsch "Rückfluß, Zurückströmen, Rückkehr, Ebbe", ist zur Zauberformel für die Umschreibung der Zeit nach 1977 geworden, in der sich eine der größten radikalen Bewegungen Europas in Luft aufgelöst zu haben scheint. "Riflusso" ist nicht nur der massenhafte Rückzug aus allen linken politischen Aktivitäten und Kämpfen, die plötzliche Beliebtheit von Institution, Karriere und PCI bei Theoretikern und bei Aktivisten der (nicht stattgefundenen) Revolution; "riflusso" bedeutet auch Rückzug ins Private, leere Straßen und Plätze bei wichtigen Ereignissen, Vormarsch der Repression ohne nennenswerten Widerstand, individuelle Verteidigung der bloßen Existenz, Umkehr der Werte im Sinne eines Comeback des Althergebrachten.
Wollte man auch nur annähernd der Erörterung dieses Begriffs und Konzepts gerecht werden, müßte hier die Geschichte Italiens in den letzten 5 - 6 Jahren dargestellt werden.



Es sei aber auch vermerkt, daß gerade vor kurzem der Versuch der Christdemokraten, im Parlament ein Gesetz zu verabschieden, das die Gesetzgebung bezüglich der Vergewaltigung und der sexuellen Gewalt lockern sollte, ein Aufflackern des Kampfgeistes der Frauenbewegung ausgelöst hat. Dabei fanden sich die Vertreterinnen aller Tendenzen - sowohl die institutionelle (in der BRD würde man von "verfassungstreu" sprechen - Anm. des Verf.) um die Kommunistische und die Radikale Partei herum, als auch andere - in den Straßen und auf den Plätzen wieder, was nach einer Periode relativer Ruhe und des Rückzugs (riflusso) hoffen läßt, daß es mit der Frauenbewegung trotz ihrer Widersprüchlichkeit bergauf geht.
Geht man von der Anzahl der Zeitschriften und Veröffentlichungen feministischen Charakters, sowie der meist zahlreichen von Frauen besetzten Häusern aus, einer Tatsache, der vor 6 - 7 Jahren eine hervorragende Bedeutung zukam, so muß man leider feststellen, daß diese in beiden Fällen stark geschrumpft ist. Erschienen einst dreihundert verschiedene Zeitschriften, so muß man dieser Zahl eine, wenn nicht zwei Nullen streichen. Auch hierin hat sich die allgemeine Lage niedergeschlagen.
Was ihre Ziele sind? Nun, der institutionelle Sektor hat es auf die Verbesserung der Gesetzgebung abgesehen. Der, sagen wir mal, eher revolutionäre und libertäre Teil der Frauenbewegung versucht, eine breitere, nicht nur feministische Diskussion um eine neue Kultur für die gesamte Gesellschaft voranzubringen.
Soviel in wenigen Worten und mit großen Ungenauigkeiten, auch schon deswegen, weil es in dieser Frage korrekter wäre, die Frauen selbst zu Wort kommen zu lassen.



ALTERNATIVBEWEGUNG

Frage: Was versteht ihr unter "alternativ"?

Finzi: Hier gilt wieder, was wir für die Begriffe "autonom" und "radikal" gesagt haben. Ausgehend von der Andersartigkeit des politischen Panoramas in Italien, ist dem Synonym "alternativ" in Deutschland eine andere Bedeutung zuzuschreiben als in Italien.
In Italien wird zudem dieser Begriff viel seltener in politischer Hinsicht gebraucht. Hier gibt es nicht "die Alternativen" wie in Deutschland. Üblicherweise bezeichnet man mit "alternativ" eher die Kleidung oder die Lebensgewohnheit u. ä. Daher kann man nicht von "Alternativbewegung" in engerem Sinne sprechen, ohne - wie ich es soeben versucht habe - gleichzeitig auf die Bereiche Frauenbewegung, Arbeiterbewegung, Parteien der traditionellen Linken usw. einzugehen. Gewiß kann man hier aber von einem Phänomen sprechen - was schwierig zu erläutern sein wird - das 68 die "Gegenkultur" genannt wurde: eine neue Welt, eine neue Art, mit persönlichen Beziehungen umzugehen. Diese Kultur hat sich in einem Geflecht von Widerspüchlichkeiten, von Schritten vorwärts und Schritten zurück, in einer linken Szene entwickelt, und in diesen Kreisen stößt man auf die Frauenbewegung, die Anti-Nuklearbewegung, die ökologischen Bewegungen usw. Es fehlt jedoch eine Erscheinung wie die der "Alternativen", deren politisch-parlamentarischer Transmissionsriemen die Partei der "Grünen" darstellt.
In Kreisen, die der Radikalen Partei nahestehen, spricht man davon, Wahllisten aufzustellen, die die sogenannten "Aussteiger" auffangen sollen. Ein, wie es scheint, kurzatmiges Projekt ohne reale Perspektiven, nicht zuletzt auch wegen der bereits erwähnten traditionellen Ideologisierung der "Bewegung". Ehrlich gesagt, ich wüßte nicht, was ich dir zu den "Alternativen" antworten sollte, denn um die italienische Wirklichkeit zu verstehen, sind die Alternativen wegen ihrer geringen Bedeutung unerheblich.



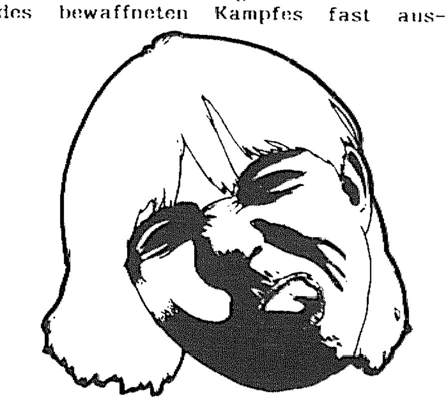
TERRORISMUS

Frage: Was bedeutet der sogenannte "Terrorismus", d. h. die Aktionen der Roten Brigaden, der Primea Linea (Vorderste Front) u. a.? Welche Rolle spielt(e) der bewaffnete Kampf in Italien?

Finzi: Es ist zunächst erforderlich festzuhalten, daß das Phänomen des bewaffneten Kampfes in Italien historisch gesehen einzigartig ist, sich eindeutig von den Eigenschaften des bewaffneten Kampfes in Irland, im Baskenland und beispielsweise - um eine teilweise vergleichbare Wirklichkeit heranzuziehen - in Deutschland underscheidet. - Von Frankreich ganz zu schweigen, wo diese Kampfform nie groß in Erscheinung geteten ist (von Korsika abgesehen - der Verf.).
Der bewaffnete Kampf ist Ende der 60er oder besser in den ersten Monaten der 70er Jahre in Erscheinung getreten und war eng mit der Radikalisierung der gesellschaftlichen Kämpfe verflochten, in deren Umfeld zahlreiche gewaltsame gesellschaftliche Auseinandersetzungen stattgefunden haben und sich ausweiten konnten: zu nennen wären Zusammenstöße mit der Polizei, die Besetzungen usw.
Es herrschte also ein Klima von gesteigerter Gewalttätigkeit in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor. In dieser Situation haben einige Aktivisten und einige andere kleine Gruppen versucht, diese gesellschaftlichen Kämpfe für sich zu instrumentalisieren, und haben den bewaffneten Kampf in die politische Auseinandersetzung eingeführt.
Angefangen hatte alles mit einigen Raubüberfällen und Entführungen, die von den Roten Brigaden ausgingen, und sich gegen die Direktoren oder gegen das mittlere Management der Fabriken richteten. Diese Personen wurden für kurze Zeit entführt, photographiert und wieder freigelassen. Dies ereignete sich fast immer während Arbeitskämpfen, die, obwohl sie gewerkschaftlichen Charakter hatten, radikaler und kämpferischer waren. Darauf folgte eine Verschiebung des Angriffsziels, eine Phase, die mit der Entführung des Richters Sossi begann. Der Richter Sossi, der als sehr reaktionär, bigott und katholisch galt, war ein sehr bekannter Oberstaatsanwalt aus Genua. Die nächste Phase des bewaffneten Kampfes sah andere Handlungsschwerpunkte vor und war durch - sagen wir - die Tötung von Personen gekennzeichnet, wobei die Entführung Sossis, der als letzter noch lebend freigelassen wurde, den Wendepunkt markiert.



Diese Entwicklung nahm Anfang der 70er Jahre ihren Lauf, als die gesellschaftliche Konfliktlage noch auf ihrem Höhepunkt war. Wie wir es bereits in anderen Fragen angerissen haben, nahm jedoch die Intensität dieser Konflikte danach ab. Ob die Ursache für diese Entwicklung zum Teil auch mit der Entstehung des bewaffneten Kampfes zusammenhängt oder nicht, wird in der italienischen Linken noch heftig diskutiert, und es ist unmöglich, hierauf eine alle Seiten befriedigende Antwort zu geben.
Gewiß ist am Anfang die Problematik des bewaffneten Kampfes fast aus-



schließlich als Phänomen der Roten Brigaden aufgefaßt worden, denn die Roten Brigaden waren die erste Organisation, die in Erscheinung trat. Diese Organisation war außerdem erklärterweise marxistisch-leninistisch und ausgesprochen stalinistisch, denn ihre bekanntesten Wortführer, mit Renato Curcio (7) beginnend, waren ausgesprochen stalinistisch; zudem ist eine Kritik am Stalinismus ihren Dokumenten nicht zu entnehmen, sieht man von einigen wenigen Ausnahmen der letzten Monate ab.
Das Auftreten der Roten Brigaden traf die italienische Gesellschaft unvorbereitet. Tatsächlich rückten die parlamentarische Linke und einige Bereiche der außerparlamentarischen Linken die Roten Brigaden in den ersten Jahren ihres Auftretens in die Nähe der Faschisten, d.h. sie sahen in ihnen eine rechte Organisation, die sich mit linkem Vokabular zu tarnen versuchte. (8)

Mit den ersten Verhaftungen wurde allen klar, daß es sich zum größten Teil um linke Genossen handelte, die aus der PCI kamen oder früher in katholischen Gruppen aktiv waren. (in Italien nicht unüblich, siehe z.B. Toni Negri - d.Verf.)
Halten wir also als Grundstein des sogenannten "Terrorismus" und des bewaffneten Kampfes die Roten Brigaden fest.
Die darauffolgende Phase wird besonders 1977 erkennbar und geht einher mit einem Wiederaufleben sozialer Konflikte, mit einer Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze, mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit und dem Ausschluß jugendlicher Randgruppen aus der Gesellschaft usw. . Ich wiederhole, als Folge der sozialen Konflikte und gleichzeitig mit einer Radikalisierung und der Steigerung der Gewalttätigkeit in sozialen Kämpfen hat sich eine zweite Generation des Terrorismus, des bewaffneten Kampfes entwickelt, auf die später weitere Generationen folgen sollten.

Deren wichtigste ist "Primea Linea" (Vorderste Front); hinzukommen noch zahlreiche andere wie z. B. die "Unita Communista Territoriale" (Kommunistische Gebietseinheit), "Unita Communista Combattante" (Kommunistische Kampfeinheit), von denen schwer zu sagen ist, ob sie autonome Organisationen oder vielmehr nur äußere Verzweigungen von bestehenden Gruppen darstellen. Eine dieser Gruppen, eine Anhäufung militanter Anhänger des bewaffneten Kampfes, die sich ausdrücklich auf das libertäre Gedankengut, die libertäre Tradition, berufen hat, war "Azione Rivoluzionaria" (Revolutionäre Aktion).
Den Roten Brigaden wurde weiterhin eine führende Rolle im bewaffneten Kampf zugeschrieben, was auf ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung, ihre Schlagkraft und die Resonanz auf ihre Aktionen in den Massenmedien zurückzuführen ist.
Demgegenüber orientierten sich die anderen Organisationen weniger am Marxismus-Leninismus, sondern an den neuen Strömungen, die ihn kritisierten, und an dem Phänomen "Autonomia Operaia". Ich wiederhole, das Verhältnis zwischen dem Umfeld der Autonomia Operaia und dem Sektor des "diffusen bewaffneten Kampfes" bleibt noch zu klären, und läßt sich nicht in wenigen Worten abhandeln. Dies ist die zweite Phase des Terrorismus gewesen.
Die dritte Phase des Terrorismus, dessen Wirklichkeit und Konsequenzen wir erleben, ist die des fortschreitenden Ablösungsprozesses und des "Pentitismo", dem "Reumütigen-Syndrom". 9
Dieses Syndrom hat alle diese Organisationen oder Zusammenballungen - wenn man nicht von Organisationen sprechen kann - quer durchlaufen. Etwa 1/3 der Gefangenen, die zu einem Personenkreis von 3000 Angeklagten gehören, denen vorgeworfen wird, in Aktionen des bewaffneten Kampfes verwickelt zu sein, wurde dazu gebracht, sich von ihrer Vergangenheit zu distanzieren: mit Anstand oder würdelos, Namen nennend oder nicht, indem sie mit der Justiz kollaborieren oder nicht; die große Abweichung in den Verhaltensweisen läßt es nicht zu, alle in die gleiche Schublade zu stecken, sowohl in moralischer als auch in politischer Hinsicht. Unbestreitbar bleibt jedoch die Tatsache, daß sich an die tausend Personen nach und nach distanziert haben. 10

(7) Renato Curcio: gilt als Mitbegründer der Brigate Rosse. Er wurde 1976 verhaftet und gilt als "duro" (Harter), d.h. sich auch im Gefängnis zum bewaffneten Kampf und zur Politik der BR bekennend, als deren Chefideologe er bis zu seiner Verhaftung galt.

(8) Tatsächlich wurden die ersten Bomben (12.12.69 Piazza Fontana, 1969 Italicus Express) von Faschisten gelegt, die Rückendeckung durch höchste Stellen genossen. Angeklagt wurden die außerparlamentarischen Linken u.a. die Anarchisten Pinelli und Valpreda.

9 Als Reuemütige werden diejenigen Gefangenen aus dem Sektor des bewaffneten Kampfes bezeichnet, die bereit sind, mit dem Staat zu kollaborieren und dafür, aufgrund des "Gesetzes bezüglich der Reumütigen", Strafmilderung und -kürzung erhalten.

10 Stark vereinfacht könnte man folgendes Schema entwerfen:
1. Die Harten ("Duri"), Stalinisten, Anhänger des bewaffneten Kampfes oder "Überzeugte".
2. Die Abgesprungenen ("Dissociati"), die ihre Genossen nicht verraten (wie etwa in der BRD Jochen Klein und Bommi Baumann).
3. Die Reumütigen ("Pentiti"): sagen alles, was sie wissen und was die Justiz hören möchte.

Anfangs schien es so, als seien die ersten Lossagungen vom Terrorismus (deren aufsehenerregendste sowohl die abrupte Umkehr von Patrizio Peci gewesen ist, die ein Überlaufen mit Sack und Pack zum zuvor bekämpften Feind bedeutete), hauptsächlich durch das "Gesetz bezüglich der Reumütigen" begünstigt worden, das bessere Behandlung für aktive Mitarbeit in Aussicht stellt. Dieses Argument, das sicher bei diesen Loslösungsprozessen in unterschiedlichem Maß immer eine Rolle gespielt haben mag, darf nicht als die einzig gültige Erklärung angesehen werden.
Offensichtlich fand die Abnahme der Sympathien für den bewaffneten Kampf sowie die Abnahme seiner Militanz "draußen" ihre Entsprechung "drinnen" in den Knästen. Ja, es ist sogar zu gewaltsamen Spaltungen gekommen, zu öffentlichen Polemiken, bis hin zu Gewalttätigkeiten innerhalb der Gefängnisse, wo die abweichenden Tendenzen nicht nur zwischen konkurrierenden Organisationen sondern auch innerhalb der Roten Brigaden aufeinander stießen. Die Roten Brigaden zerfielen in zwei Gruppen: die erste, die nicht nur von den Massenmedien, sondern auch in ihren eigenen Dokumenten als der "militärische Flügel" bezeichnet wird, der in der ursprünglichen stalinistischen Tradition der Roten Brigaden steht, und die zweite, den sogenannten "Bewegungsflügel", der der sogenannten kämpferischen Bewegung nahesteht und sich an den Forderungen orientiert, die einst von Primea Linea und anderen Organisationen 1977 vorgebracht wurden.
Aber auch hier fällt es schwer zu schematisieren. Feststeht, daß der waffnete Kampf in Italien ein großes Aumaß angenommen hat, nicht allein schon wegen der großen Anzahl von Personen, die an ihm aktiv teilgenommen haben.
Von den 3000 Gefangenen gibt es hunderte, die nichts mit ihm zu tun haben; hunderte sind aufgrund von Erpressungen seitens der Polizei oder durch erfundene Denuziationen von "Reuemütigen" oder "Pseudo-Reuemütigen", die es auf Strafverkürzung abgesehen haben, verhaftet worden. Hunderte, wenn nicht tausende sind "drinnen", weil sie sicher etwas mit dem bewaffneten Kampf zu tun hatten, während im Laufe der letzten Jahre tausende erst gar nicht verhaftet worden sind. Mehrere tausend Personen gehörten zu den Aktivisten, und um 1977 herum waren Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Sympathisanten.

Hier erkennt man den deutlichen Unterschied zwischen der Baader-Meinhof Gruppe 11 beispielsweise und den italienischen Verhältnissen. Die Szene der Aktivisten und Sympatisanten ist in Italien erheblich stärker gewesen.
Heute steckt dieser ganze Bereich in der Krise, wie selbst aus internen Dokumenten hervorgeht, was die gesamte Linke schwer belastet. Denn der bewaffnete Kampf stellte nicht nur ein großes, sondern ein bisher unbekanntes Problem für das italienische Panorama dar. Dies hat eine ganze Anzahl Allgemeinplätze und bisher vorherrschende Meinungen hinweggefegt und hat die politischen Kräfte gezwungen, sich in unterschiedlicher Weise mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.
Die Art, in welcher der bewaffnete Kampf, wenn nicht endgültig zerschlagen, so doch größtenteils zurückgedrängt worden ist, stellt meiner Meinung nach eine belastende Hypothek für die Fortentwicklung der revolutionären Linken dar. Und zwar weil er nicht durch eine Theorie und Praxis geschlagen worden ist, die sich ihm und der Mystifizierung der Gewalt seitens der revolutionären Linken als Alternative entgegengestellt hatte, sondern weil er vor allem durch den Staat eine Niederlage erlitten hat, z. b. durch das "Gesetz bezüglich der Reumütigen" und dadurch, daß der Terrorismus ein neues Vertrauen in die Institutionen gebracht hat, oder doch zumindest dem Staat ermöglicht hat, dieses Vertrauen zu wecken.
An dieser Stelle möchte ich zum Ende kommen. Wenn der bewaffnete Kampf früher große Sympathien geweckt hat - auch bei Leuten, die den bewaffneten Kampf nicht direkt befürwortet haben, aber in ihm eine gewisse Alternative, über die sich durchaus streiten ließe, zur herkömmlichen, parlamentarischen Vermittlung von Inhalten sahen, so ist es dem Staat gelungen, ihn zu isolieren, als er begann, die Schraube der Gewalttätigkeit anzuziehen und sich gleichzeitig von den sozialen Kämpfen innerhalb der Gesellschaft zu lösen. Als Musterbeispiel für die Wende in dieser Richtung könnte man die Entführung und Ermordung Moros und die Ermordung seines Begleitschutzes anführen, sowie die gesamte Handhabung des "Falles Moro".

So hat die sich ausbreitende Krise innerhalb der revolutionären Bewegung es dem Staat ermöglicht, den bewaffneten Kampf zu benutzen, um Werte wie Nationalismus, Rettung der Institutionen etc. zu beleben. Dabei wurde jeder kriminalisiert, der sich dem Staat und dessen Strukturen gegenüber kritisch äußerte; man ging soweit, zu verkünden:"Entweder mit dem Staat oder mit den Roten Brigaden!"

Wir, die wir gegenüber der Theorie des bewaffneten Kampfes äußerst kritisch gewesen sind, halten ein Ende dieser Art für vorhersehbar. Aber dies ist meine persönliche Meinung, zu der ich nach Analyse der Fakten und aufgrund meiner Überzeugung gelangt bin.



11 In Italien wie in Frankreich wird heute noch statt "R.A.F." die alte (Staats-) Terminologie "Baader-Meinhof" (-Gruppe) wertfrei benutzt.



ANARCHISTISCHE BEWEGUNG

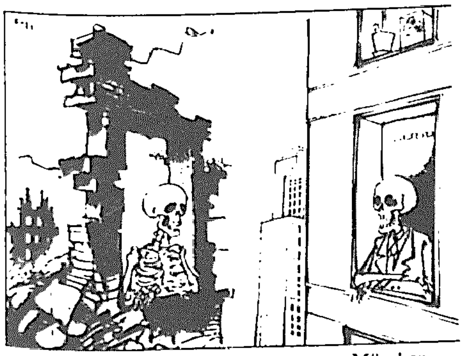
Frage: Was sind die Forderungen der Anarchisten und welche Rolle kommt ihnen innerhalb der außerparlamentarischen Linken zu?

P.Finzi: Ich würde vorschlagen, zunächst einmal zu klären, wer die Anarchisten in Italien sind, und wieviele sie sind. Versuchen wir mal, einige Zahlen zu nennen. Gegenwärtig kann man in Italien von einer anarchistischen Bewegung sprechen, die aus einem Geflecht von anarchistischen Gruppen und Individuen besteht. Die Anzahl der anarchistischen Gruppen liegt zwischen 100 und 200, mit mehreren Versammlungsorten in ganz Italien. Ich würde von 100 oder weniger Gruppen sprechen, die eine intensive Aktivität an den Tag legen. Bezieht man auch diejenigen Genossen und Genossinnen ein, die, aus welchen Gründen auch immer, praktisch keine Initiative mehr ergreifen, kommt man auf 150-200 Gruppen. Besonders zahlreich sind die Anarchisten, die auf rein individueller Ebene handeln, und die wir in den verschiedensten Bewegungen antreffen, wie bei den Umweltschützern, in der Friedensbewegung, in der Häuserbewegung usw., ohne daß sie innerhalb dieser Bewegung sich eine organisatorische Struktur geben. Wollen wir die anarchistische Bewegung quantitativ erfassen, sollten wir noch anderes berücksichtigen, nämlich die anarchistische Presse. In Italien existiert seit 40 Jahren die Wochenzeitung "Umanita Nova" (Neue Menschlichkeit) die gegenwärtig 4500 Exemplare wöchentlich auflegt und davon etwas weniger als die Hälfte verkauft. Ferner gibt es die "Rivista Anarchica" (Anarchistisches Magazin), auf die wir anschließend kurz zu sprechen kommen, die die am weitesten verbreitete Publikation mit 10 000 Auflage und 6000 verkauften Heften ist. Von den anderen Veröffentlichungen ist die eine spezifisch antimilitaristisch-libertär, "Senza Patria" (Ohne Vaterland), die den größten Teil ihrer 3000 Hefte verkauft. Zu erwähnen wäre die "l'Internazionale" (Die Internationale), Auflage 4000, eine Zeitung von eher traditioneller Zielsetzung, und Sprachrohr der GIA, den Gruppen Anarchistischer Initiative, die dem traditionellen Anarchismus entspringen. Andere der zahlreichen Publikationen sind geographisch eng umgrenzt, wie beispielsweise "Sicilia Libertaria" (Libertäres Sizilien).

Man kann also streng genommen von einigen hundert Aktivisten in Italien sprechen, eine Zahl, die auf einige tausend anwächst, nimmt man die Anarchisten hinzu, die irgendwie in gesellschaftlichen Konflikten agieren und man könnte von einem anarcholibertären "Audience" von zehntausenden von Personen sprechen, die z.B. regelmäßig anarchistische Zeitungen erwerben. Die Aktivitäten der Anarchisten konzentrieren sich auf die Propaganda, d.h. vor allem die Verbreitung der anarchistischen Presse, der Redaktionsarbeit in diesen Zeitungen, der Produktion von Videokassetten und allgemein auf die Präsenz auf dem Gebiet der Kommunikationsmittel, welches in dieser Gesellschaft immer am weitesten entwickelt war. Ferner üben einige Genossen, einige Gruppen eine gewerkschaftliche oder besser, eine anarchosyndikalistische Tätigkeit aus, oft außerhalb, manchmal auch innerhalb der Gewerkschaft.
Auf mehr kulturellem Gebiet veranstalten wir die Studientreffen zu Themen wie "Die neuen Herren",über "Selbstverwaltung", über "Bakunin". Letztes Jahr beispielsweise haben viele Gedächtnisveranstaltungen zu "Malatesta" in ganz Italien stattgefunden, wobei versucht wurde, die Aktualität und Kontinuität der anarchistischen Denkweise aufzuzeigen.

Dann begegnen wir in fast allen Sozialen Bewegungen (z.B. gegen Kernkraft) Anarchisten. Einen besonderen Platz nehmen die "anarchistischen" Punks ein, die in zahlreichen Großstädten, aber auch in Kleinstädten als Individuen oder in Gruppen, oft mit ihrer Punk-Musikgruppe in Erscheinung treten. Viele hundert Punks, aber bei weitem nicht die Mehrheit, bezeichnen sich zudem noch als Anarchisten. Die Mehrheit beschränkt sich darauf, die Haare bunt zu färben. Diese Anarcho-Punks fühlen sich zwar mehr als Anarchisten, dennoch verstehen sie sich als Teil dieser neuen Jugendbewegung.

Wir kommen zum antimilitaristischen Sektor der anarchistischen Bewegung, dessen Organ, wie schon erwähnt, die seit 4 Jahren erscheinende Zeitung "Ohne Vaterland" ist, und dessen Aktivitäten von der Totalverweigerung bis hin zum Kampf gegen die Stationierung von Raketen und dem Kampf gegen Militärbasen -nicht nur in Comiso, das gegenwärtig den wichtigsten Stützpunkt darstellt-, und der kritischen Auseinandersetzung mit den militärischen Institutionen reicht. Die Kritik richtet sich nicht nur gegen den Wehrdienst sondern gegen den militärisch-industriellen Komplex.



tz, München

„Finden Sie die Atom- oder die Neutronenbombe humaner?"

Es gibt sie also, die anarchistische Bewegung. Für sie gilt, was wir zuvor über die gesellschaftliche Konfliktlage gesagt haben. Daß mit ihrem Abklingen auch die Anarchobewegung gegenüber den frühen 70er Jahren abgeflaut ist. Es sei jedoch bemerkt, - und das halte ich für wichtig und bezeichnend- daß die anarchistische Bewegung im Gegensatz zu anderen Bewegungen wie etwa "Lotta Continua" oder "Autonomia Operaia" oder den zahlreichen Splitterparteien der außerparlamentarischen Linken, die völlig verschwunden oder zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft sind, nicht zusammengebrochen ist. Und obwohl sie eine Minderheit innerhalb der Minderheitsbewegungen geblieben ist, besteht sie fort und behauptet sich auf der Straße und in den Buchläden. Bezogen auf die gesellschaftlichen Kämpfe und auch auf ihr kulturell-propagandistisches Auftreten,hat die Bewegung ihre historische Kontinuität bewiesen, die in Italien eine Tradition von mehr als einem Jahrhundert aufzuweisen hat.



RIVISTA "A"

Frage: Du arbeitest an der "Rivista A" mit, einem anarchistischen Magazin. Es wird nicht nur von Genossen vertrieben, sondern liegt in Kiosken in ganz Italien aus, was in Deutschland undenkbar wäre. In einer Zeit, in welcher viele Veröffentlichungen der Linken ihr Erscheinen aufgeben müssen, sei es aus ökonomischen, oder politischen Gründen, sei es wegen mangelnder Unterstützung oder Abwesenheit einer starken Bewegung (ein Beispiel ist "Lotta Continua") ist die Rivista, so scheint es, eine der letzten Bastionen einer libertären und außerparlamentarischen Diskussion.
Welche Rolle spielt eure "Rivista" im Italien von 1983?

Finzi: Zunächst möchte ich betonen, daß unsere Zeitschrift nicht nur in der libertären Szene, sondern dank dem Vertrieb über die Kioske auch darüberhinaus, die bekannteste anarchistische Publikation ist. Wir halten sie für eine "große" Publikation inmitten der "kleinen". Im Vergleich mit den großen Veröffentlichungen im Zeitschriftenhandel ist unsere Zeitschrift ein Sandkorn. Wir sind also an den Zeitschriftenkiosken vertreten, allerdings nicht in ganz Italien, denn ein nationaler Vertrieb wäre mit erheblichen Mehrkosten und höherer Auflagenstärke verbunden. Immerhin liefern wir monatlich 5000 Exemplare an die Kioske - eine Tatsache, die besonders einem Ausländer bedeutungsvoll erscheint, die selbst uns beeindruckt.
So wichtig dieser Umstand auch ist, er darf nicht überbewertet werden. Denn das System erlaubt zwar offensichstlich den Vertrieb über den Zeitschriftenhandel, aber nur durch einen Vertrag zu äußerst unvorteilhaften und harten Bedingungen, den wir mit einer nationalen Verteilergesellschaft abgeschlossen haben. Außerdem können wir in Hinblick auf unsere Kräfte und Möglichkeiten nur in einigen Knotenpunkten, z. B. in den Bahnhofskiosken vertreten sein. Oder dort, wo die Genossen nach unserer Zeitschrift fragen. Ich möchte sagen, daß wir noch weit davon entfernt sind, den nationalen Vertriebsbereich zu decken.
Zudem haben wir als Redaktionsgruppe von Anfang an, d. h. seit dem Erscheinen der Zeitschrift 1971, die Diskussion um den Vertrieb schwerpunktmäßig geführt, ein Problem, das von vielen Genossen unterschätzt wird.

Wir haben auf die graphische Aufmachung, ein farbiges Titelbild und auf Papier von gewisser Qualität Wert gelegt. Wir tun dies nicht, um unseren persönlichen Geschmack zu befriedigen, sondern aus folgender Einsicht heraus: wer sich im Zeitalter der Massenmedien und perfekter Kommunikationstechniken auf dieses Gebiet vorwagt, sollte einen hohen Standard in der Aufmachung anstreben, der Interesse weckt, ohne andere Illustrierte zu kopieren. Das ist nicht nur eine technische Frage, sondern auch eine politische. Denn unsere Bestrebung für die Zeitschrift läuft nicht darauf hinaus, (und das erklärt die Bedeutung, die wir dem Vertretensein im Zeitschriftenhandel beimessen) eine anarchistische Zeitung für die Anarchisten zu machen. Vielmehr versuchen wir, eine anarchistische Zeitung mit einem präzisen, anarchistischen ideologischen Konzept aufzubauen, die sich hauptsächlich nach außen wendet und dabei bestrebt ist, für neue libertäre Denkanstöße empfänglich zu sein, was uns vielleicht nicht immer gelingt. Wie wir durch Leserbriefe erfahren, kommt der Zeitschrift eine gewisse Rolle auch außerhalb der anarchistischen Bewegung zu. Für die Anarchisten stellt die Zeitschrift sicher ein Informationsorgan dar, außerdem ein politisches Instrument für die Genossen, die sie vertreiben. So gelingt es uns in gewissem Maße, Einfluß auszuüben, und sei es nur durch die Verbreitung des libertären Gedankengutes außerhalb der anarchistischen "Audience", von der wir vorhin sprachen. Unsere Rolle ist genau genommen sehr eingeschränkt. Dies muß der Ehrlichkeit halber gesagt werden, denn es soll nicht der Eindruck erweckt werden, die "Rivista Anarchica" sei überall in Italien bekannt. Sie ist es noch nicht einmal bei der "alternativen Linken". Auch ist ihre Einflußmöglichkeit klein. In den letzten Jahren sind sehr viele Publikationen eingegangen, seien es anarchistische oder nicht-anarchistische, jedenfalls alternativer, subversiver, außerparlamentarischer Orientierung. In dieser Situation weiterhin publiziert zu haben, für Kontinuität gesorgt zu haben, erhöht unser Prestige ein wenig, besonders bei denen, die uns regelmäßig lesen.
Eines der großen Probleme, die sich für uns stellen, ist die Aktualität, d. h. ständig auf dem neuesten Stand zu sein und besonders den Jugendlichen, die auf uns zukommen,ein "frisches Produkt" anzubieten. Das ist für uns nicht immer leicht, denn in der Redaktion hat zwar ein Wechsel der Mitglieder stattgefunden, aber in ungenügender Weise, so daß der Zustrom neuer, junger Kräfte nicht immer gewährleistet ist.
Dieses Problem ist nicht nur für diese Zeitschrift typisch, sondern für die gesamte anarchistische Bewegung und für die revolutionären Bewegungen im allgemeinen.

Frage: Könntest du etwas mehr über die Rivista A erzählen, z. B. wieviele ihr seid, und wann sie entstanden ist?

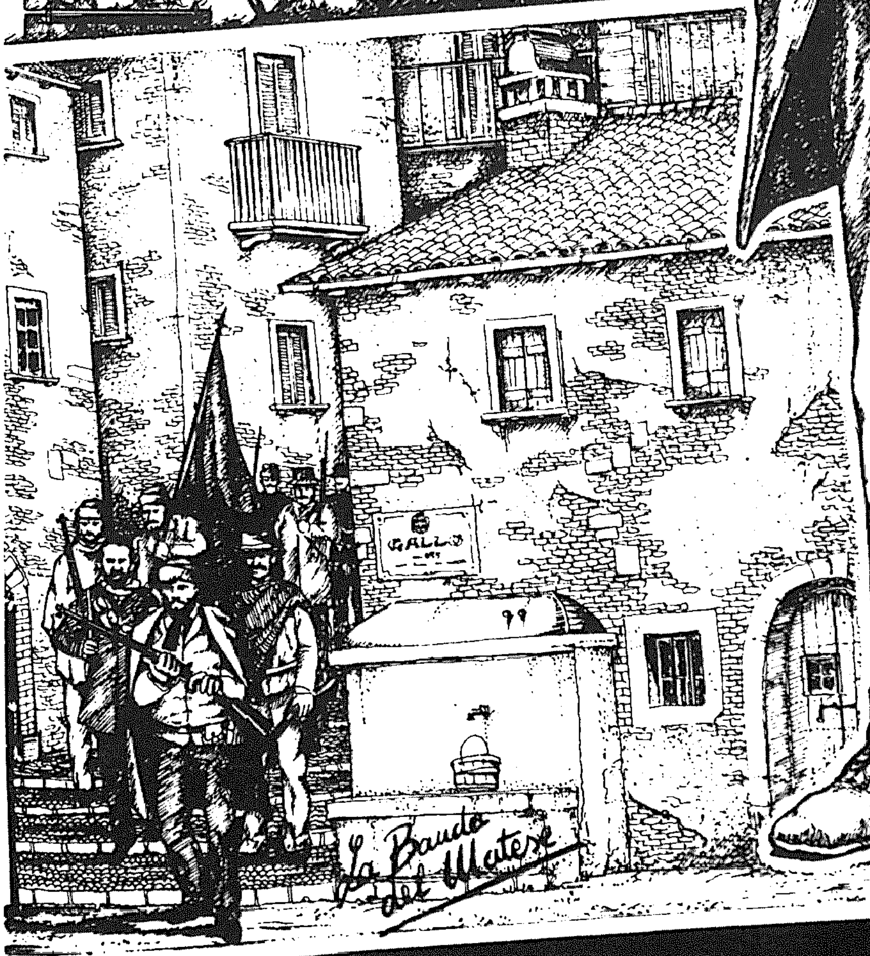
Finzi: Ich will mit dem zweiten Teil der Frage beginnen. Unsere Zeitschrift erschien im Februar 1971 zum ersten Mal. Die Idee, eine Zeitschrift zu gründen, wurde im Jahr zuvor geboren, 1970, nach dem Gemetzel von Piazza Fontana 1969 und der Ermordung des anarchistischen Eisen-

bahners Giuseppe Pinelli, der aktiver Genosse unserer Gruppe "Circolo Anarchico Ponte della Ghisolfa" (Anarchistischer Zirkel ..) aus Mailand war. Ein weiterer Ursprung war die breite Kampagne, die zuerst von uns hier in Mailand gestartet wurde und anschließend von der gesamten anarchistischen Bewegung und anderen Kräften der Linken aufgegriffen wurde. Sie richtete sich gegen die Hetze und die Lügen von seiten des Staates, bezüglich des Gemetzels von Piazza Fontana (12). Damals gab es schon andere anarchistische Zeitungen, wie z. B. "Umanita Nova" (Neue Menschlichkeit), aber in Mailand gab es keine Zeitschrift dieser Art. Daher äußerte sich das Bedürfnis nach einer eigenen Zeitung für die Stadt Mailand beonders stark, da Mailand immer schon eine "politische Hauptstadt" in Italien war, auch für anarchistische Aktivitäten. Die Zeitung entstand aus folgender doppelter Notwendigkeit: einerseits wollte man ein eigenes und direktes Werkzeug für die Mobilisierung in der Hand haben; auf der anderen Seite wollte man eine Zeitung gründen, die, wie wir es zuvor erwähnten, nicht nur für Anarchisten gedacht wäre.

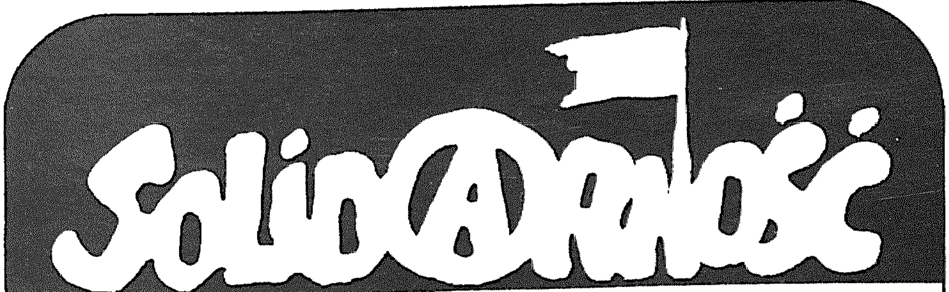
Seit der Gründung ist die Zeitschrift stets von einer Redaktion von 5 bis 9 Mitgliedern gestaltet worden. Zur Zeit sind wir in der Redaktion fünf Personen. Die gesamte Arbeit wird freiwillig, sozusagen in der "Freizeit" geleistet. Außer den Leuten, die in der Redaktion mitarbeiten, ist die Anzahl derer die mithelfen groß, wenn es beispielsweise um den Versand geht oder um andere anfallende Arbeiten. Nur zu einem kleinen Teil wird die Zeitschrift von den Redaktionsmitgliedern geschrieben. Hierfür gibt es in ganz Italien und auch im Ausland ein Netz von Leuten, die den kontinuierlichen Fluß von Artikeln und Informationen gewährleisten.

12 Die Aufklärung über die Hintergründe und die Drahtzieher dieser Bombenanschläge ist trotz mehrfacher parlamentarischer Untersuchungsausschüsse im Sande verlaufen.









Keine Solidarität mit polnischen Anarchisten ??

In fast allen deutschsprachigen anarchistischen Zeitschriften wurde auf mehreren Seiten auf die Lage der anarchistischen Genossen in Polen aufmerksam gemacht und zu Spenden aufgerufen. Der zu den Initiatoren des Solidaritätsappels gehörende Libertad Verlag Berlin schrieb uns am 23. 4. 83 über das Ergebnis Folgendes:

"Obschon unser Rundbrief national ebenso wie international eine große publizistische Resonanz hatte, war die Aktion von der praktischen Solidarität her gesehen, ein ziemlicher Reinfall: bis jetzt wurden auf den Solidaritätsfond nicht mehr als 289,- DM eingezahlt. Die meisten Spenden kamen aus den USA; in der BRD und West-Berlin sowie im deutschsprachigen Ausland kamen nicht einmal an die hundert DM zusammen.

Wir werden das Spendenkonto noch bis zum 30. 6. offenhalten und wären Euch sehr verbunden, wenn Ihr in der nächsten Nummer des SF nochmals darauf hinweisen könntet. Sollten bis zum 30. 6. nicht noch größere Summen eintreffen, werden wir unsererseits den Fond auf 500 DM aufstocken und den poln. Genossen persönlich überbringen."

SPENDENKONTO: Jochen Knoblauch, Postscheckamt Berlin West, Kontonummer: 4515 23-109

***

FAI-Hanau FAI-Frank... FAI-Heidelberg FAI-Karlsruhe FAI-Br... FAI-W...

Seit einiger Zeit gibt es die 'Förderation Anarchistischer Initiativen' (F.A.I.); ein loser Zusammenschluß anarchistischer Gruppen und einzelner Genossinnen und Genossen aus dem Rhein-Main-Gebiet. Die F.A.I. veranstaltet regelmäßige Regionaltreffen. Gedacht ist an eine kontinuierliche und koordinierte Zusammenarbeit in Aktionen und Diskussionen.

Für Interessierte gilt folgende Kontaktadresse: D. Feßler, Postfach 2442, 75 KARLSRUHE 1

GEGENLICHT-FILMVERLEIH

M O R G E N D Ä M M E R U N G

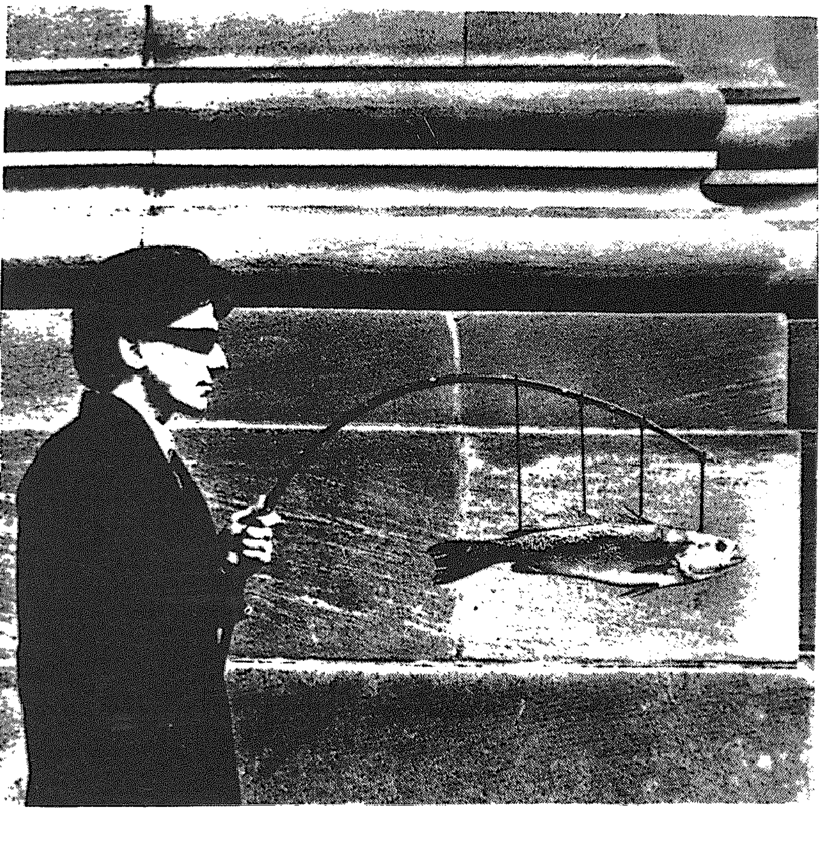
Die einwöchige gewaltfreie Blockade des Atomwaffenlagers "Golf" bei Großengstingen war mit über 700 Teilnehmern eine der bisher spektakulärsten Aktionen von gewaltfreien Widerstand in der BRD.

Unser Film ist neben der Dokumentation des rein organisatorischen Ablaufs der Blockade und der Reaktionen von Seiten der Bevölkerung vor allem ein Film, der in enger Zusammenarbeit mit einer Bezugsgruppe entstand. Wir Filmemacher/innen erlebten durch das kontinuierliche Zusammensein mit der Bezugsgruppe "Morgendämmerung" aus Stuttgart eine intensive Auseinandersetzung mit der Vorbereitung im Training. Problemen der basisdemokratischen Entscheidungsfindung und gewaltfreier Aktion gegen den Rüstungswahnsinn. Es ist daher ein sehr subjektiver Film, der in erster Linie die Vorbereitung, Motivation und selbstkritische Einschätzung der Bezugsgruppe "Morgendämmerung" zeigt.

Am Beispiel Großengstingen werden die Möglichkeiten und Grenzen gewaltfreier Aktion konkret sichtbar gemacht, werden sowohl die Vorteile als auch die Probleme des Bezugsgruppensystems und der basisdemokratischen Organisation einer Gemeinschaft von rund 700 Leuten deutlich.

Der Film richtet sich an alle Interessierten, die einen Einblick in die Arbeit von Friedensgruppen/Bezugsgruppen gewinnen wollen bzw. selbst aktiv werden wollen. Die Beschränkung auf 40 Minuten Spieldauer ist in der Absicht geschehen, den Film vor allem als Ergänzung zu Informationsveranstaltungen über "gewaltfreien Widerstand" und "Basisdemokratie" einsetzen zu können.

ausleihbar: GEGENLICHT, Reichpietschufer 20, 1 Berlin 30.



organisations diskussion

Anmerkungen von Siegfried Wissing zu Stefan Blankertz Artikel "Anarchistische Föderation" im Schwarzen Faden Nr. 9.

Das Lieblingskind der Anarchos ist wieder aufgetaucht: die Anarcho-Föderation. Der Name des Kindes bleibt immer der gleiche, seine herausragenste Eigenschaft: Retardierungssymptome schon im frühkindlichen Stadium. Warum? Die Diagnose liefert uns der anarchistische Denker Blankertz in seinem Beitrag "Anarchistische Föderation", SF Nr.9/82. Es wird nachgedacht über den Aufbau einer anarchistischen Föderation unter bundeskapitalistischen Bedingungen, es werden die Ursachen ihres permanenten Scheiterns erhellt und Perspektiven aufgezeigt, wie die Dauerkrise zu überwinden ist. Wie zu Beginn einer jeden sorgfältigen Analyse werden die erkenntnisinteressierenden Fragen formuliert, so auch bei Blankertz. Zunächst steht für Blankertz außer Frage, daß eine anarchistische Föderation, so oder so, auf der Tagesordnung stehe. Dann wird sogleich gefragt, was eine derartige Föderation zu leisten vermag, und wie es um die Opferbereitschaft der Föderierten bestellt sein muß, wenn so ein Gebilde Bestand haben soll. Blankertz erkennt in beiden Mängel. Diese werden ihm sodann zur Grundlage, die Bedingungen einer erfolgversprechenden Föderierung zu formulieren. Dabei gerät er auf falsche Gleise, was üblicheweise immer dann der Fall ist wenn die Weichen falsch gestellt sind, wie bei Blankertz geschehen.

Zur Sache selbst:

Erstens: Wie bereits angedeutet, gilt es, zu Anfang die richtigen Fragen zu stellen. Nicht die Frage nach der Leistbarkeit einer anarchistischen Föderation sowie die nach der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder in diese Organisation zu investieren, noch der Mangel an Zeitaufwand, Geld und guten Ideen bilden die Komplexe, denen man sich zuvörderst zuzuwenden hat, vielmehr ist schlicht und einfach zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage zu stellen, inwieweit objektiv ein Erfordernis und subjektiv ein Bedürfnis in Hinblick auf die Schaffung einer Anarcho-Föderation vorliegt. Und dies ist im wesentlichen ein Problem von existierender bzw. nichtexistierender Bewegung an der anarchistischen Basis, die entscheidende Voraussetzung für jedweden Zusammenschluß, der nicht von 'oben' erfolgen soll. Befragen wir diesbezüglich die Tatsachen, so bleibt, was den Zustand der anarchistischen Bewegung in der BRD betrifft, zunächst festzustellen (und das ist nicht neu): Die Bewegung ist atomisiert, als Bewegung desintegriert, in ihrem ideologischen Kern antiquiert - durch ihre Beschränkung auf eine im wesentlichen geistige und drucktechische Reproduktion des historischen Anarchismus -, konzeptionslos und "real"-politisch im Abseits, letztlich ohne explizite Bedeutung für die aktuellen politischen und sozialen Kämpfe. Mit anderen Worten: Die Anarcho-Bewegung ist in jeder Hinsicht sowohl qualitativ als quantitativ im wahren Sinne des Wortes Basis-los und handlungsunfähig. Der anarchistischen Föderation fehlt demnach eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen: eine aktive Basis, die im Kern sowohl personell als auch

in ihrer Doktrin eine gewisse Kohärenz aufweist und ihre Vereinzelung als Hemmnis zur Entfaltung weiterer gesellschaftlicher Aktivitäten empfindet. Was es gibt, sind Einzelpersonen, die sich - etwa wie Blankertz zur Zeit - der Sysiphusarbeit hingeben, die imaginäre Anarchobewegung über organisatorische Verbindlichkeiten zu etwas Darstellbarem, Greifbarem zu machen. Das wird und muß scheitern. Dazu die mannigfaltigen Erfahrungen aufzuarbeiten, die in den letzten Jahren auf dem Gebiet gemacht worden sind (FAU, Libertäres Forum Berlin), wäre sicherlich ein erster wichtiger und notwendiger Schritt, nicht immer die gleichen Fehler zu wiederholen.

Zum zweiten: Es wäre schon lange mal an der Zeit gewesen, den anarchistischen Begriffsdschungel zu lichten. Die anarchistische Föderation als "politische Organisation" (Blankertz)? Persönlich hab' ich nichts dagegen einzuwenden - zunächst einmal. Aber was meint der Autor damit? Wenn die anarchistische Föderation als politische Organisation verstanden wird - im herkömmlichen Gebrauch des Begriffes 'politisch' - dann ist es naiv und falsch anzunehmen, daß die Reduzierung ihrer Funktion auf sog. Informations- und Koordinationsaufgaben auch bereits die Herausbildung oligarchischer Strukturen, somit Herrschaftszentren von vornherein verhindert. Der damit einhergehende Appell,doch bitte schön keine Macht zu wollen oder auszuüben, weil wir doch alle Brüder und Schwestern im Geiste sind, dürfte an den sozio-politischen und sozialpsychologischen Verhältnissen, wie sie nun einmal sind, weit vorbeizielen. Um es klar zu sagen: Gerade die Informations- und Koordinationsfunktion bildet doch die eigentliche Basis jedweder Machtoligarchie innerhalb einer Organisation. Die anarchistische Föderation - im Geiste Blankertz' - ist davon nicht ausgenommen. Es wären also in dem Zusammenhang zuvörderst die Mechanismen und ihre Ursachen zu befragen, die Herrschaft und Macht bedingen, auch und gerade in Bezug auf anarchistische Organisationen, deren Geschichte ja reich an Erfahrungen dieser Art ist. Wichtig scheint mir weiterhin zu klären, zum besseren und eindeutigeren Verständnis für alle, was unter dem Begriff 'politisch' in Hinblick auf eine anarchistische Theorie und Praxis zu verstehen ist und daraus abgeleitet, welche Funktion der Organisation zukommt. Ich möchte in dem Kontext daran erinnern, daß sich der Anarchismus, soweit er die Massenperspektive in seiner Konzeption hatte, immer als sozialrevolutionäre Bewegung verstand und versteht, und das heißt eben, als gesellschaftliche Bewegung. Das Politische ist nur ein Ausdruck des Gesellschaftlichen.

Zum dritten: Richtigerweise wird festgestellt, daß die Bildung einer nationalen Föderation als Zusammenschluß von anarchistischen Aktionsgruppen(?) an den realen Existenzbedingungen der Bewegung in der BRD scheitern muß. Nun aber daraus zu folgern, wie Blankertz, daß es richtig und sinnvoll sei, "alle ... Energien ...in den Aufbau stabiler regionaler Organisationen zu setzen",bleibt unverständlich und verkennt das eigentliche Grundproblem. Die Föderation ist nämlich nicht zunächst ein quantitatives Problem, sondern ein elementar qualitatives. Und da macht es erst mal keinen Unterschied, ob regionaler oder nationaler Zusammenschluß. Mit dem Begriff 'regional' wird lediglich (auto-)suggeriert, daß auf der Ebene eine Zusammenarbeit leichter sein müßte, weil die Einheit kleiner und damit überschaubarer ist. Dadurch wird aber auf eine unreflektierte Art und Weise das Grundproblem verschoben; das sich in der Frage zusammenfassen läßt: Welche Bedingungen sind maßgeblich für eine herrschaftsfreie Organisationsstruktur, extern und intern, die nicht nur Prinzip ist, sondern zudem auch noch gesellschaftlich handlungsfähig ist. Das ist nicht Organisationstheorie oder -soziologie, sondern eine eminent praktisch-politische Frage, die nur durch die Praxis gelöst werden kann. Theorie dient hier bestenfalls als Orientierung und Weichenstellung.

So wie der Zusammenschluß von anarchistischen Aktionsgruppen zum gegenwärtigen Zeitpunkt Illusion ist, weil dazu ganz einfach die notwendige Basis fehlt, so ist dies auch gleichzeitig das entscheidende Kriterium dafür, den Aufbau einer nationalen Föderation abzulehnen, die "die Durchführung einer organisierten programmatischen Diskussion" zum Ziel hat - so fordert Blankertz. Unklar bleibt bei dem ganzen Hin und Her zwischen Regional- und Nationalföderation, was überhaupt angestrebt wird: etwa eine regionale Föderation als Zusammenschluß von Aktionsgruppen und eine nationale Föderation als Diskussionsplattform? Das kann's doch wohl nicht sein?!

Viertens: Es ist einfach analytisch kurzschlüssig zu sagen, daß die bisherigen Organisationsversuche (welche sind gemeint?) "nicht nur an zu hoch gesteckten Zielen oder mangelnder Basis, sondern auch an falschen Einschätzungen des notwendigen Einsatzes" gescheitert sind. Nur halbrichtig. Vielmehr dürfte der ursächliche Grund dafür in dem Unvermögen der anarchistischen Akteure zu suchen sein, originär libertäre Zielsetzungen zu identifizieren und in praxisorientiertes Handeln umzusetzen. Die von Blankertz geforderte Opferbereitschaft

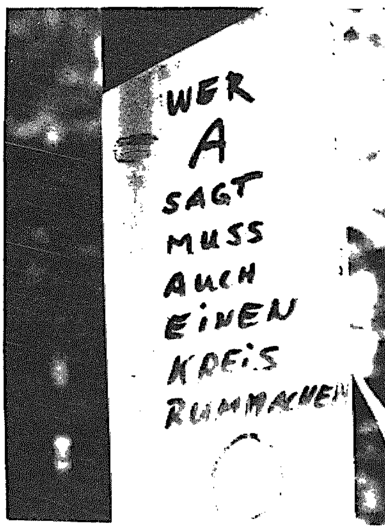


("Was sind wir für eine Föderation zu opfern bereit? Nichts, lieber Blankertz) ist mehr als suspekt, nicht nur vom Begriff her, die seine hauptsächliche Verwendung mit Vorliebe in nationalistischen Organisationen und Organisationen findet, sie zielt auch schlichtweg in die falsche Richtung. Nicht der Mangel an quantitativem Einsatz und Geld ist verantwortlich zu machen (vielleicht schaut Blankertz sich mal ein wenig um, was manche Leute so machen und das wenige Geld, das sie besitzen, auch noch in Projekte stecken), sondern es sind tendenziell die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Engagement vieler Gruppen und

Genoss(inn)en haben scheitern lassen. Damit ist eine Kategorie angesprochen, die mir in diesem Zusammenhang wesentlich erscheint, nämlich die Analyse gesellschaftlicher Bedingungen als Grundlage handlungsorientierter Aktivität - nicht nur oder ausschließlich - aber eben auch!

Abschließend:

Der Anarchismus in der Aktion ist das Konzept der Kleingruppe, der Bande, der Sippe oder ähnliches. Die Kohärenz der Gruppe ist bestimmt durch ihre Affinitätsstruktur und einer konzeptionellen Grundlage. Ihre Wirksamkeit mißt sich daran, wie sie sich als Gruppe (oder deren einzelne Glieder) innerhalb der sozialen Massenbewegungen und Kämpfe mit den ihr eigenen Positionen und Kampfformen exponieren kann und respektiert wird, und wie sie in der Lage ist, ein Verhältnis zwischen Aktion und offener Revolte zu finden. Die anarchistische Massenbewegung ist ein Fetisch, genauso wie die Anarchie als gesellschaftlicher Zustand eine Fiktion ist. Der Anarchismus ist destruktiv dort, wo er vorsieht, die Grundlage jedweder Gesellschaftsformation und deren spezifische Ausdrucksformen zu zerstören, gegenwärtig und zukünftig; er ist konstruktiv dort, wo es gilt, das Ideal, die Utopie - die Anarchie - sukzessive und auf einer immer höheren Stufenleiter der Entwicklung in überschaubaren Lebenseinheiten zu antizipieren. Es gilt, den Riesen anzugreifen, aber gleichzeitig die Höhle zu haben, in die man sich zurückziehen kann. Der Anarchismus ist die permanente Revolution - oder er hat keine Berechtigung.



Möglichkeiten und Grenzen anarchistischer Mitarbeit bei den Grünen

von Horst Blume

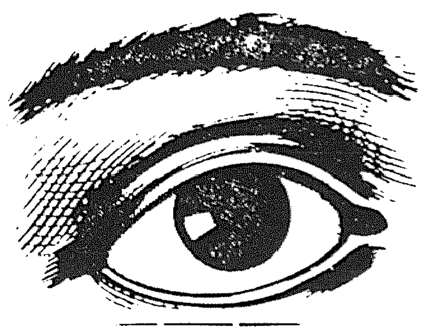
****

"Am Freitag den 25. 3. 1983 trafen sich im 'Grünen Laden' etwa 30 grüne und nichtgrüne, anarchistischdenkende Leute um eine Landes AG Anarchie/Basisdemokratie zu gründen. Es wurden Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht, die zum Teil weit auseinanderlagen. Innerhalb des kurzen Abends konnten keine gemeinsamen Positionen erarbeitet werden. Gemeinsam beschlossen wurde aber, weiterhin zusammenzuarbeiten. Dazu wollen wir uns am 14./15. Mai 1983 in Wuppertal treffen." (aus: "Grünes NRW-Info 4/5, 1983)

****

1. EINIGE BERMERKUNGEN ZUR SITUATION INNERHALB DER GRÜNEN

Trotz vieler Möglichkeiten sind die Entscheidungsstrukturen bei den Grünen häufig undurchsichtig und mehr und mehr werden Beschlüsse in den oberen Gremien gefasst, bevor die Basis darüber entschieden hat. Die grüne Fraktion im Parlament mit ihren Mitarbeitern und der seit März einsetzende Zustrom von neuen, meist unerfahreren Mitgliedern wird diese Tendenz noch verstärken.
Inzwischen arbeitet ein nicht unbedeutender Teil der Linken innerhalb der Grünen mit. Das hat nicht nur eine stärkere inhaltliche Einflußnahme zur Folge, sondern auch die Tendenz zur Fraktionierung nimmt zu. Der innerlinke Kampf um Einflußsphären mit all seinen negativen Erscheinungsformen findet jetzt auch innerhalb der Grünen statt. In den 70er Jahren haben die zahlreichen K-Parteien trotz unveränderter theoretischer Fundamente die meist fragwürdige Flexibilität besessen, sich aufkommenden sozialen Bewegungen oberflächlich anzupassen, um sie vereinnahmen zu können. Ihre neue Heimat bei den Grünen zwingt diese Gruppen, ihre bisherigen inhaltlichen Positionen zu überdenken, denn ein kommunistischer Gewerkschaftler und ein Ökologe müssen ja auf die Dauer irgendwie in den Grünen miteinander zurechtkommen. Manche Gruppe im neuen alternativ-grünen Gewande hat heute noch große Schwierigkeiten, ihre linkssozialdemokratische oder orthodox-marxistische Vergangenheit hinter sich zu lassen: Das sieht man an dem nur zögernden und mit Vorbehalten versehenen Aufgreifen einer antiautoritären Selbstverwaltungsperspektive in der wirtschaftspolitischen Diskussion, in der Vernachlässigung des radikal-pazifistischen sozialen



Verteidigungskonzeptes in der friedenspolitischen und an der von ständigen Mißverständnissen begleiteten Debatte über den Industrialismus.

2. WAS VERANLASST ANARCHISTEN INNERHALB DER GRÜNEN POLITISCH MITZUARBEITEN?

Viele sehen in den Grünen eine Anti-Partei, in der wichtige Bestandteile des Anarchismus anzutreffen sind. Einige sind in Ermangelung eines akzeptablen überörtlichen anarchistischen Organisationsansatzes bei den Grünen gelandet, andere sind erst hier mit anarchistischen Ideen vertraut geworden. Weiter hat die grüne Partei ihrer Ansicht nach in Kleinstädten und auf dem Lande eine wichtige Funktion. Hier ist die Bevölkerung dem Autoritätsdenken besonders verhaftet, so daß es nahezu unmöglich ist, als Anarchist aufzutreten. Ferner fehlt es hier an einer breitgefächerten Bürgerinitiativbewegung, die sich der wichtigen Themen annehmen könnte. Indem die zumindest teilweise anerkannte parteiähnliche Struktur der Grünen benutzt wird, kann dem Bewußtsein der Bevölkerung auf halbem Wege entgegengekommen werden, um anarchistische Inhalte zu transportieren. Einem großen Teil der grünen Anarchisten ist klar, daß es bei diesen Überlegungen allein nicht bleiben darf, sondern eine zielstrebige Weiterentwicklung der vorhandenen Ansätze zu einer selbständigen Interessenvertretung erreicht werden muß.

3. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Vorerst soll die in Bewegung geratene innerlinke und grüne Diskussion ausgenutzt werden, um anarchistische Kritik endlich in ein breites Publikum hineinzutragen und dort Lernprozesse zu bewirken. Allerdings besteht hier die Gefahr, die eigenen Fähigkeiten zu überschätzen. Bisher haben wir hauptsächlich in Bürgerinitiativen mitgearbeitet, die sich eine klar umrissene Aufgabe gestellt haben, etwa ein Atomkraftwerk zu verhin-

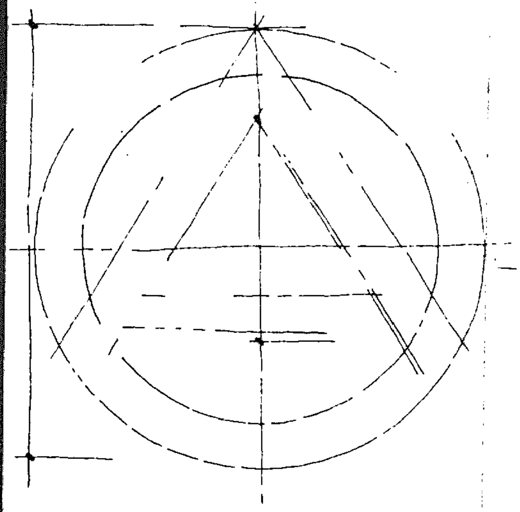
dern. Wir setzten uns als Anarchisten z. B. für die Anwendung von direkten Aktionen ein oder versuchten von bestimmten Honoratioren ausgehandelte faule Kompromisse zu verhindern. Diese Absichten waren klar und eindeutig. Die Situation innerhalb der Grünen ist aber anders als in Bürgerinitiativen, weil hier die nur andeutungsweise vorhandenen programmatischen Zielvorstellungen der Anarchisten in Konkurrenz zu umfangreichen und gut ausgearbeiteten Theorieansätzen anderer sozialistischer Richtungen stehen. Während sich andere sozialistische Gruppen ohne große Schwierigkeiten in einer parteiähnlichen Struktur wiederfinden, ist bei der anarchistischen Arbeitsgruppe innerhalb der NRW-Grünen eine nicht unbegründete Abneigung gegen Formen des polit-strategischen (Macht-)Denkens vorhanden. Unsere Kritik an aufkommenden autoritären Strukturen innerhalb der Grünen war bisher recht zutreffend und hat deswegen spontan manchen Beifall vom murrenden Basisfußvolk erhalten. Dies reicht aber nicht aus. Es kommt nicht so sehr darauf an, bei jedem beliebigen Vorgang von unserer Seite Mißfallen kundzutun. Eine so aussehende Mitarbeit bei den Grünen hat bestimmt nicht zur Folge, daß unsere Bestrebungen realitätsnäher und wirkungsvoller ausgerichtet sind, als es in den bisherigen anarchistischen Organisationsversuchen zum Ausdruck kam.

Wichtiger ist, daß wir uns die Fähigkeiten aneignen, in festen Arbeitsprojekten Verantwortung dafür zu übernehmen, Aktionen und theoretische Diskussionen kontinuierlich in eine libertäre Richtung hinzuentwickeln.

Die recht unterschiedlich ausfallende Mitarbeit von Libertären in den Grünen gilt es deswegen immer wieder kritisch zu hinterfragen. Die beschwichtigende Formel "die einen Anarchisten arbeiten eben in diesem organisatorischen Zusammenhang, die Anderen in jenem" halte ich nicht für sehr hilfreich. Wir müssen uns schon die Mühe machen zu überlegen, mit welcher gemeinsamen Zielsetzung und Organisationsform wir als Anarchisten in Zukunft zusammenarbeiten wollen. Als Diskussionsforum zur Klärung unsere Ansichten ist die Landes AG Anarchie angesichts der weit auseinanderliegenden Meinungen und Erfahrungen der Mitarbeiter sicherlich sinnvoll und angebracht. Aber sie kann nicht den Anspruch erfüllen, eine unabhängige Föderation ersetzen zu wollen.



Entstehung und Niedergang einer Organisation von Anarchisten



Der folgende Artikel ist aus "De Vrije Socialist" Nr. 10/79 übersetzt worden und diente der Vorbereitung des Kongresses über Anarchismus und Organisation am 8./9. Dezember 1979 in Den Haag.

***

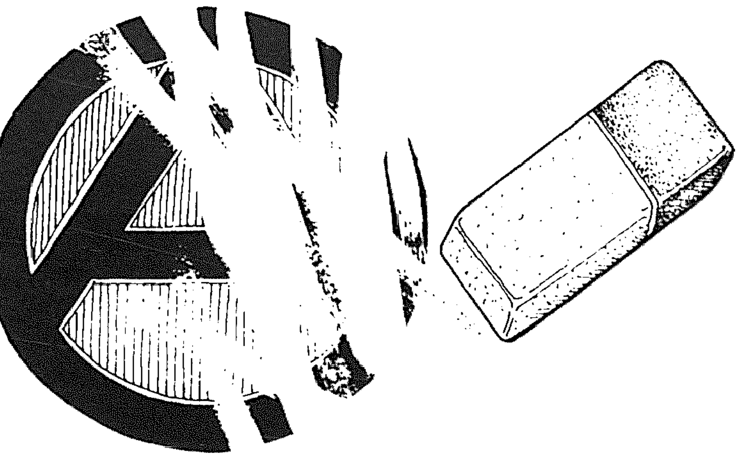
Über das Entstehen der "Federatie van Vrije Socialisten" besteht Unsicherheit. Während des Konflikts 1975 hatte Toof Brader eine Geschichte der Federatie geschrieben, um eine Diskussion über deren Funktionieren zu beginnen. Er wünschte eine Kommission zur Beilegung dieses Konflikts, verließ jedoch kurz darauf die Bewegung. Er hatte den Beginn im Winter 1969 gesehen, als sich dem Organ des "Noordelijk Gewest", "Recht voor Allen", auch Gruppen in Amsterdam, Assen und Beverwijk anschlossen. Das alte "Noordelijk Gewest", eine Vereinigung von alten Anarcho-Syndikalisten, Ex-Moker-Jugend und anderen Anarchisten, die für irgendeine Art von Organisation waren, bekam frisches Blut. Dies führte 1970 zu einer Veränderung in der Tradition der jährlichen Pfingsttreffen: 500 Antiautoritäre, nicht nur die Anarchisten und Pazifisten aus eigenen Kreisen, sondern auch Kabouter und Studentensyndikalisten, die sich dem Blatt "De Vrije" zugehörig fühlten, strömten herbei. "De Vrije" war das Blatt der sogenannten "Vrije Socialisten", ursprünglich Nachfolger von Domela Nieuwenhuis und Propagandisten der Tat, jetzt ein kleiner Kern theoretischer Agitatoren, die aus dem Dunstkreis von Provo, Atompazifismus und Studenten-Anarchosyndikalismus her sich mit Neo-Marxismus und Feminismus beschäftigten.

Im März 1971 beschlossen die Redaktion von "De Vrije" und die wichtigsten Mitglieder der Federatie eine Art Fusion. Einige weibliche Redaktionsmitglieder ergriffen die Initiative für ein Frauenhaus in Amsterdam; durch ihr Verschwinden unterblieb sieben Jahre lang die Diskussion über Anarcha-Feminismus.

Am 1. und 2. Mai 1971 beschloß ein Haushaltskongreß von Arbeitsgruppen von "Recht voor Allen" und Mitarbei-

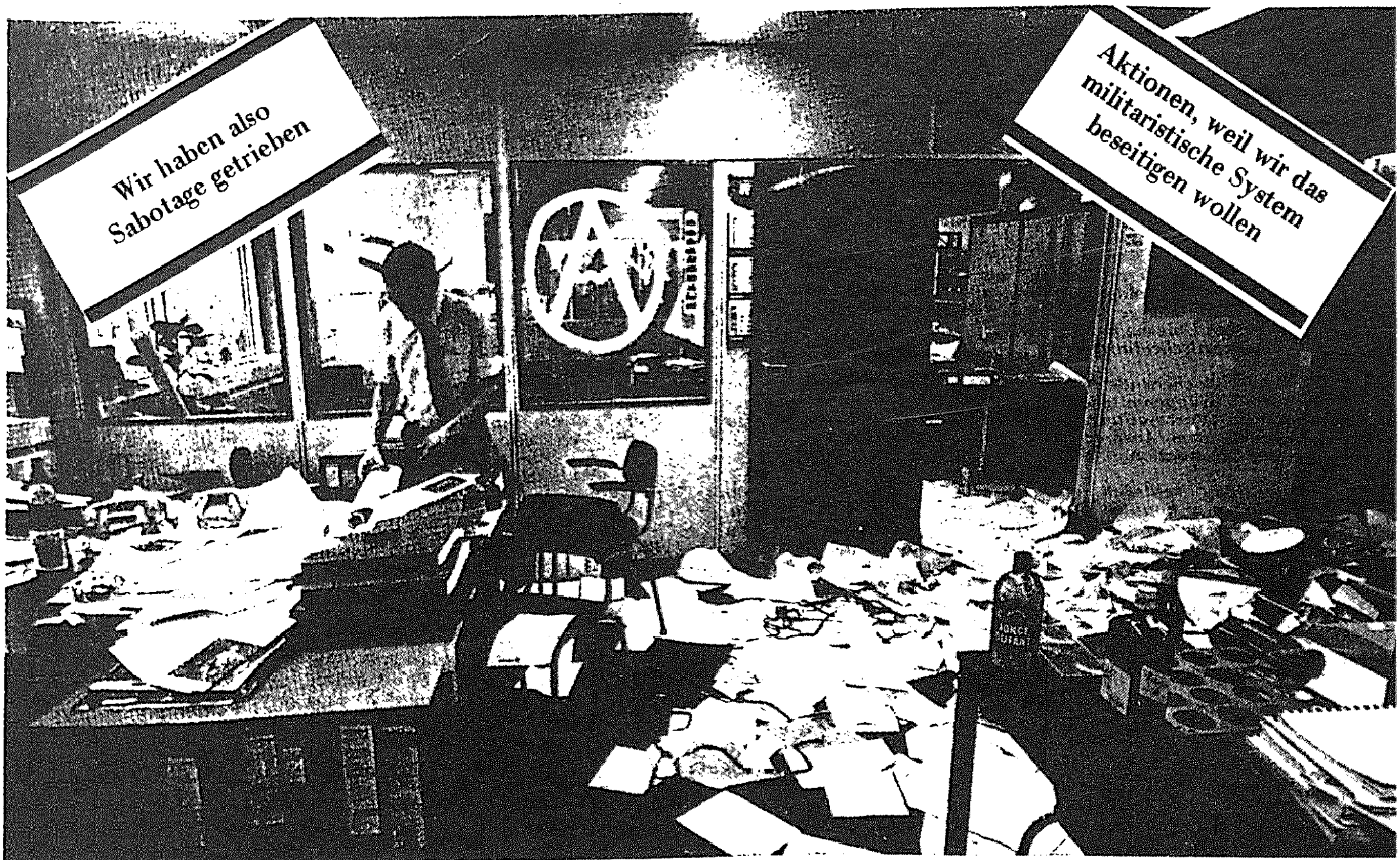
tern von "De Vrije Socialist", zusammen zu gehen und eine Zeitung herauszugeben: "De Vrije Socialist". Die Redaktionsmitglieder von "De Vrije" wurden Mitglieder der Federatie, so daß nun eine nationale Organisation bestand. Diese begann eigentlich schon unter schlechtem Vorzeichen: Die Federatie war nichts anderes als eine Vereinigung individueller Anarchisten mit periodisch wiederkehrenden Haushaltskongressen und individuellen Beiträgen. Das Ergebnis war, daß das Schwergewicht auf der Arbeit der Funktionäre der Federatie lag: das Landessekretariat, der Kassierer, der internationale Sekretär, Redaktion und Verwaltung des Organs mußten Rechenschaft ablegen vor den Mitgliedern. Die Versammlungen bekamen dadurch einen sehr formellen Charakter, der Nachdruck lag eher auf der Institutionalisierung der Organisation als auf dem Ziel der Bewegung. Dies erzeugte Frustation auf allen Kongressen der Federatie, die ich miterlebt habe, und jeder Versuch, durch "Strukturanalyse" eine Veränderung zu erzielen, mißglückte.

Dazu kam, daß es sowieso keine Einheit von Ziel und Meinung gab. Der Landeskongress, der die Richtlinien für Funktionäre festlegen mußte, war in zwei Lager gespalten: die Anhänger der absoluten Gewaltlosigkeit und die anderen, die sich mit möglicher "proletarischer Gewalt" solidarisch erklärten. Eine gleiche Trennung entstand bei der Frage, ob man Möglichkeiten zur Gesellschaftsveränderung mittels historisch-materialistischer Methoden vorhersagen dürfe: die "Gewaltfreien" wiesen diese Form von "Marxismus" ab und predigten die Evolution durch Mentalitätsveränderung. Daß man sich Gedanken machte über "bewaffneten Kampf des Proletariats", scheint sehr abstrakt; allerdings gab es Erfahrungen aus Belgien, wo streikende Bergleute Unterstützung bekamen durch maoistische und anarchistische Sabotage-Einheiten, die unter anderem Polizeiautos zerstörten. Die "Gewaltlosen" waren in der Minderheit, aber drohten fortwährend mit Abspaltung; Anfang 1974 haben sie diese auch wirklich vollzogen.



Das größte Hindernis für ein gutes Funktionieren der Federatie war anfangs "De Frije Socialist". Ein Redaktionsrat von alten Vrije-Leuten und sehr aktiven Delegierten von "Recht voor Allen" erledigten das Lay-Out der empfangenen Texte; alles was kam, sollte veröffentlicht werden. Als jedoch die Masse der eingegangenen Schriftstücke die Redaktion zur Aussonderung zwang, führte die Ablehnung eines "schlechten" Beitrags zu einer Auseinandersetzung über dessen ideologischen Inhalt. Am 22. und 23. April 1972 forderten die "Gewaltlosen" eine Diskussion über das Funktionieren der Redaktion und der Federatie; unter ihrem Druck verschwand der größte Teil der alten Vrije-Redaktion. Sie waren nicht auf der Versammlung und wurden innerhalb einer Minute hinausgeworfen, ohne selber darüber informiert zu werden. Die Basis für das alternative Blatt "De As" war gelegt. Redaktionssekretär Albert Ledder, der sich zu sehr für historisch-materialistische Theoriebildung eingesetzt hatte, wurde durch den "neutralen" unbekannten Bertus Turk ersetzt. Der Kongreß beschloß die Herausgabe von "Anarcho-Info", als internes Vierteljahresblatt, das "De Vrije Socialist" von weniger interessanten Mitteilungen entlasten sollte und Berichte von örtlichen Aktionen enthalten sollte.
Weiter wurde die Einrichtung eines Föderationsrates beschlossen, an dem auch die Funktionäre teilnehmen sollten; hier sollten nicht-prinzipielle Haushaltsangelegenheiten behandelt werden. Außerdem dachte man zum ersten Mal an einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch unter den einzelnen Gruppen, aber aufgrund der Eigenart der Federatie wurde daraus nichts.
Die Organisation der Federatie kam aus diesem Kongreß Ostern 1973 gestärkt zum Vorschein; die örtlichen Gruppen hatten durch ihre Delegierten im Federatierat eine direkte Bindung zum Landes-Sekretariat, welches zur Aufgabe bekam, Richtlinien für eine anarchistische Propaganda auszuarbeiten. Das Sekretariat legte vor allem Gewicht auf theoretische Schulung, damit die Propagandisten sich mit bürgerlichen und marxistischen Wissenschaftlern messen konnten. Es gab jedoch Beschwerden darüber, daß die Organisation zu zentralistisch aufgebaut war und zu wenig Raum ließ für Aktionen auf örtlicher Ebene und für Solidarität mit direkten Aktionen in den Gruppen, die von "zu geringem theoretischen Niveau waren". Dem Sekretariat zufolge konnte erst auf Landesebene entschieden werden, mit welcher Aktionsform sich Anarchisten solidarisieren sollten. Leider fiel die Opposition hiergegen mit persönlichen Konflikten und einem alten Streit in Amsterdam zusammen, so daß das Sekretariat wenig Kompromißbereitschaft zeigte.

Im Dezember 1974 wurde die Federatie gebeten, ihre Solidarität zu bezeugen mit einer Gruppe in der "Rode Hulp", welche von verschiedenen politischen Standpunkten Hilfe gegen Repression leisten wollte, - ein Pendant zur deutschen Roten und Schwarzen Hilfe, die Unterstützung und Gegeninformation gaben über die vielen Menschen, die im Zusammenhang mit der RAF-Fahndung verhaftet worden waren. Innerhalb der "Rode Hulp" gab es einen Streit zwischen einer maoistischen Abteilung in Amsterdam und einer autonomen Gruppierung im Süden und Osten. Der Federatierat beschloß am 14.12., die letzteren moralisch zu unterstützen und beauftragte den Sekretär, dies mitzuteilen; der Sekretär jedoch weigerte sich nicht nur, sondern nahm auch mit den Maoisten Kontakt auf, woraufhin er in einer Federatiesitzung in Groningen abgesetzt wurde. Eine Aktionsgruppe in Groningen übernahm nun das Sekretariat, wurde aber ihrerseits öffentlicher Solidarität mit der RAF und dem 2.Juni beschuldigt, obwohl die ganze Federatie (auch die Unterstützer der "Rode Hulp") absolute Solidarität mit der deutschen Stadtguerilla abgelehnt hatte. Es gab wohl Proteste gegen die Isolationsfolter, bei denen auch einige Mitglieder die Losung "für einen bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus" unterschrieben hatten.
Die beiderseitigen Verdächtigungen vergifteten die Atmosphäre derart, daß der Zusammenhalt der Federatie immer geringer wurde. Mitglieder der Abteilung Amsterdam glaubten sich vor anderen Abteilungen schützen zu müssen, indem sie bei der Polizei Erklärungen deponierten, in denen sie sich von bewaffneten Aktionen distanzierten; Mitglieder der Utrechter und Groninger Abteilungen weigerten sich prinzipiell, einem Landeskongreß im Mai beizuwohnen, der zur Versöhnung führen sollte, der ihnen aber von Amsterdam gelenkt schien. Das Landessekretariat in Groningen, das auch die Redaktion von De Vrije Socialist unter sich hatte, funktionierte nicht mehr und die zeitung erschien ein halbes Jahr nicht.
Im Sommer 1975 zogen sich die Arbeitsgruppen Utrecht und Leeuwarden ohne Kommentar aus der Federatie zurück. Im September erlitt das Groninger Sekretariat eine Niederlage, als es das "Anarcho-Info" zu seinem Organ machen wollte und in dem nicht jeder zugeschickte Artikel veröffentlicht werden sollte; im Anschluß trat die Gruppe aus der Federatie aus. Diese wurde für einige Zeit eine westniederländische Angelegenheit und gewann etwas an Kraft, weil sie nun gegenüber der Stadtguerilla einen konsequent ablehnenden Standpunkt einnehmen konnte



Nach einer Protestaktion von ONKRUIT gegen U-Boot-Lieferungen nach Indonesien bei der Rotterdamschen Droogdok Maatschappij

ohne sogleich polemisch zu werden. Eine tiefgehende Analyse der autonomen Basisbewegungen in Frankreich und Italien und der zeitweilig arbeitenden Betriebskmmandos NAPAP hätte vermutlich zu weiteren Rissen geführt.

Die Geschichte der Federatie war nun nicht mehr die Geschichte der anarchistischen Bewegung. Ein neues Aufleben schien sich durch Zuwachs aus dem Süden zu ergeben, wo eine Arbeitsgruppe in Eindhoven Ende 76 einen Bakunin-Kongreß organisierte, zu dem 150 Teilnehmer erschienen. Der Landessekretär Andre van Wonderen aus Beverwijk, zeichnete sich durch große Toleranz für alle Initiativen der örtlichen Gruppen aus, legte aber im November 76 sein Amt nieder mit der Begründung, er sei Rätesozialist geworden. Einen Haushaltskongreß hat es seitdem nicht mehr gegeben. Die Federatieräte hatten keine Funktion mehr, wurden oft nur von 4 oder 5 Delegierten besucht und 1978 erschien niemand mehr. Eine Erklärung hierfür war, daß die wichtigsten anarchistischen Aktivisten andere Organisationen gebildet hatten, die mehr auf begrenzte Aktionsziele gerichtet waren: 1977 wurde ein Anti-Wahl-Komitee gegründet, das nach den Parlamentswahlen weiterarbeitete und immer noch Treffpunkt der örtlichen antiparlamentarischen Gruppen ist. Die antimilitaristische Vereinigung "Onkruit" ruft unsere Kameraden fortwährend zu örtlichen und nationalen Kampfaktionen gegen das militärische System und zur Solidarität mit den gefangenen Totalverweigerern auf. Im "Onafhankelijk Verbond van Bedrijsorganisaties" bemühen sich viele Kameraden um die Basisorganisation der Arbeiter. Für sie alle ist die Funktion der Federatie ein Abstraktum geworden.

Im Sommer 77 stellte der internationale Sekretär sein Amt zur Verfügung, weil er es schon sechs Jahre innegehabt hatte und nun seinen Aufgaben allein nicht mehr gewachsen war. Es war inzwischen ein Wildwuchs internationaler Kontakte entstanden, der koordiniert werden mußte. Weil niemand das Sekretariat alleine übernehmen wollte, versuchte man, alle Korrespondenten in einer Arbeitsgruppe zusammenzufassen, deren Mitglieder je ein Land übernahmen. Die Institutionalisierung dieser Gruppe in der Federatie gelang nicht: der Nachfolger von Andre van Wonderen erklärte, daß aufgrund mangelnden Interesses an der Federatie keine nationale Kontaktadresse mehr bestehen sollte.
Auf dem Pfingsttreffen in Appelscha 1978 stand das Funktionieren der Federatie auf der Tagesordnung. Einige männliche Funktionäre wurden in der Debatte über die anarchistische Frauenbewegung damit konfrontiert, daß sich anarcha-feministische Gruppen absolut weigerten, sich der Federatie anzuschließen, was ihnen die letzten Illusionen über den Charakter der Federatie zerstörte. Die einzig mögliche Konsequenz war das Absterben der Organisation, weil sie keine Unterstützung sondern ein Hindernis für die anarchistische Bewegung geworden war...

Welche Lehren können wir daraus ziehen? In der Kongreßmappe befindet sich ein Artikel von Hyr.Bosch (Pseudonym von Arthur Lehning),der ausdrücklich darauf hinweist, daß die Organisation von Anarchisten nicht auf der Grundlage einer Idee geschehen muß, sondern auf der Grundlage der Erfordernisse der direkten Aktion, die die Organisation des Proletariats zum Ziel hat. Ich glaube, daß sich Organisationen von Anarchisten spontan an Modellen a la Malatesta oder Mühsam oder auch an der Arschinoff-Plattform ausrichten werden, je nach den Forderungen der revolutionären Basisbewegung.(...) Anarchisten tauschen auf Treffen keine individuellen Ideen aus, sondern Erfahrungen und versuchen von daher zu einer allgemeinen Idee zu kommen. Für mich ist Theoriebildung immer gleich mit Bericht, Geschichtsschreibung oder Journalismus.

Die anarchistische Bewegung ist in den Jahren von 1969 bis 79 gereift und gewachsen, ihre Organisation war allerdings 1969 noch nicht in der Lage, die neuen Anstöße zu verarbeiten, aber die inneren Diskussionen haben den engen Gesichtskreis erweitert und der Bewegung eine Richtung gegeben. Man hat sich aber zu lange vorgegaukelt, Landeskongresse von Vereinigungen, Delegiertenkonferenzen wären die höchste Form der Organisation. Teilnehmer dieser Kongresse sahen die Praxis und verließen nicht nur die Kongresse sondern auch die Bewegung. Die Organe der Federatie waren spätestens seit 1975 nicht mehr die der Bewegung.

Wenn der kommende Kongreß ein Verlangen nach neuen Kontakten zum Vorschein bringen sollte, dann müßte man sich an den Bedürfnissen der Basis ausrichten und verhindern,daß die Treffen ein Eigenleben entwickeln. Mögen sich die Beteiligten der formellen Versammlungskultur enthalten, die eine bürgerliche Kultur ist und die Illusionen weckt über Entscheidungsrechte, die es nicht gibt. Denn die wahren Entscheidungen werden in den Fabriken,in den Nachbarschaften und auf der Straße getroffen.

Übersetzung: Evi Holtendorp

AG ANARCHIE/BASISDEMOKRATIE IN NRW:

Am 14./15.5. fand nach Dortmund das zweite Treffen in Wuppertal statt. Gegenüber dem 1. Treffen gab es eine Reihe von Unterschieden: Es fanden dank konkreter vorgeschlagener Diskussionspunkte viele intensivere Gespräche statt, es kamen mehr als nach Dortmund und wir hatten uns mehr Zeit genommen; also alles positive Dinge. Es wurde in zwei Gruppen diskutiert: eine war inhaltlicher Art und eine formal/organisatorischer Art. Die inhaltliche Diskussion hat vorerst keine allgemeinen Ergebnisse gebracht, was vielleicht daran lag, daß besonders das Kinder- und Jugendprogramm der "Indianerkommune", das demnächst in den Grünen durchgebracht werden soll, diskutiert wurde.
Organisatorisch kam die andere Arbeits- und Diskussionsgruppe zu dem Ergebnis, die Arbeit zu dezentralisieren (Schwerpunkt auf örtlichen und regionalen Arbeitskreisen). So hat die Landes AG jetzt zwei Ebenen: Einmal landesweit (Plenum alle 3 Monate) und einmal zwei Regionen(Ruhrgebiet und Rheinland/Bergisches Land; Treffen und Plenum häufiger und nach Bedarf). Bei weiterer Ausdehnung der Arbeit und Teilnahme von noch mehr Leuten wurde weitere Dezentralisierung bis auf die örtliche Ebene angeregt. Trotz längerer kontroverser Diskussion wurde vereinbart, den Status einer Landesarbeitsgemeinschaft NRW der Grünen zu behalten bzw. zu installieren.
Bemerkenswert scheint mir noch zu sein, daß (im Gegensatz zu Dortmund) die kritische Einstellung zu den Grünen als Partei zugenommen hat. Eine ganze Reihe von Leuten sympathisieren zwar mit den Grünen, orientieren sich aber (wenn oft auch nur vage) am Anarchismus. Das ist eigentlich erstaunlich, denn Zugehörige zu "alten" libertären Zusammenhängen (Anarchosyndikalisten, Mackay-Individualisten, Graswurzler und Autonome) waren anwesend, bilden aber nur eine Minderheit. Erstaunlich also auch das Desinteresse der Anarchisten aller Richtungen, obwohl es dazu keinen Grund gibt, denn z. B. steht die Arbeitsgemeinschaft allen Interessierten offen, auch Nichtgrünen und gar solchen, die die Grünen als Organisations- und Politikform ablehnen. Wie allerdings die Leute, die nach Wuppertal gekommen waren - egal mit welcher Einstellung und Organisationshintergrund - miteinander (zuweilen kontrovers) diskutiert haben, läßt mich hoffen, daß hier sich etwas entwickelt, wozu die meisten "alten" Libertären auch nicht annähernd bis heute in der Lage waren.

Peter Walter, Köln



AUßERORDENTLICHER KONGREß DER CNT

(Zusammengestellt von Franz-Josef Marx/Wolfgang Haug)

Vom 31.März bis zum 3. April fand in der "Casa Municipal de la Cultura" in Torrejon de Ardiz bei Madrid (in unmittelbarer Nachbarschaft zur wichtigsten spanischen NATO-Base) der themenorientierte Kongreß statt, auf dem die Frage entschieden werden sollte, ob die CNT in Zukunft an Betriebsratswahlen teilnehmen wird oder nicht.
500 Delegierte aus 208 Einzelgewerkschaften bestätigten ihre ablehnende Haltung dieser Betriebsratswahlen und für die Zukunft mit einer 60% igen Mehrheit. Ausschlaggebend war die Auffassung, daß Betriebsratswahlen zu einem "statischen Syndikalismus" führen würden, d. h. die CNT würde sich den anderen Gewerkschaften wie CCOO (kommunistisch gelenkt) und UGT (sozialistisch) anpassen. Daher weist die CNT die Methode der Wahlen zurück.
Nach dem Wahlsieg der spanischen Sozialisten wird ein Gesetz vorbereitet, das die "gewerkschaftliche Freiheit" absichern soll. Die CNT bereitet für diese neuen Bedingungen eine breite Propagandakampagne gegen Betriebsratswahlen und für ihr Verständnis von gewerkschaftlicher Freiheit vor.Wichtigster Punkt ist der Kampf für die Wiederbelebung der "Versammlungsbewegung", die es erlauben würde die gesamte Belegschaft eines Betriebes in Arbeitskämpfe oder Tarifauseinandersetzungen miteinzubeziehen.
Die CNT erklärt, daß der Widerspruch zwischen der "Versammlungsbewegung" und der "Gewerkschaft" kein wirklicher Widerspruch sei; sie will nach der Maxime handeln: "Versammlung ohne Gewerkschaft ist steril; Gewerkschaft ohne Versammlung ist Bürokratie."

Kurzmeldungen



ANTIMILITARISTISCHE TERMINE:

Aufruf zu süddeutschen Aktionskonferenz am 4./5. Juni in ULM

Ziel: die Vorbereitung der Friedens-Aktionswoche und der Volksversammlung im Herbst 83.
Die Zeit drängt, die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles muß verhindert werden. Eine bundesweite Aktionswoche vom 15.-22.10. soll den Widerstand in einem solchen Grad sichtbar machen, daß der Bundesregierung die Zustimmung zur Stationierung unmöglich erscheint. Themenbezogene Aktionstage sollen die Vielfalt der Bewegung in dezentralen gewaltfreien Aktionen und Protestkundgebungen verschiedenster Art wiederspiegeln. Die Ausgestaltung der örtlichen Aktivitäten ist Aufgabe der Initiativen. Abschluß der zahlreichen Einzelaktionen bilden drei Großaktionen, von denen eine im süddeutschen Raum stattfinden soll.
Kontakt: "Ohne Rüstung leben", Kornbergstraße 32, 7000 Stuttgart

Voraussichtlicher Ablauf der Aktionswoche im Oktober in Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche:

Sa, 15.10.: Dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden
So, 16.10.: Widerstandstag der Kirchen
Mo, 17.10.: Widerstandstag der Frauen
Di, 18.10.: Antimilitarismus-Tag und Tag der internationalen Solidarität
Mi, 19.10.: Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, sozialen Einrichtungen und Landwirte
Do, 20.10. Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen
Fr, 21.10.: Widerstandstag der Parlamente, Stadträte, Verwaltung und Parteigruppen (äh?werwowas?)
Sa, 22.10.: 3 parallele Großaktionen
- Volksversammlung für den Frieden in Bonn
- in Nord-und in Süddeutschland

Ähnliche Aktionen werden im Oktober in den USA (8./9./10.Okt.), Belgien, Italien, Großbritannien, Österreich, Nicaragua, Dänemark (22./23.10.) und den Niederlanden (29.10.) stattfinden!

***

ES GIBT WICHTIGERE DINGE, ALS MIT DIESEM AMERIKANER ZU FEIERN !

Am 25.Juni kommt US-Vizepräsident Bush zur Philadelphiade nach Krefeld. Anlaß dieser Feier ist der 300 ste Jahrestag der "Auswanderung" von 13 Krefelder Familien nach Philadelphia. In den Darstellungen Krefelder Medien wird dabei verschwiegen oder verschleiert, daß es sich bei den Familien um eine religiöse Minderheit mennonitischen Glaubens handelte, die durch die Obrigkeit zur Flucht getrieben wurde. Schon dies ist für uns kein Grund zum Feiern.
Außerdem wird Bush als ein Repräsentant sowohl amerikanischer Hochrüstung um jeden Preis als auch amerikanischer Unterdrückungs-und Vernichtungspolitik in Lateinamerika ("Lateinamerika ist der Vorgarten Amerikas..."; R.Reagan) die Philadelphiade zum Anlaß nehmen, den anderen Krefelder Appell zu verkünden.
Im Aufruf des Krefelder Arbeitskreises Frieden wird zu einer Großdemo und Kundgebung und zu phantasievollen Aktionen in der Innenstadt am 25.6. aufgerufen. Beide Formen finden wir wichtig, um unseren Widerstand Ausdruck zu verleihen. Daher soll dieses Papier nicht als Konkurrenz zum offiziellen Aufruf verstanden werden, es soll lediglich eine Ergänzung sein. Wir glauben, daß wie wir viele Leute Lust haben, mit phantasievollen Beiträgen am Ort über die Hintergründe dieser Feierlichkeiten aufzuklären und den festlichen Rahmen zu beleben.
Zu folgenden Themenbereichen fällt euch bestimmt viel ein:
-Indianer
-Lateinamerika
-american way of life
-Pershing
-Rassendiskriminierung
-Multis und Hunger

Als gemeinsame Aktion auf dem Theaterplatz während der Bush-Rede stellen wir uns vor: wenn Bush anfängt zu reden, fallen wir alle um oder machen einen Höllenlärm.

Kontaktadresse (Anmeldungen etc.):
AG Phantasievolle Aktion
Karlsplatz 25
4150 Krefeld
Tel. 02151/72691

***

Veranstaltung mit Arthur Lehning

Die "Internationale der Kriegsdienstgegner" (IDK) Berlin im Libertären Forum plant eine Veranstaltung mit Arthur Lehning, einem alten Anarcho-Syndikalisten und Herausgeber der Bakunin-Enzyklopädie am Institut für Soziale Geschichte in Amsterdam und hat schwedische Syndikalisten der SAC nach Deutschland eingeladen. Wer an diesen Veranstaltungen Interesse hat - womöglich an anderen Orten selber welche durchführen will - melde sich bei der IDK, Cranachstr. 7, 1 Berlin 41,Tel.: 855 4032 .

****

Strategie des gewaltfreien Anarchismus

****

Vorschlag zur gegenwärtigen Diskussion in gewaltfreien Aktionsgruppen.
Auf 48 Seiten Stellungnahmen zu Autonomen/Militanten, DGB und SPD, DKP und Grünen, christlichen Basisgruppen und unabhängigen Friedensgruppen. Und natürlich grundsätzliches zur Gewaltfreiheit, sowie zur Stellung von Anarchisten innerhalb gewaltfreier Aktionsgruppen.
Preis: 3,- DM + Porto (in Briefmarken beilegen)
Bezug: Reinhard Treu, Trübnerstr.16, 6900 Heidelberg.

****

5.Internationales Kommunefestival in Schottland vom 26.8. bis 5.9.1983.

Kommunen aus der ganzen Welt feiern und tauschen sich aus. Bisher fanden Treffen in Schottland, Dänemark, Israel und Belgien statt. Für das diesjährige Kommunefestival werden folgende Themen vorgeschlagen: Antipsychatrie, Kommuneleben, alternative Technologie, 3. Welt, alternative Siedlung, Arbeitercooperativen.
Kontaktaddresse und Bezug von Newsletters: Laurieston Hall, Castle Dougles, Kirkludbrightshire, SW Scotland.

***

SUCHANZEIGE:

Im November hat der WDR im Hörfunk ein zweiteiliges Mühsam-Portrait ausgestrahlt. Der zweite Teil wurde am 27.11.82 gesendet; speziell diesen, sucht Holger Jenrich, Auf dem Weidkamp 4, 4670 Lünen. Wer hat die Sendung mitgeschnitten? (Würde auch den SF interessieren!)

DEUTSCHE ANARCHISTEN



IM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG

zusammengestellt von Wolfgang Haug

Im Schwarz-Roten-Kain-Kalender 1983 erschien ein kurzer Auszug aus einem Rechenschaftsbericht der Gruppe DAS (Deutsche Anarchosyndikalisten) im Spanischen Bürgerkrieg. Das Dokument richtete sich an die CNT-FAI und an das Verteidigungskomitee italienischer Anarchisten, die eine eigene Miliz an die Aragon-Front geschickt hatten. Es ist erhalten im Archiv Berneri (der italienische Anarchist Camillo Berneri wurde bei den Maiunruhen 1937 in Barcelona von kommunistischen Italienern ermordet) in Pistoia; dieses Archiv ist zugänglich und wird von dem Genossen Aurelio Chessa verwaltet.

Der Bericht datiert vom 14.September 1936, also unmittelbar nach dem Beginn des Generalputsches am 19.Juli.In ihm wird die 1.Phase der Revolution, die in Katalonien ganz im Zeichen der Anarchisten stand, beschrieben.

Nach den Maiunruhen 1937 (Barrikadenkämpfe in Barcelona nach kommunistischer Provokation) veränderte sich das Bild schlagartig; die Kommunisten hatten eine Geheimpolizei gebildet und nahmen willkürliche Verhaftungen vor; die Stimmung wurde von Unsicherheit geprägt, die Anarchisten verloren auch in ihren Hochburgen die Kontrolle über diese Entwicklung. Im Anschluß an das frühe Dokument folgt deshalb eine Zusammenstellung von Informationen zur Situation einiger Deutscher nach den Maiunruhen.

BERICHT ÜBER DIE AKTIVITÄT DER GRUPPE D A S IN DEN MONATEN JULI UND AUGUST 1936

Barcelona,14.9.1936

Am 19.Juli bestand die Gruppe DAS aus 11 Genossen, alle bereits Anarchisten vor ihrer Ankunft in Spanien; 7 davon gehörten verschiedenen Gewerkschaften der CNT an; dieselbe Gruppe war der FAI bereits zu Untergrundzeiten beigetreten. Seit den Anfängen der Straßenkämpfe Barcelonas trafen sich die Genossen der Gruppe auf der Straße. Einige arbeiteten am Aufstellen der Strassensperren mit, andere beschafften sich Waffen und kämpften teilweise in wichtigen Gefechten mit. Nach dem Sieg von Barcelona marschierten 3 Genossen in Richtung der Front von Aragon.

Für die gesamte Gruppe begann eine Zeit der großen Aktivität. Die Gruppe überfiel 3 Zentren der Nationalsozialisten, d.h. der "Arbeiterfront" (Gewerkschaft der Nazis), den deutschen Club und die deutsche "Feuerstelle". Die Gruppe bemächtigte sich wertvollen Materials, aus welchem zu ersehen war, daß die Nazis ein Netz von versteckten Organisationen hatten, die im engsten Kontakt mit Spaniens reaktionärem Umfeld standen. In Spanien gab es nicht nur die "Arbeitsfront",sondern auch die NSDAP, die in Spanien seit Jahren offiziell aufgelöst war. Unter dem Namen "Hafendienst" versteckte sich eine gesamte Sektion der GeStaPo. Man vergewisserte sich auch, daß die deutsche Botschaft ihre Extraterrialität nicht nur zu Gunsten der Nazis seit langem ausnutzte, sondern auch zu Gunsten der spanischen Faschisten. Später bemächtigte sich die Gruppe verschiedener Dokumente, aus welchen zu er-

sehen ist, daß die deutsche Botschaft die Verladung hunderter spanischer Faschisten auf deutschen Schiffen organisiert hatte, sogar mit deutschen Pässen. Unter ihnen war der Erzbischof Vich, Juan Perello, von dem man glaubte, er wäre ermordet worden. Die Gruppe betrachtete es als ihr oberstes Ziel, dieses Material zu studieren, zu ordnen und journalistisch auszuschlachten, was gemacht wurde und auch weiterhin intensiv in den verschiedenen Auslandspressen fortgesetzt wird. Ohne die Aktivität der Gruppe DAS wären die Manöver der Nazis in Spanien nie bekannt geworden.



*** "Der deutsche Generalkonsul sollte Spanien verlassen, und im Hafen stand die "Deutschland", dieser Taschenpanzerkreuzer, den die Deutschen hatten. Wir standen am Kai im Hafen, und die ganzen deutschen Matrosen, die standen draußen in einer Reihe aufgestellt und warteten auf den deutschen Generalkonsul und sein Personal. Sie wollten schnell abfahren. Da sagte ich:"So schnell geht das nun doch nicht. Wir wollen erst mal sehen,was ihr in euren Koffern habt." Und dann haben wir von denen die ganzen Koffer durchsucht, und auf dem Schiff standen die Offiziere und photographierten mich da dauernd von oben runter, und das hatte dann zur Folge, daß ich direkt ausgebürgert wurde. Wir fanden dann auch eine Reihe von Material,was auch mit in dem "Schwarz-Rotbuch" ist. Ein Teil davon wurde beschlagnahmt, dann durften sie abfahren. Das war meine erste Arbeit."

Fred Schröder,15.2.1976 in Stockholm

(Fred und Maja Schröder, beide aus Kassel waren seit 1933 in Schweden; mit einem Passierschein Augustin Souchys kamen sie Anfang September nach Barcelona und schlossen sich der Gruppe DAS an; der Wunsch zur Front zu gehen, wurde wegen Schröders Sprachkenntnissen von Helmut Rüdiger (IAA/DAS) abgewiesen und so arbeiteten sie im Radio CNT, im Radio Valencia mit Willi Engels(DAS) und in den Pressediensten für Deutschland und Skandinavien. Das erwähnte "Schwarz/Rotbuch.Dokumente über den Hitlerfaschismus" erschien 1937 im Asy-Verlag in Barcelona.***

Die in diesem Sinn geleistete Arbeit der Gruppe hat ein enormes Welt-Echo gefunden. Im Laufe dieser Arbeit war es notwendig sehr viele Hausdurchsuchungen in Häusern von geflüchteten Nazis und verschiedenen Handelsbüros durchzuführen. Zwei unserer Genossen wurden für diese Arbeit vom Untersuchungskomitee der CNT beauftragt. Bei den durchgeführten Inspektionen wurde viel neues Material gefunden, um das bereits vorher gefundene zu vervollständigen. In seiner Gesamtheit ergibt das Material die Grundlage für ein gesamtes äußerst interessantes Kapitel in der Geschichte des modernen Faschismus in der Welt.

*** "Und in diesen Villen haben wir Sachen gefunden...also z.B. waren wir einmal in der Villa von Karl August Bender, einem bekannten Faschisten.(...) Nach der Durchsuchung wurden die Sachen aufgeschrieben und der Laden wieder zugemacht. Nachher wurde dann das Haus an jemanden übergeben, der gerade eine Wohnung suchte, zum Beispiel ein Emigrant. Mit allem, was da drin und dran war."

Fred Schröder ***

Die Gruppe erachtete es als ihr Recht, aus den verlassenen Nazi-Wohnungen abgesehen von Material, das der faschistischen Propaganda hätte nützen können, auch Gegenstände mitzunehmen, die für unsere Propaganda-Aktivität benutzt werden konnten, wie Schreibmaschinen, Büromaterial, Radioapparate und anderes, was für Frontsoldaten nützen konnte, wie Decken, Kleider, Brillen, Fotoapparate und Stoffe. Die Materialien wurden an die verschiedenen Revolutionskomitees verteilt und mit den Decken usw. wurden zwei Miliz-Gruppen ausgerüstet.

Unterdessen hat die revolutionäre Bewegung, hinter welcher bereits der größte Teil der Bevölkerung stand neue Sympathien gewonnen. Einige Kommunisten der Opposition in Deutschland schlossen sich uns an, einige als Mitarbeiter konkreter Aktivitäten, andere der CNT und der FAI im allgemeinen. Das Echo der Geschehnisse im Ausland zog verschiedene deutsche anarchistische Emigranten an, die sich der Sache zur Verfügung stellten. Weitere 3 Genossen der alten DAS-Gruppe und 6 andere, die neu dazugekommen waren, gründeten die "Erich Mühsam-Gruppe" der AGUILUCHES der FAI und gingen an die Front. Die anderen führten die organisatorische und kulturelle Arbeit der Gruppe fort.

Bereits seit dem 21.Juli erscheint ein "Deutscher Informationsdienst" des regionalen Komitees der CNT und der FAI, welcher von einem Genossen der Gruppe geleitet, repräsentiert





CNT FAI

DIE SOZIALE REVOLUTION

• F R O N T Z E I T U N G •

Nr. 5/6 — HERAUSGEGEBEN VON DEN DEUTSCHEN ANARCHOSYNDIKALISTEN DAS UND DEM NATIONALKOMITEE SPANIEN DER C N T - F A I — Februar 1937

Tod dem Faschismus!

Die soziale Lage Spaniens im Urteil einer Brasilianischen Zeitung

Die Zeitung "O Globo" in Buenos Aires veröffentlicht eine interessante Information über die Lage in Spanien seit dem 19. Juli. Sie sagt, dass in Madrid, Barcelona, Valencia, [illegible] in den übrigen nicht vom Faschismus beherrschten Hauptstädten die Militärerhebung im ersten Augenblick von den grossen Arbeitermassen niedergeschlagen wurde, die für die Losungen ihrer Organisationen begeistert auf die Strasse gingen. Die politischen Parteien reservierten sich die Leitung der siegreichen Volksbewegung, während tausende von Arbeitern ihr kostbares Blut an den Fronten vergossen, zu denen sie hatten ausrücken müssen, um die eroberten Positionen zu verteidigen und um den Vormarsch der Militärs aufzuhalten. Die Anstrengungen der Arbeiterklasse sind aber nicht umsonst gewesen: dank ihrer werden die Aufständischen in Schach gehalten, und werden den Krieg verlieren. Das Volk hat sich mit den gewerkschaftlichen Zentralen identifiziert und so die Revolution [illegible]

VANDALEN IN SPANIEN

Sie sind stolz darauf, Landsknechte fremder Tyrannen zu sein...

Trotz alledem!

Malaga ist gefallen. Der spanische Antifaschismus hat eine Schlacht verloren. [illegible]

und unterhalten wird, welcher in den letzten Wochen auch hin und wieder von anderen Genossen unterstützt wurde. Der Informationsdienst wird zweimal wöchentlich veröffentlicht, fünfmal in der Woche spricht dieser Genosse im Radio auf deutsch. Über diese Abteilung werden auch viele Informationen an die Auslandspresse weitergegeben.

Verschiedene Genossen arbeiten auch in der Kriegs-Abteilung der Milizen, Abteilung Zensur. Sehr viel Arbeit macht uns die Aufgabe, die deutschen Elemente in Barcelona zu kontrollieren, besonders jene Individuen, die der CNT beitreten wollen. Sympathisanten, Neutrale, jüdische Emigranten bitten uns um Dokumente jeder Art, um ihre Identität glaubhaft zu machen. Jeder einzelne Fall verlangt eine sorgfältige Untersuchung. Dafür benützen wir die Listen, die in den Nazi-Zentren gefunden wurden. Wir arbeiten in diesem Sinn eng mit der Seefahrer-Gewerkschaft zusammen, die viele verdächtige Ausländer verhaftete, und die Gruppe mußte in jedem Fall über die Verweisung etc. entscheiden. Viele Gewerkschaften näherten sich uns und baten uns um Informationen über gewisse deutsche Elemente oder riefen uns zur Inspektionen direkt in die Werften und Fabriken, wo Deutsche arbeiteten. Wir helfen den gutgewillten Deutschen und erreichen die Ausweisung der unerwünschten.

Am 7.August bemächtigten wir uns des Hauses und Grunds des Jüdischen Hilfskomitees von Barcelona, welches wir in ein "Internationales Komitee der antifaschistischen Einwanderer" umwandelten und welches dazu dienen soll, armen antifaschistischen Einwanderern aller Länder auf konstruktive Weise zu helfen. Im Vorsitz dieser neuen Einrichtungen hat die Gruppe DAS drei Abgeordnete. Den finanziellen Grundstock für diese neue Organisation erhalten wir von reichen Juden. Es wurde ebenso ein Haus der katholischen Kongregation für die Zwecke des Komitees vereinnahmt.

Die wirtschaftliche Frage seiner Mitglieder hat die Gruppe auf folgende Weise gelöst: Das Geld, welches die drei Genossen erhielten wird zu gleichen Teilen an die zwischen 12 und 15 wechselnden Genossen weiterverteilt, die für die Sache arbeiteten und denen Mittel für den Unterhalt fehlten, da sie, um sich der Gruppe zu widmen, ihre früheren Arbeitsmöglichkeiten verloren hatten.

Gerade jetzt ist von Seiten unserer Genossen eine andere Gruppe von "Milizen" gebildet worden, die in diesen Tagen an die Front abgefahren ist. Unter ihnen eine diplomierte Krankenschwester, die 17-jährige Erfahrung hat. Zwei Genossen der alten DAS-Gruppe wurden verletzt, einer ist beim ersten Angriff auf Saragossa verschwunden, und wir halten ihn für tot.

Vorschläge und Empfehlungen

Die Aktivität der Gruppe DAS in der ersten Periode der Revolution hat das Leben der Nazis in Spanien vollständig lahmgelegt. Jedoch ist das Netz der geheimen Verbindungen der Nazis noch nicht völlig zerstört worden, da uns gewisse diplomatische Erwägungen davon abhalten, sowie die Tatsache, daß wir bis jetzt die Pläne der Reorganisation der Nazis nicht ausreichend kennen. Aber es stellen sich bereits deutlich die Hauptlinien der zweiten Etappe heraus, in welcher sich die Zusammenarbeit der deutschen, russischen und französischen Genossen präzisiert. Wir müssen einen Verteidigungskampf gegen zwei Fronten verwirklichen, d.h. gegen die Spionage der Nazis und der anderen ausländischen faschistischen Elemente und gegen die Welle von ausländischen Sozialisten und Kommunisten, die man in Spanien beobachtet und welche eine enorme Gefahr für die anarchistische Entwicklung der Revolution darstellen.

Man muß ohne Zeit zu verlieren folgende Maßnahmen durchführen:

1. Die Kontroll-Stellung der CNT-FAI in Perpignan, Junqueras, Marselle, Paris und Toulouse verstärken und gut organisieren. Ununterbrochene Kommunikation mit diesen Punkten über das Mittel eines Spezial-Nachrichten-Dienstes.

2. Kontrolle und Überwachung der Bahnhöfe, Flughäfen und Häfen; permanente Kontrolle der Ausländer, welche ihren wirklichen Aufenthaltsort angeben müssen. Untersuchung der Luft-Kommunikation zwischen Deutschland und Spanien, Kontrolle der Korrespondenz und Benutzen dieser Resultate für unsere Arbeit. Wichtig ist die Überwachung der Grenzen. Es ist eine Schande und ein Skandal, daß in Port Bou jeder Reisende, der nach Spanien kommt, denken muß, daß sich das Land in den Händen der Marxisten befindet, weil sie das Kontroll-Monopol haben und ihre Diktatur ausüben.

3. Gründung ausländischer Komitees gegen den faschistischen Angriff

4. Kontrolle der Waffenlieferungen an die linke Volksfront

5. Strenge Kontrolle der Spanischen Botschaft in Paris

6. Die spanische Außenpolitik muß durch die Kontrolle der CNT-FAI gehen. All diese Maßnahmen sind notwendig, um unsere besondere Mission als Anarchisten in Katalonien und Levante zu Ende zu führen.Man muß alle Möglichkeiten der allgemeinen antifaschistischen Bewegung ausnützen, ...anstatt sie liegen zu lassen und den antianarchistischen Elementen zu überlassen, die versuchen die Bewegung für ihre eigenen Parteizwecke zu mißbrauchen.

****

Die geforderten Maßnahmen des DAS-Dokuments zeigen - neben deutscher Gründlichkeit - u.a. bereits den sich abzeichnenden Konflikt mit den Kommunisten, die vor allem durch die Waffenlieferung Moskaus in kontrollierende Positionen gekommen waren. Ihre Absicht, die Bewegung zu zentralisieren, verwirklichte sich zunächst auf dem Gebiet des Militärs. Die Ausgangssituation, die verändert werden sollte, beschreibt eine Flugschrift der "Grupo International" vom 12.2.37 (Frontgruppe bei der Kolonne Durruti an der Aragon-Front, unter der sich auch die DAS-Mitglieder befanden).
"In Spanien haben sich im Verlauf unseres Kampfes zwei Arten von Milizen herausgebildet, die heute allgemein betrachtet alle die Besiegung des Faschismus wollen,im Besonderen aber nach dem Siege ihre eigenen sozialen und politischen Absichten zu verwirklichen suchen. Der eine Milizkörper wird hauptsächlich von der UGT, den marxistischen und kleinbürgerlichen Parteien Spaniens und den marxistischen Internationalen Brigaden gebildet. Der andere, die Milicias Konfederales, ist hauptsächlich aus den Elementen der CNT und FAI zusammengesetzt.(..) Bisher war der wesentliche Unterschied zwischen den marxistischen und konföderalen Milizen, daß die ersten eine starke Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Soldaten vornahmen, die letzteren einer überstiegenen Anschauung von der Freiheit des Individuums nachhingen. Die konföderalen Milizen haben neben vielen Kämpfen ebenso zahlreiche Versammlungen durchgeführt, bei denen immer und immer wieder zum Ausdruck kam, daß der Delegierte der verschiedenen militärischen Einheiten zugleich auch der Vertrauensmann seiner Mannschaften war. Dieser Geist ist auch heute noch, nach der Anerkennung der "Militarisierung", durchaus ein lebendiger Faktor."
Mit dem Schlagwort "Militarisierung" kündigt sich die "Volksarmee" an, die nach alten militärischen Strukturen (und mit Politkomissaren aus den Reihen der Kommunisten) gebildet wurde, unter dem Anspruch, daß anstelle der spontanen Organisationsmilizen eine einheitliche antifaschistische Armee aufgebaut werden müsse. Die CNT-FAI unterstützte den Anspruch einer einheitlichen Armee, lehnte es aber ab, daß diese nach altem Militärdrill und mit Berufsoffizieren organisiert werden sollte. Die deutschen Anarchisten unterstützten diese Haltung in ihrer Zeitschrift "Die Soziale Revolution", die in Barcelona erschien. In der Nr.2 (11.1.37) druckte die Frontgruppe der DAS folgende "Resolution" ab:
"Die deutschen Genossen der Gruppe International, Columna Durruti, nahmen Stellung zu den Fragen der Militarisierung im Allgemeinen und in der Columna Durruti im Besonderen. Die Kameraden kritisierten,daß die Ausarbeitung der Richtlinien der Militarisierung in zu schwachem Kontakt mit der Front geschaffen wurde Sie betrachtet die bis jetzt vorliegenden Richtlinien zur Militarisierung als Provisorium und nimmt sie als solches an bis zur Herausgabe des neuen Militärkodex, dessen Schaffung sie schnellstens fordert,um den ewigen Zustand der Halbheiten zu beenden. Die deutschen Kameraden fordern die Betrachtung folgender Forderungen bei der Schaffung des neuen Militärkodex:
1. Keine Grußpflicht; 2. Gleiche Löhnung; 3.Pressefreiheit (Frontzeitung) 4. Diskussionsfreiheit; 5.Soldatenräte (auf eine Kompanie 3 Soldatenräte); 6. Kein Soldatenrat darf Kommandierender sein...etc." Die folgenden Forderungen bezogen sich alle auf die Soldatenräte; aber genau diese Demokratisierungsmittel für eine herkömmliche Armee wurden von den Anarchosyndikalisten derselben Frontgruppe für ihre Miliz abgelehnt. In den anarchosyndikalistischen Milizen, so heißt es, gebe es keinen Grund die Rechte der Soldaten gegen etwaige Kommandierende zu institutionalisieren, weil das Wollen beider dasselbe sei. Diejenigen Kräfte innerhalb der Grupo Internacional, die Soldatenräte fordern, werden als POUM-orientiert (linksmarxistische Partei) bezeichnet;d.h.wenn es sich um Deutsche handelte, so waren sie wie Ernst Galanty (nach Thalmann: Garlanty) Mitglieder der KPO oder anderer linksoppositioneller Organisationen. Die Anarchisten der "Grupo" auch die Deutschen, so z.B. Michel Michaelis, Heinrich Bortz, Mathias Stephani oder Anton Bönig lehnten dieses "ewige Theoretisieren der Deutschen und deren Verkopfung" ab. Gefordert und eingeführt wurden "delegados politicos": "Dieser politische Delegierte ist hauptsächlich eine Kontrollperson gegenüber einer kleinen Anzahl von militärischen Leitern, die der CNT bisher fremd oder nur sympathisierend gegenüber standen." Der politische Delegierte sollte auch jeder Fraktionsbildung entgegenwirken. In der "Grupo" gab es 4 solche Delegierte, für die Deutschen übernahm Michel Michaelis diese Funktion. Im "Wochenbericht" der "Grupo" vom 28.2. bis 7.3. zeigt sich, daß der "politische Delegierte" doch zumindest einmal neue Mitglieder und deren Bestrebungen im Auge behielt "Am Sonnabend, den 6.3., fand hier eine von der 2.Seccion einberufene Versammlung aller deutschsprachigen Kameraden statt, die zu einigen persönlichen Auseinandersetzungen, auf Grund politischer Meinungsverschiedenheiten, Stellung nahm. Aus dieser Versammlung ging hervor, daß einige Mitglieder der DAS wiederholt mit marxistischen Genossen in Streit geraten waren."U.a. hatte der DAS-Aktivist Oscar Zimmermann mit den Schweizern Paul und Clara Thalmann, sowie Heinrich Eichmann häufig Streit. In der Versammlung verhinderte Michel Michaelis als "politischer Delegierter" den Ver-

DAMUNT D'UNA TERRA

Vailet, et diuen que a les guerres
tan sols hi ha tristeses,
no s'hi guanya mai.
Damunt d'aquesta terra encesa
tot allò que és feble
vol ignorar els mals.

I en Maurici va escoltant
però segueix a terra sense fer-ne cas,
perquè uns altres li han dit tant
que la seva vida és patir sota el fang . . .

Recorda les raons que un dia
varen canviar el signe
d'aquell temps passat.
Ell ha marcat la teva vida
amb una ferida
que tu has de curar.

I en Maurici va escoltant
i pensa que ja sap el perquè dels mals.
Però se'n torna, està dubtant,
i altres veus ressonen també al seu voltant.

Vailet, no siguis anarquista
i vés a la conquista
de l'honor més alt,
que al teu costat tindràs la força
que ens porta a l'ordre
i ens permet la pau.

I en Maurici sap molt bé
que, si només dubta, poca cosa té.
En Maurici sap què fer,
trobarà els companys i sortirà al carrer.

Lluís Llach, 1948 in Verges (etwa auf der Höhe der mittleren Costa Brava) geboren, studierte nach dem Abitur Klavier und Gesang, später dann Wirtschaftswissenschaften in Barcelona. 1967 wird er Mitglied der „Setze Jutges", der „16 Richter", eine der wichtigsten frühen Formationen der „Nova Cançó". 1969 tritt er zum ersten Mal alleine auf. Der Erfolg ist überwältigend, und er wird schnell zu einem der bekanntesten und wichtigsten Vertreter des neuen katalanischen Lieds. Von 1970 bis 1973 bekommt Llach Auftrittsverbot und geht ins Ausland. Er singt in diesen Jahren u. a. in Frankreich, der Schweiz, der Bundesrepublik und Südamerika. Doch auch auf der Iberischen Halbinsel bleibt die Popularität seiner Lieder und politischen Lyrik ungebrochen. In den Jahren 1975 bis 1978 werden von dem Katalanen Lluís Llach jährlich etwa eine halbe Million Platten verkauft – die höchste Zahl für ganz Spanien.

Auf dieser Erde

Mein Junge, man sagt dir, daß Kriege
immer nur Trauriges bringen,
daß man niemals gewinnt.
Auf dieser brennenden Erde
will alles, was ohne Kraft ist,
das Übel ignorieren.

Und Maurici hört weiter zu,
bleibt aber sitzen und kümmert sich um nichts,
weil ihm andere so oft sagten,
er sei dazu bestimmt, sein Leben im
Dreck zu verbringen.

Erinnere dich an die Dinge,
die eines Tages die Zeichen
jener vergangenen Zeit veränderten.
Das hat dein Leben gezeichnet
mit einer Wunde,
die du jetzt ausheilen mußt.

Und Maurici hört weiter zu
und denkt, daß er den Grund des Übels kennt.
Doch er kehrt um, er zweifelt,
denn auch andere Stimmen hört er neben sich:

Mein Junge, sei kein Anarchist,
erober' dir
die allerhöchsten Ehren,
an deiner Seite wird die Macht sein,
die uns die Ordnung bringt
und uns den Frieden schenkt.

Aber Maurici weiß genau,
daß zweifeln allein ihm wenig einbringt.
Maurici weiß, was zu tunt ist:
Er wird seine Genossen suchen und auf
die Straße gehen.

such der Opposition eigene politische Propaganda nach außen machen zu dürfen. Darauf verließen 9 Mitglieder (die beiden Thalmanns, Galanty, Eichmann, Georg Gernsheimer, Karl Brauer, Hans Wieland, Armin Walter und der Parteilose Willi Josef) die Frontgruppe. In den Erinnerungen der Thalmanns liest sich das ganze folgendermaßen: "Michaelis wollte seine Autorität stärken und holte sich aus Barcelona einen versierten anarchistischen Theoretiker, um unsere Kritik zu entschärfen. Die dauernden Niederlagen gegenüber den Francotruppen, der Fall Malagas, der sich mitten in unserer Diskussion ereignete, gaben den Debatten einen immer herberen Charakter. Eines Tages lud uns Michaelis vor und erklärte uns, so könne das nicht weitergehen.(...) 15 Mitglieder der Hundertschaft beschlossen, gemeinsam die Front zu verlassen. Michaelis war mit dieser Entscheidung sehr zufrieden und bereitete unserem Abmarsch keine Schwierigkeiten.(...) Willi Josef, Heiri Eichmann, Armin Walter und einige andere hatten die Nase voll und entschlossen sich, Spanien zu verlassen; einige andere traten in ein sogenanntes "Todesbataillon" der Anarchisten ein."

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die reale Macht in Barcelona bereits sehr zugunsten der Kommunisten verändert. Thalmann beschreibt: "Die führende Rolle der CNT in den Betrieben wurde Stück für Stück abgebaut und kommunistischen Instanzen untergeordnet.(...)Die Machtbefugnisse der lokalen Komitees wurden mit allen Mitteln beschnitten.(...)Die vormals dominierende FAI und CNT waren völlig in die Defensive gedrängt, die bislang ungehinderte freie anarchistische Presse sowie das Organ der POUM "La Batalla", sahen sich der strengen Regierungszensur unterstellt und erschienen jetzt öfters mit weißen Stellen. Die Atmosphäre der Stadt war wie ausgewechselt.(...)Mit Erbitterung mußten die Milizionäre der FAI, der CNT und der POUM die frischgebackenen Offiziere der "Volksarmee" in ihren adretten Monturen herumstolzieren sehen."

Die Wende hatte auch Auswirkungen auf die DAS-Gruppe: nach den Maiunruhen 1937 wurden Linksradikale unter dem Vorwand, es handle sich um "Faschisten, die den Maiaufstand initiiert hätten", verhaftet und verschwanden oft einfach für immer.

Fred Schröder: "Wir hatten ein eigenes Restaurant dort, also unsere deutsche Gruppe. Das Restaurant nannten wir übrigens die "Suppenschmiede". Eines schönen Tages hatten die Kommunisten, oder besser gesagt die Polizei (die vorher in die KP eingetreten war,A.d.Z.), das ganze Restaurant abgesperrt, ohne daß wir im Innern etwas davon merkten. Die ließen alle von unseren Kameraden rein, und wenn sie rauskamen, wurden sie an der nächsten Straßenecke verhaftet. Auf diese Weise wurde fast die gesamte Gruppe DAS, unter anderem meine Frau und ich, sowie Willi Paul (auch aus Kassel) verhaftet."

Alle drei kamen wieder frei, die Schröders sofort, weil Maja einen gültigen schwedischen Paß hatte und Willi Paul nach 3 Monaten, weil sein CNT-Ausweis auf den 5.Mai datiert war und er somit nach den Maiunruhen CNT-Mitglied geworden war.

Willi Paul: "Der Prozeß hat im Modelo-Gefängnis stattgefunden. Ich bin dann entlassen worden und habe mich bei dem Regionalkomitee der CNT gemeldet. Ich bin dann zu einer CNT-Bauarbeitergruppe gekommen und habe in Barcelona Unterstände gebaut. Nach zwei, drei Wochen bin ich dann mit Paul Sammel übereingekommen: Wir gehen zur Front.(...)Dann sind wir vom CNT-Regionalkomitee zur Division Ascaso über Lerida nach Tartienta an der Aragon-Front gefahren. Die Bewaffnung war sehr schlecht."

Die Anarchistin Julia Alino (1934 nach Spanien emigriert; Angestellte bei der CNT): "Und dann wurde ich von diesen Leuten in ein Privathaus gebracht. Das war eine Villa, die früher einem Grafen gehört hatte(..), da kam ich rein, unter strenger Bewachung.(...)Am nächsten Morgen sollten wir weggebracht werden in ein anderes Tscheka-Gefängnis. Dadurch kamen alle Gefangenen auf dem Hof zusammen und konnten sich sprechen. Und es stellte sich heraus, daß einige Frauen in dem Gefängnis waren(...), da habe ich denen gesagt: "...Wenn wir abtransportiert werden, da schreien wir dermaßen, daß sie es nicht wagen können, uns in ein anderes Tscheka-Gefängnis zu bringen, das unbekannt ist.(...)Und statt der Wagen dann so gefahren ist, ist er abgebogen, und wir wurden ins normale Frauengefängnis gebracht. Das war meine Rettung."

Die Direktorin des Frauengefängnisses (POUMistin) ließ Julia Alino frei; diese Doppelherrschaft - je nach Mitgliedsbuch - kennzeichnete die Situation einige Monate; Peter Blachstein (POUM-und SAP-Mitglied, BRD-Botschafter in Jugoslawien von 1968-69) wurde verhaftet, mußte aber wegen TB in ein Sanatorium gebracht werden:

"Auf dem Hause wehte noch die schwarz-rote Fahne, und ein bärtiger Mann, der nicht sehr gepflegt aussah begrüßte mich mit "Genosse", zeigte auf die Polizisten und sagte: "Die dürfen das Haus nicht betreten. Wenn die ins Haus kommen,(...)schmeiße ich sie raus.(...)Und dann sagte er: 'Merk dir eins: In Spanien ist das so, ein Gefangener ist immer ein prima Kerl. Und die Polizisten, die ihn bewachen, sind Lumpen."

Trotz dieser grundsätzlichen Einstellung vermochten die Spanier den Verhaftungen wenig entgegenzusetzen.

"Die Tscheka-Gefängnisse sind vollkommen unbekannt gewesen. Die waren ja, wie gesagt, meistens in Villen untergebracht, in irgendwelchen Geheimgebäuden. Die Regierung hatte keinen Zutritt zu diesen Gefängnissen und keine Kontrolle über sie.(...) Praktisch war es so, daß die Leute, die verhaftet wurden in diesen Geheimgefängnissen gesessen haben. Dann kamen sie entweder in ein Gefängnis, z.B. in Valencia war eine gewisse Zentrale, da wurden die Elemente hingebracht, an denen die KP hauptsächlich interessiert war. Zum großen Teil waren es Ausländer. Ausländische Anarchisten waren die ersten, die gefangen wurden..." (Julia Alino)

Beim Versuch auszureisen wurden auch die Thalmanns verhaftet: "Vor einem großen Gebäude unweit des Hafens wurden wir ausgeladen und

durch einen Korridor auf eine Terrasse im Hinterhof geführt. Dort marschierte rauchend und leise flüsternd ein Dutzend Leute umher. Mit Erstaunen und gemischter Freude erkannten wir Michel Michaelis und eine Anzahl seiner Kameraden aus Pina. 'Ah,seid ihr auch hier angekommen,' begrüßte uns Michaelis lakonisch. 'Wer hat denn euch verhaftet?' fragten wir zurück. 'Die Russen, die GPU, wir sitzen hier schon seit 8 Tagen ohne Verhör. Es sind mindestens 300 Gefangene im Haus(...)Wenn uns die FAI nicht herausholt, kommen wir nie frei."
Um dies zu erreichen mußte die FAI informiert werden; der erstaunte Thalmann berichtet: "...entstand Lärm im Flur. Die Tür zur Terrasse wurde aufgerissen, und ich sah Michel Michaelis, der sich mit einem Wachsoldaten herumzankte. Er wurde auf die Terrasse geschickt. Unter der Wachmannschaft war große Aufregung zu spüren, sie liefen wie aufgeschreckte Hühner umher, einige kamen an die Tür, um Michel wie ein Wundertier zu bestaunen. 'Was ist los?',fragte ich ihn. 'Ich bin ausgerückt und freiwillig wieder zurückgekommen, der wachhabende Trottel will das nicht wahrhaben!' - 'Freiwillig zurückgekommen?',meinte ich ungläubig. 'Gewiß, letzte Nacht vergaß die Wache, das Tor zur Garage abzuschließen, wir hätten alle abhauen können. Wir stritten uns die halbe Nacht, was wir tun sollen. Falls wir alle ausflögen befürchteten wir, daß die GPU gegen die zurückbleibenden Kameraden mit Repressalien vorgehen würde. Schließlich einigten wir uns, ich sollte allein verduften, das Nationalkomitee der FAI über dies hier bestehende Privatgefängnis ins Bild setzen und dann wieder zurückkommen. Ich war bei der FAI, sie sind dort jetzt orientiert über die "Puerta del Angel" und werden uns herausholen. Nach meiner Rückkehr bin ich einfach zum Haupteingang hereinspaziert,und nun wollen mir die Burschen das nicht abnehmen.' Das war ganz Michel - unbedingte Solidarität und grenzenloses Vertrauen in seine Anarchisten."

Die FAI war jedoch anscheinend nicht mehr in der Lage die GPU-Gefangenen wieder zu befreien und so wurden die Thalmanns ins Klostergefängnis Santa Ursula bei Valencia verlegt und trafen dort erneut auf Michel Michaelis und seine Milizleute: "Trotz des Sprechverbots konnten wir uns verständigen. Ja, sie waren alle hier, die Gefangenen der "Puerta del Angel" und, wie er versicherte, eine ganze Anzahl anderer Gefangener, darunter viele Deutsche die er nicht kannte."

Auf Intervention der Sozialistischen Regierung kamen die Thalmanns frei; auch sie orientierten die örtliche FAI über die Zustände in Santa Ursula: "Die Anarchisten waren teilweise schon informiert, nahmen aber unsere Angaben zur Kenntnis. Jedoch verhehlten sie keineswegs, daß wenig Hoffnung bestehe, eine Freilassung zu erzwingen."

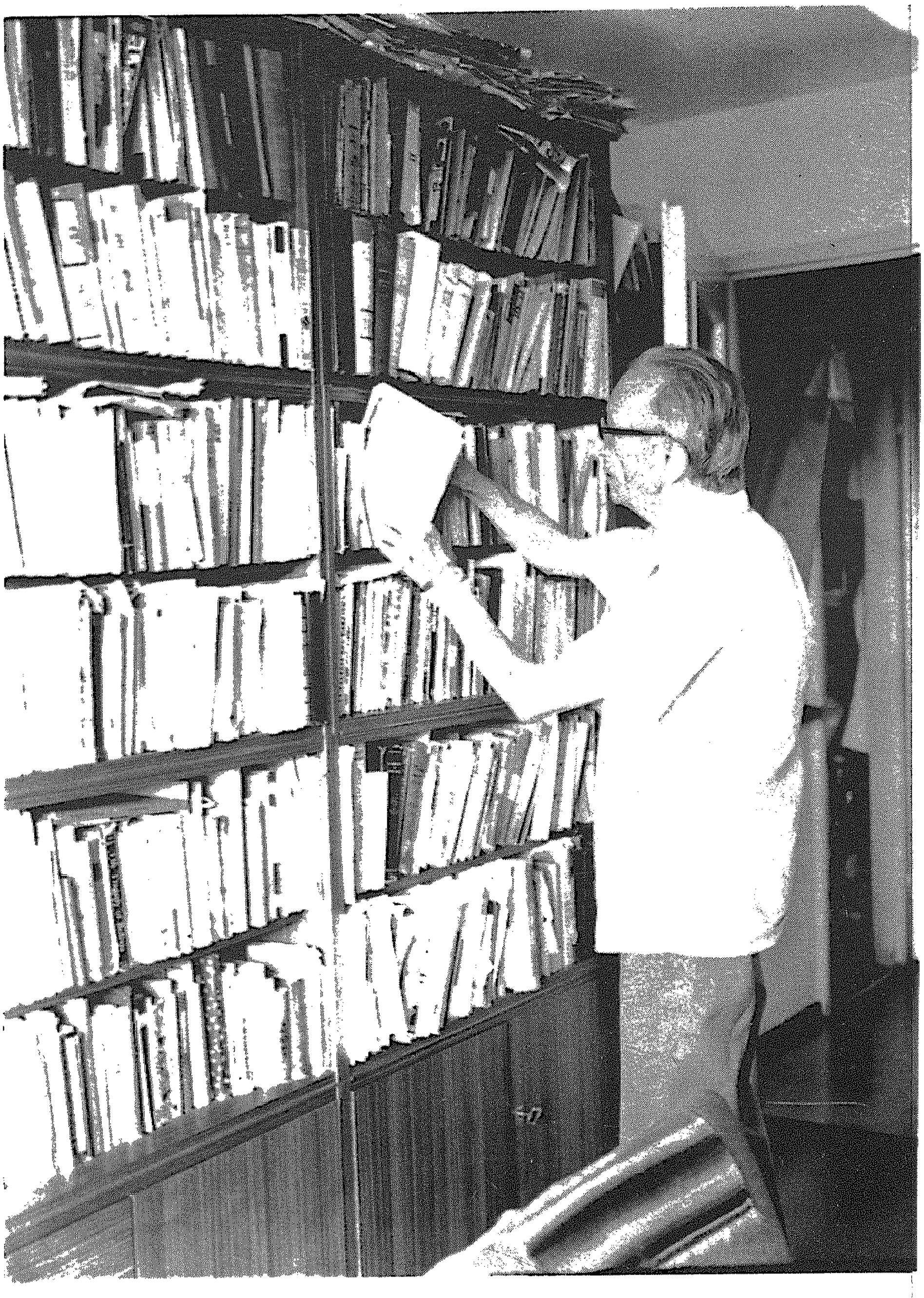
Über das weitere Schicksal dieser DAS-Milizgruppe und ihrer internationalen Genossen ist in den Augenzeugenberichten nichts zu finden.

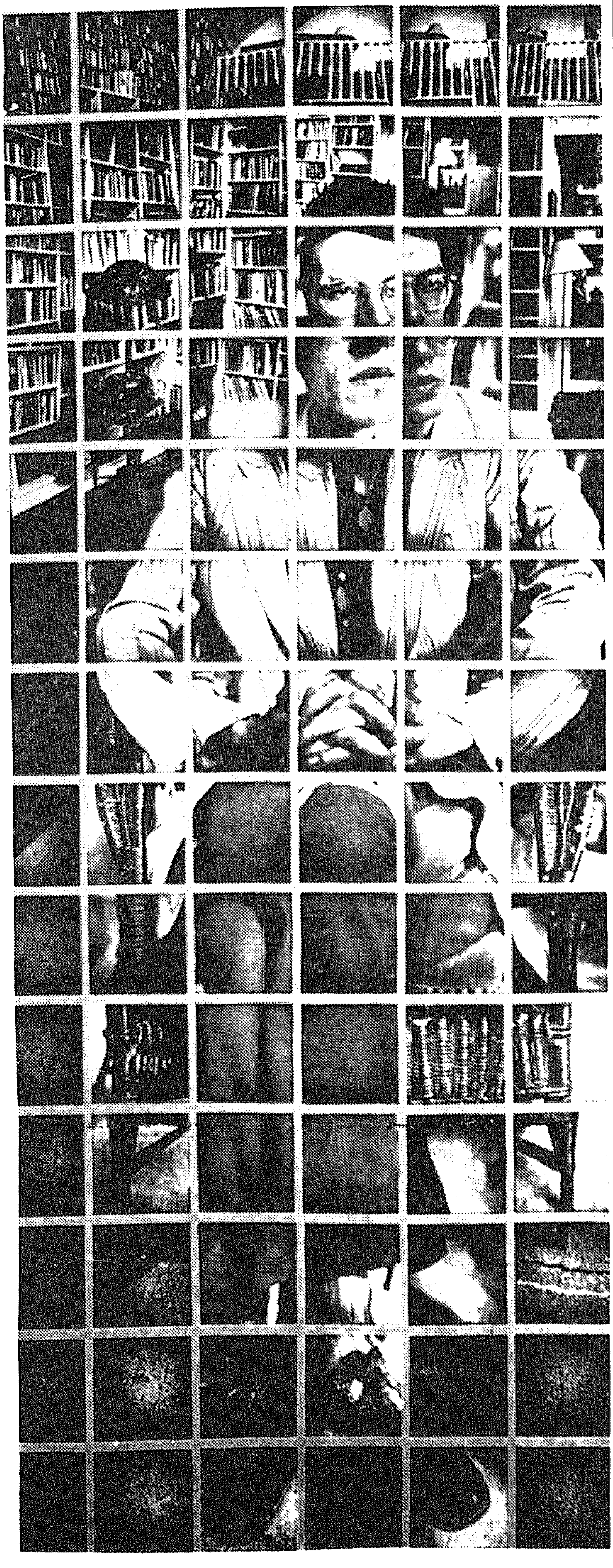
Fred und Maja Schröder verliessen Spanien bereits 1937 und gingen nach Schweden: "Im Haus der CNT war man noch sicher, aber sobald man das Haus verließ, konnte man wieder verhaftet werden. Bis September 1937 haben wir dann noch unseren Pressedienst gemacht, kamen kaum noch auf die Straße, gingen nur noch zum Essen. Und im September haben wir dann Spanien verlassen." Helmut Rüdiger, der mit seiner Frau ebenfalls in Barcelona bei Rundfunk und Presse, auch an der "Sozialen Revolution" mitgearbeitet hatte, floh ebenfalls nach Schweden. Augustin Souchy, Leiter der Außeninformation der Anarchosyndikalisten, gelang 1939 aus Barcelona die Flucht; er erreichte Frankreich aufgrund seines gebrochenen Armes im Auto schneller als andere Genossen, wurde deshalb noch nicht interniert und gelangte nach Mexiko. Unter den Internierten der Gruppe DAS befand sich aber Willi Paul; nach dem deutschen Sieg über Frankreich kam er ins KZ, das er überlebte. Er,wie Julia Alino blieben in der BRD; sie war zuerst nach Frankreich, dann nach Afrika emigriert, bevor sie nach dem Krieg zurück kam.

QUELLEN:

* Degen/Ahrens (Hrsg.): Wir sind es leid, die Ketten zu tragen... Jakobsohn-Verlag 1979 (Erinnerungen von Julia Alino, Willi Paul, Fred Schröder)
* Augustin Souchy: Nacht über Spanien; Trotzdem-Verlag; seit 1983
* Augustin Souchy: Vorsicht Anarchist! Trotzdem-Verlag 1982
* Augustin Souchy/Willi Paul: Vortrag am 22.5.76 in Kassel
* Clara und Paul Thalmann: Revolution für die Freiheit, Verlag Association 1977

Die SF-Redaktion ist an weiteren Hinweisen (Namen, Erinnerungen,Briefen oder Photos) von ehemaligen Mitgliedern, Freunden, Verwandten, Nachkommen der Gruppe DAS interessiert. Wir bitten um Zusendung solcher Materialien, die die unvollständige Geschichte der Gruppe DAS weiter erhellen. Wir verpflichten uns selbstverständlich diese Materialien an die Ausleiher schnellstens zurückzugeben.





Hans-Jürgen Degen

Deutschland: Einheitsstaat oder Kulturnation?

Eine Kulturnation ist nur denkbar, lebensfähig durch ungezügelt permanente Kommunikationsprozesse. Wo diese unterbrochen, verfremdet, wo sie zu politischen Vehikeln herabgewürdigt werden, siecht Kultur. Sie ist dort im Abstieg, wo das Individuelle zum flachen, geistlosen Kollektivismus erstarrt. Kulturelles Werden und Fortentwicklung, politische Reifung ist schöpferisch nur ungehemmt möglich. Diese Prozesse lassen sich nicht in National-Staatsgebilde, Super-Staatsgebilde noch in Wirtschafts- und Militärallianzen zwängen. Das wäre ihr Ende.

Der Einheitsstaat kann also niemals Garant für kulturelle und politische Reife einer Nation sein. Der Einheitsstaat widerspricht der Idee und dem Leben der Nation. Und niemals ist Nation identisch mit Staatsterritorium oder gar mit irgendeiner Staatsform. Die Identifizierung von Nation und Staat hat die erstere nur in Mißkredit und zum Zerfall gebracht. Gustav Landauer, der Anarchist, der konsequente Staatsfeind hat die Abgrenzung schroff vollzogen: "Staat...(ist) ein Nichts... (der) sich, um das Nichts zu verhüllen, lügnerisch mit dem Mantel der Nationalität bekleidet und diese Nationalität, die ein Feines, Geistiges zwischen den Menschen ist, lügnerisch verbindet mit einer Land- und Bodengemeinschaft..."

Gerade auf die Zukunft Deutschlands bezogen, muß die fatale Verschränkung von Staat und Nation beendet werden. Und erkannt werden muß, daß die totale militärisch-politisch-ökonomische Niederlage von 1945, die Zerstückelung des Deutschen Reiches, eine latente historische Chance in sich birgt: Die beiden deutschen Staaten und (West-)Berlin könnten in einem ("Staaten"-)Verbund politische, ökonomische und kulturelle Annäherung demonstrieren; sie könnten gegenseitig ideologische Fronten aufweichen; sie könnten gleichzeitig einer radikalen Dezentralisierung und Föderalisierung den Weg ebnen: ein deutscher Bund, eine "Republick von Republiken von Republiken" (Landauer).

Ohne Zweifel ist Voraussetzung einer deutschen Zukunft das Erkennen, Aufnehmen und Durchsetzen der eigenen Interessen: Es ist einfach eine permanente Grundfehlentscheidung der Deutschen - und jedes menschlichen Handelns, jeder Politik überhaupt - die eigenen Angelegenheiten in die Hände anderer zu überantworten. So ist auch die Lebenslüge der Politik der beiden deutschen Staaten die Illusion, als Anhängsel ihrer jeweiligen Besatzungs-"Schutz"-"Freundes"-Macht ihre (deutschen) Interessen zu vertreten.

Wo fremde Besatzungstruppen, wo aufoktroyierte Rechts-, Sozial- und politische Ordnungssysteme das äußere

Leben bestimmen; wo aufoktroyierte Kulturwerte immer mehr dominieren und letztlich verinnerlicht sind, herrscht Kolonialismus. Und wo Kolonialismus herrscht, ist bekanntlich überhaupt keine Freiheit: keine Freiheit der Individuen, keine Freiheit der Regionen, keine Freiheit des Landes - keine Freiheit ihre Beziehungen untereinander, die mit anderen Völkern, selbst zu bestimmen. Und die Freiheit, eine zur Kolonialmacht konträre Gesellschaftsordnung durchzusetzen wird nur möglich durch Abschütteln der Fremdherrschaft. - Es dominiert einfach verordnete "Freiheit", es dominiert das verordnete polit-ökonomische System der Kolonialmacht. Ihre jeweiligen Quislinge verteidigen dies mit vehementer Überzeugungswut als das Ihrige. Und an diesem Punkt angelangt zu sein, diese totale Verinnerlichung der Fremdbestimmung, das Gleichsetzen des eigenen Willens/Interesses mit dem der Kolonialmacht - das ist die größte Erniedrigung, die sich die Erniedrigten selber zufügen können. Das ist der Sieg des Kolonialsystems: die völlige Zerschlagung der Identität des Kolonialvolkes!

Die "klassischen" Kolonialvölker waren an ihrer Hautfarbe, ihrer ökonomischen und politischen "Unterentwicklung" an ihrer Abhängigkeit zu erkennen. Heute sind einstige Kolonialmächte zu Kolonialvölkern degradiert. Die einst klaren Fronten sind verwischt. Aber den modernen Kolonialvölkern der alten Welt geht weitgehend dieses Bewußtsein ab: Ihr degeneriertes Bewußtsein realisiert diesen Zustand nicht. Ihnen geht der Abscheu, der Ekel, die Einsicht in die moralische Unhaltbarkeit dieses Zustandes ab. Ihnen fehlt die Unruhe über diese Verhältnisse: Sie sind unfähig zur Auflehnung, zum Widerstand. Das Pathologische dieses Nichterkennens hat das Sichabfinden logisch zur Folge. Logisch zur Folge hat dies auch einen nicht enden wollenden Legitimierungsdrang: Die Dominanz der Fremdmacht, die eigene Unterdrückung, die eigene Unmündigkeit wird durch Perfektionierung von Unterwürfigkeit, durch musterschülerhaftes Kopieren aller Lebensäußerungen der Kolonialmacht kompensiert.

Es ist eine Perversion, daß sich Menschen, daß sich ganze Völker für die Interessen von politischen Großmächten, von multinationalen Konzernen auseinanderdividieren lassen. Diese hat in Deutschland voll "zugeschlagen". Dabei ist nicht das Primäre die nicht mehr vorhandene "Einheit Deutschlands", also der Verlust der staatlichen Einheit. Denn die Frage kann sich doch heute nicht mehr stellen: Vereinigung der beiden zentralistischen deutschen Staaten zu einem zentralistischen Großstaat. Das ist nicht mehr das Ziel, nach allen Erfahrungen mit der Staatsherrschaft - besonders in Deutschland. Nach allen Erfahrungen des Widerstandes, der individuellen Auflehnung gegen die Vergewaltigung durch politische und ökonomische Systeme, kann die Alternative doch nur heißen: Alle historisch gewachsenen Strukturen kommunaler, regionaler und landschaftlichler Selbstbestimmung und Organisation müssen zentralistischen Tendenzen entgegengesetzt werden: Es kann einfach nicht im Interesse der Menschen liegen, den - unvermeidlich repressiven - nationalen Großstaat des 19. Jahrhunderts zu rekonstruieren. Die Deutschen haben nur eine Zukunft als entkolonialisiertes, als identitätsbezogenes Volk, als Subjekt der Geschichte; dazu müssen sie die heutigen deutschen Teilstaaten aus der Vorherrschaft der Supermächte herausbrechen und deren radikale Dezentralisierung einleiten. Der Abschied vom überholten Nationalstaat, vom Großraumdenken, die Verneinung der Einteilung der Welt in ökonomische und politische Interessensphären sind für die Deutschen zwingend. Die Abkoppelung von den militärischen Paktsystemen der Supermächte ist unumgänglich. Voraussetzung ist die innere Befreiung von den verkrusteten menschenfeindlichen polit-ökonomischen und kulturellen Systemen des Staats- und Liberal-Kapitalismus. Diese sind Syndrom von vieltausendfältigen Abhängigkeiten, Zwängen, unbewußten und realen Verhaltensmustern. Das wiederum wird zusammengehalten von einem künstlichen Gesamtkonsensus. Deshalb ist alleine schon das Aufbrechen der zentralistischen Einheits- und Nationalstaaten, das Aufbrechen dieses ideologischen Korsetts von sich selbst entfremdeten Völkern zwingend. Die Einheits- und Nationalstaaten müssen überführt werden in überschaubare, regionale, politische und ökonomische Zusammenschlüsse. Diese müssen unmittelbar bestimmbar und veränderbar durch Bewußtsein, den Willen der dort/hier Lebenden sein. Basisdemokratie!

Die beiden mehr oder weniger autoritären deutschen Teilstaaten haben jahrzehntelang die Illusion von der "Wiedervereinigung Deutschlands" genährt. Offensichtlich war/ist, daß beide Staaten sie nicht wollen konnten. Und offensichtlich war/ist auch, daß ihr gegenseitiges Ausmanövrieren den deutschen Interessen nur abträglich war: Zugunsten ihrer Supermacht, deren Blockpolitik geronnen so die gesamtdeutschen Deklarationen zur reinen Alibifunktion. - Der Traum von der einheitlichen "deutschen Nation" als identisch mit dem Großraumstaat in den Grenzen von 1937 ist nur noch ein Alptraum: Wer die Poli-

HEIMAT

Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen — weil wir es lieben.
Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht, uns:
Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitsliebende aller Grade;
Man hat uns mitzudenken, wenn "Deutschland" gedacht wird ....
wie einfach so zu tun, als bestehe Deutschland nur aus nationalen Verbänden.

Deutschland ist ein gespaltenes Land.
Ein Teil von ihm sind wir.

Und in allen Gegensätzen steht —
unerschütterlich,
ohne Leierkasten,
ohne Sentimentalität
und ohne gezücktes Schwert
— die stille Liebe zu unserer Heimat.

Im Patriotismus lassen wir uns
von jedem übertreffen —
wir fühlen international.
In der Heimatliebe von niemand
nicht einmal von jenen,
auf deren Namen
das Land grundbuchamtlich eingetragen ist.
Unser ist es.

Der Staat schere sich fort,
wenn wir unsere Heimat lieben.

KURT TUCHOLSKY, 1929

tikaster in West und Ost am Werke sieht; wer bewußt Revue passieren läßt, wie die kulturellen und politischen Fähigkeiten der Menschen in diesem Lande auf Sparflamme und damit verödet gelassen, wie die geistigen Impulse manipuliert, uniformiert und kanalisiert werden - für den kann der Gedanke nur Horror sein: daß ein einheitlichr deutscher Nationalstaat von solchem Ungeist gestaltet, von solcher Gewalt regiert wird.

Der (aufgezwungene) Abbruch der deutschen Trugträume vom politisch-ökonomisch starken Einheitsstaat hatte eine der typisch deutschen Reaktionen zur Folge: die Aufgabe jeglicher genuiner deutscher Interessen: Die seit den späten 60er Jahren betriebene Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der BRD war die eine; die Politik der Abwendung Bonns von der vorgeblich "gesamtdeutschen Politik" - also der Hinwendung zur ungezügelten NATO-Politik - die andere. Nur so kann die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition verstanden werden: als Festschreibung des Status quo und des gleichzeitigen Auf- und Ausbaus ökonomischer und politischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Daß diese Politik der Beharrung dem Blockdenken und damit der Stategie der Multis gelegen ist, versteht sich aus deren allein ökonomisch besetzter Logik. Als Abfallprodukt dieser Politik ergab sich eine gewisse Annäherung der Menschen in beiden deutschen Staaten. Und dies könnte auf längere Sicht einer der Sprengsätze sein, um den unerträglichen Status quo zu beenden. Denn aus dieser Begegnung kann das Erkennen des moralischen Tiefstands der Deutschen hervorgehen: das Dahinvegetieren als spätkoloniales Volk. Das aber kann zugleich der Hebel sein, um diesen würdelosen Zustand zu beenden.

Deutschland ist das Land mit der verzögerten Zukunft. Die Welt um uns ist (zumindest teilweise) von gesellschaftlichen Veränderungen gekennzeichnet. Die wirkliche deutsche Tragödie, das ist die Beharrung, der Stillstand, das Sichabfinden mit dem jeweiligen Zustand, mit den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen. In diesem Land kommt kaum wirklich etwas in Bewegung, es sei denn in masochistischen oder chauvinistischen Schüben. Das ist die Tragik, mit der wir uns herumschlagen. Und daß in diesem Lande kaum etwas von radikalem utopischen Denken, nichts von Ansätzen, dieses zu realisieren, existiert, das prägt und zementiert diese Verhältnisse. Daß hier alles von penetrantem Perfektionismus überquillt, macht sie so unerträglich. Unerträglich ist es letztlich, daß diese Zustände Normalität sind.

Eine neue Realität, eine andere Normalität ist schon aus friedenspolitischen Gründen in Deutschland und damit in Europa notwendig. Eine romantische Verklärung ist es, für den Frieden zu kämpfen, ohne den moralischen, geistigen und politischen Status quo in Europa zu bekämpfen. Das ist die Ignorierung von Gefahren, die geteilten Nationen immanent sind: z. B. das Aufkommen einer chauvinistischen Reaktion, einer daraus entstehenden militärischen Katastrophe...

Die Beseitigung des Status quo in Europa kann für die Deutschen nur die Wiedervereinigung als Kulturnation sein. - Was es also wiederzuvereinigen gibt, sind die Menschen. Was Deutschland ausmachen wird, ist das Vermögen seiner Menschen, ihre Fähigkeiten, ihre Aspirationen, ihre Möglichkeiten in die eigenen Hände zu nehmen - ohne jegliche Fremdbestimmung.







LESERBRIEFE

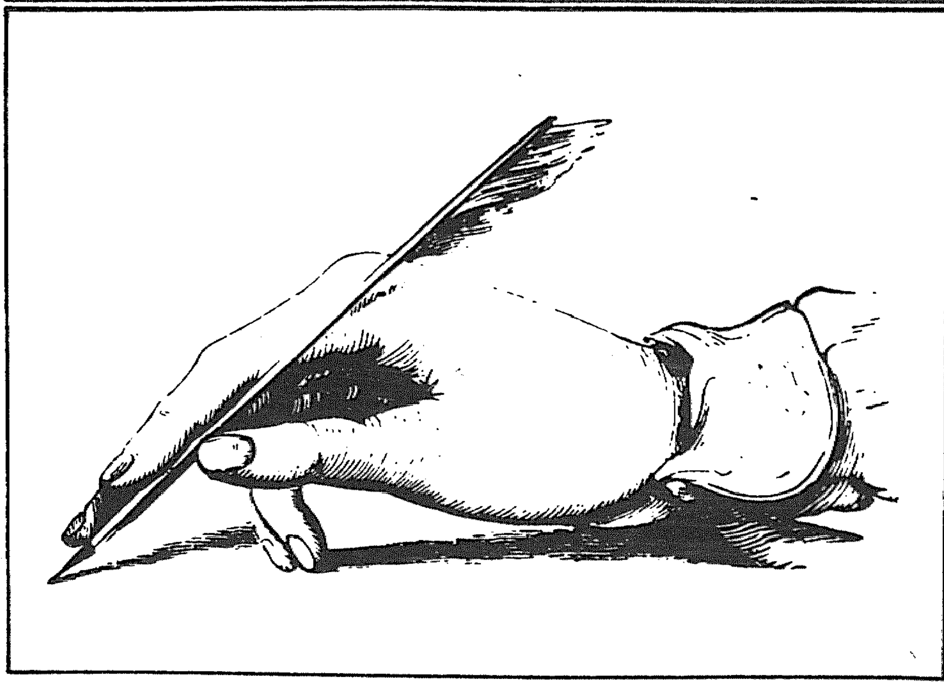
Die Diskussion um die Nationale Frage und über die Nationalrevolutionäre geht im Schwarzen Faden weiter. Neben den abgedruckten Beiträgen erhielten wir noch zwei weitere, sich auf den Anarchismus berufende Leserbriefe, die wir nicht abdrucken. Beide bleiben zu unserer Enttäuschung weit hinter dem bisher publizierten Stand der Diskussion im Schwarzen Faden zurück. Während der Eine die Nationale Frage oberflächlich auf das Problem einer freien Vereinbarung reduziert und Bestrebungen zur "Wiedervereinigung" völlig unproblematisiert läßt, qualifiziert der Andere unsere Diskussionsbereitschaft mit den Nationalrevolutionären als ein Sichabgeben mit Neonazis ab. Eine differenzierte und wie wir meinen zutreffende Stellungnahme möchten wir stattdessen zu Beginn aus dem Buch "Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik" dokumentieren.

"Dennoch greifen Deutungen zu kurz, die mit den feststellbaren Beziehungen nationalrevolutionärer Ideologen und Gefolgsleute zur alten Rechten einerseits, zu neonazistischen Gruppen andererseits bewiesen glauben, daß es sich hier insgesamt und nur um eine raffinierte Variante des "Neofaschismus" handle. Die Beteiligung der Nationalrevolutionäre und Solidaristen in der Ökologiebewegung oder an den Debatten um "nationale Frage" und "Regionalismus" erscheint dann als eine bloß taktisch bedingte Unterwanderung und Aneignung, die mit ihren originären Auffassungen nichts oder nur am Rande etwas zu tun hätte. Dabei wird übersehen, daß es ein objektiver politischer und gesellschaftlicher Problemdruck ist, auf den die "neue Rechte" nicht erst jüngst mit ihren Thesen und Aktionen reagiert. Wo die gesellschaftliche Zukunft am intensivsten thematisiert wird, findet sich auch die verwirrendste Lagerung ideologischer Strukturen. Die "linken Leute von rechts" sind in einer solchen Situation zwar auch nach ihrem Herkommen aus den rechtsradikalen Traditions- und Organisationsbeständen zu beurteilen, aber zugleich als Mitwirkende an einem Orientierungsprozeß, in dem die Übernahme ehedem "konservativer" Fragestellungen, seitens der "neuen Linken" von nicht geringer Bedeutung ist. Wie problematisch sich solche Versuche angesichts der historischen Belastung der Zivilisationskritik und des Nationalismus in Deutschland auch immer ausnehmen mögen – daß sie im Brennpunkt gesellschaftlicher Krisen stets erneut auftauchen, beweist noch nicht, daß sie ohne weiteres dem Potential eines neuen Faschismus zugeschlagen werden können."

Aus: "Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik", Wolfgang Kreutzberger, 87 Seiten, 11.80 DM, Materialis Verlag, Comeniusstr.8, 6 Frankfurt 60.

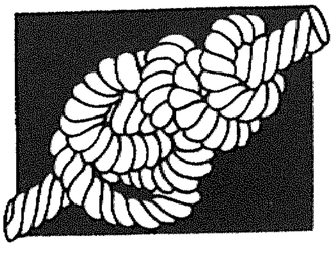
***

Winteracker meint, "Separationsnationalismus" bzw. Nationalisierung sei ein Indikator für freiheitliche Bestrebungen. Er verweist u. a. auf den Iran. Die dortige Bewegung ist jedoch keine nationalistische, sondern religiöser Art, selbst wenn sie in ihren Auswirkungen anti-imperialistisch ist. Chomeni selbst hat sich jedenfalls nie unter der iranischen Flagge gezeigt; er spricht stets unter der grünen, islamischen Flagge. Mohamedaner streben gemäß ihrer Lehre die sogenannte "Umma" an: die Einheit aller Moslems. Der Nationalstaat als Ausdruck des gemeinsamen Kulturanspruches spielt dabei eine untergeordnete Rolle; er ist bestenfalls das durch einen gewissen Status quo "errungene" Bindeglied zwischen rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen gegen einen gemeinsamen äußeren Feind. (...) Der Nationalismus ist also nicht natürlich, sondern eine revolutionär pragmatische Abwehrreaktion!

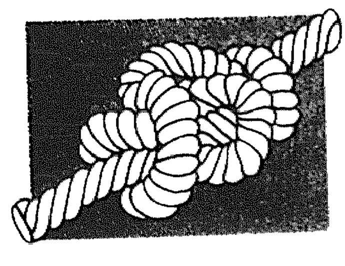


Im Fall Polen ist der Nationalismus das Bindeglied zwischen Katholischer Kirche ("westliche" Kultur) und Solidarnosc, wobei die Geschichte Polens allerdings auch eine Rolle spielt. Was für die NR also ein Ziel ist, bzw. war im Iran und Polen ein Etappenziel. Der Hauptansatzpunkt bei Nicaragua liegt in der Ökonomie, nicht aber in der Kultur. Die NR haben allerdings einen komischen Kulturbegriff: sie wünschen Einheit in der Vielfalt. Eine sture Befolgung ihres Kulturbegriffs bedeutet, daß die Punks einen Nationalstaat errichten müssen.
Nun zu der Frage: was kommt eher, Nationalbewußtsein oder Nationalstaat?
Diese konkrete Fragestellung kann man nicht in Richtung Sein/Bewußtsein abstrahieren. Die Verabsolutierung der These durch Winteracker im Hinblick auf 1830 bis 45 ist falsch: in Indien herrscht Kastendenken, in Afrika Stammesdenken vor, obwohl dort Nationalstaaten existieren. Separationsnationalismus zu empfehlen heißt, auf diese Regionen bezogen, an den Tatsachen vorbeizugehen: die einzelnen Stämme halten sich nämlich nicht in festgelegten Territorien auf; an den "Grenzen" leben sie vermischt. Die Ereignisse 1830 bis 50 möchte ich auch unter dem Gesichtspunkt "meiner" Katalysatorthese des Nationalismus aufgefaßt sehen. Konzessionen an die Arbeiterklasse sind dann durch Bismark erfolgt: die "Sozialversicherung". Das Interesse des Bürgertums blieb gewahrt, die Arbeiter und Bauern zogen auch einen relativen Gewinn aus der neuen Situation; Frankreich war der Verlierer!

M.I. Langenfeld



Die NR-Behauptung, die Klasse der Kapitalisten sei die entschieden internationalistischste und kosmopolitisch orientierteste und betreibe weltweit die Vernichtung kultureller Identitäten, mag einleuchten. Dieses Klassenphänomen bestand aber schon zu anderen Zeiten. Basierend auf marxistischer Geschichtseinteilung haben schon die Sklavenhaltergesellschaften Imperialismus betrieben und kulturelle Werte zerstört, weltweit allemal, weil sie weder Atlantik noch Pazifik überschauen konnten - anders ausgedrückt: die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der - Zerstörung kultureller Werte und auch nicht nur Sache des bürgerlichen Staates. Der Kapitalismus zerstört also 'nur' bereits zerstörte Werte weiter.
Aus diesem Verhalten der Kapitalisten zu folgern, daß Menschen mit 'linkem' Bewußtsein dem Klassenfeind



entgegengesetzt eingestellt sein müssen, also nationalistisch zu handeln haben, wirkt plump. Der - für mich billige - Charakter solcher Argumentation verstärkt sich durch die den Anarchisten unterstellte Utopie einer einheitlichen Weltkultur und die - wirklich geschickte Verbindung sich gegenseitig ausschließender Positionen - Abstempelung selbiger zu Handlangern multinationaler Konzerne (...).
Wieso kann unter Berücksichtigung der regionalistischen Forderungen und dem angestrebten Kleinnationenstaatenwesen die Wiedervereinigung 'Deutschlands' gefordert werden? Die Teilung 'Deutschlands' müßte doch für den NR ein Schritt in die richtige Richtung sein. Hessen, Württemberger, Pfälzer, Franken haben ihre BRD, Sachsen, Thüringer, Mecklenburger usw. ihre DDR, Tiroler, Kärntner usw. ihr Österreich.
Das durch die Teilung 'Deutschlands' bedingte 'millionenfache Leid' steht m. E. auch in keinem Verhältnis zu dem zig-millionenfachen Leid, daß anderen Völkern durch eine staatlich geeinte deutsche Herrennation zugefügt wurde. Deswegen bestehende Bedenken gegen eine Wiedervereinigung werden fadenscheinig vom Tisch gewischt. (...)

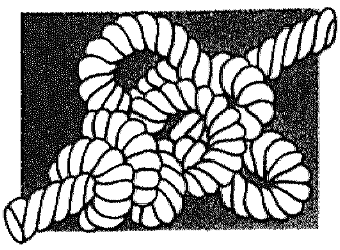
Klaus Schöppe

***

Erklärung des Nationalrevolutionären Koordinationsausschusses, Menden:

Nationalrevolutionäre kontra Neonazis !

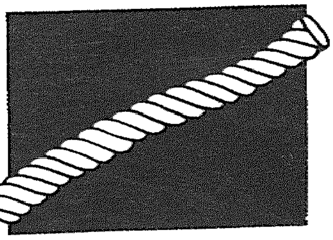
Neofaschistische Gruppen, insbesondere die Organisation "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)", haben in der letzten Zeit wiederholt den Begriff "nationalrevolutionär" für sich in Anspruch genommen.
Z. B. wird in einer Pressemitteilung der ANS/NA vom 4. 3. 1983 (abgedruckt in der Ausgabe 232 der Zeitschrift "Arbeiterkampf") u. a. auf die mit der ANS/NA eng kooperierende

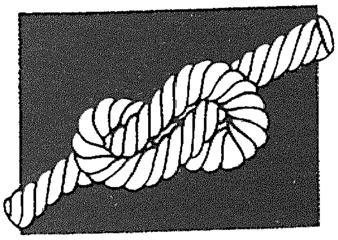


"Nationalrevolutionäre Arbeiterfront" in Bremen hingewiesen und die Möglichkeit einer sogenannten "nationalrevolutionären Testkandidatur" dieser neonazistischen Kräfte bei den Bremer Bürgerschaftswahlen im Herbst 1983 angedeutet.
Wir erklären zu diesen Manövern:

Nationalrevolutionäre und neonazistische Positionen sind grundsätzlich unvereinbar! Nationalrevolutionäre stehen in der Tradition des Freiheits- und Klassenkampfes von unten und treten für entschiedene Solidarität mit den vom multinationalen Kapital unterdrückten Völkern in aller Welt ein. Neonazis dagegen stehen in der Tradition des Klassenkampfes von oben, der einen seiner Höhepunkte im Hitlerfaschismus erreichte: ihr Rassismus und Chauvinismus gegenüber anderen Völkern ist nach dem Motto "Teile und herrsche" für das multinationale Kapital instrumentalisierbar. Nationalrevolutionäre wie Ernst Niekisch, Harro Schulze-Boysen, Fritz Wolffheim, Richard Scheringen und Beppo Römer saßen in den KZ und Zuchthäusern des Nazi-Regimes und fanden dort z. T. den Tod, die Neonazis berufen sich auf die Tradition der Schergen und Henker.
Wir erheben unseren schärfsten Protest gegen den Versuch der geistigen

Nachfahren des Nazi-Terrors, sich des Namen der Opfer zur Bemäntelung einer wahnwitzigen Politik zu bedienen. So wie Hitler und die hinter ihm stehenden Kräfte des Großkapitals Deutschland und das deutsche Volk ins Unglück stürzten, so nutzt auch die Politik der Neonazis nur denjenigen, die eine wirkliche soziale und nationale Befreiung Deutschlands verhindern wollen.
Wir treten gleichzeitig allen zu erwartenden Versuchen von interessierter Seite (etablierte Presse, DKP, KB usw.) entgegen, auf den Schwindel der Neonazis einzugehen und Nationalrevolutionäre und Hitleranhänger wider besseren Wissens in einen Topf zu werfen. Wer so handelt, betreibt bewußt das Etikettenschwindel-Geschäft der Neofaschisten und macht sich damit direkt zu ihrem Helfer!





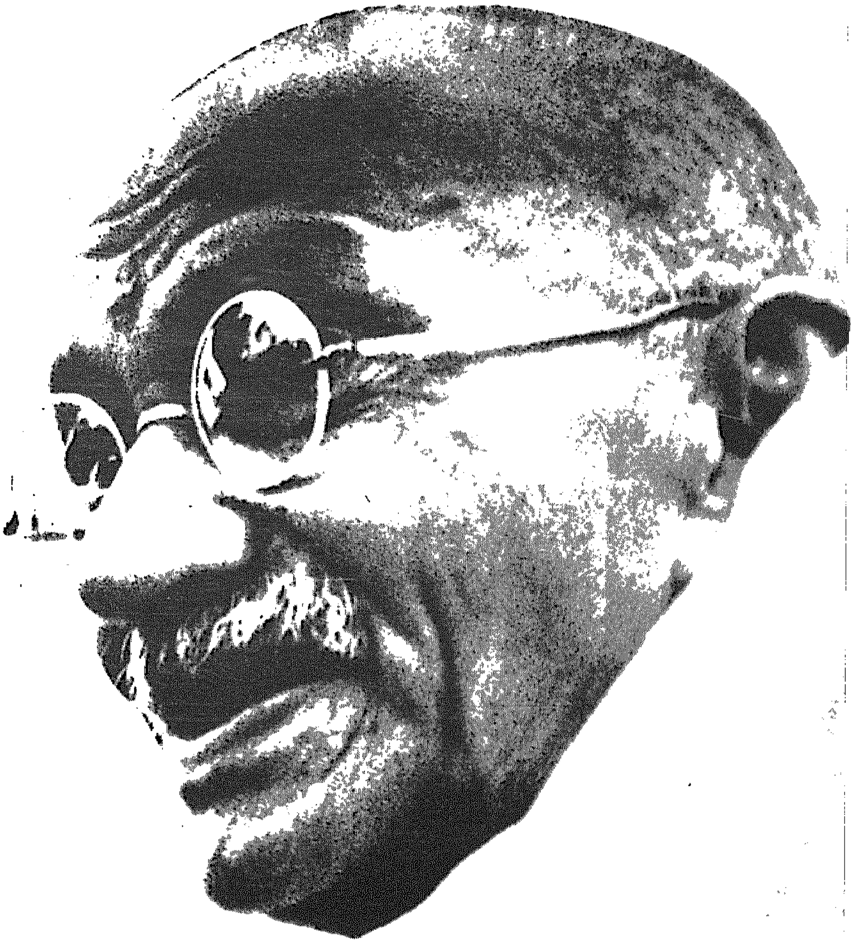
Wir betonen weiterhin, daß allein die bloße Existenz neonazistischer Gruppen (sieht man einmal von denjenigen ab, die zum Zwecke der Popanz-Schaffung von ganz anderer Seite lanciert wurden) schwere politische Fehler der linken und alternativen Szene offenbart. Die Unfähigkeit der meisten Linken, dem Gemeinschaftsbedürfnis und dem kämpferischen Idealismus vieler Jugendlicher entgegenzukommen und mit der nationalen Frage in ehrlicher Art und Weise umzugehen, füllte die Reihen der Neonazi-Gruppen von Jahr zu Jahr mehr auf. Das Überhandnehmen bürgerlich-liberaler, reformistischer und pazifistischer Tendenzen in der Linken wird gerade Arbeiterjugendliche in verstärktem Maße den Neonazis zutreiben. Eine moralisch verbrämte, jedoch zutiefst unmenschliche Intoleranz weiter Teile der Linken schließlich zeigt sich bei der persönlichen Stigmatisierung ehemaliger Rechter, wie es sich z. B. beim "Fall" Werner Vogel (Grüne Nordrhein-Westfalen) aber auch beim Umgang mit Ehemaligen aus neonazistischen Jugendgruppen zeigt. Hier werden Lernprozesse nicht zugestanden und Abwendungstendenzen vom Faschismus von "antifaschistischer" Seite her abgeblockt.
Solange die Linke nicht erkennt, daß das Problem des Neonazismus auch ein Problem ihrer eigenen politischen Versumpfung ist, wirkt ihr Antifaschismus nicht nur steril, sondern auch heuchlerisch!

Liebe Nelli!
Dein Artikel hat mir recht gut gefallen: Gefahren der Parlamentarisierung, Professionalisierung, "linkes Management", wie wird man "another brick in the wall", usw.; alles gebont. Aber warum machst du die Alternativbewegung so nieder? Das ist doch wieder eine wahnsinnige Beschränkung! Sicher, auch da gibt es genug zu kritisieren, aber letztendlich zieht man doch am selben Strang, oder?
Für mich ist es einfach wichtig in allen Lebenslagen bewußt zu handeln. "Kriegssteuerboykott, Betriebs- und Geländebesetzungen, Blockaden als Negation und Herausforderung des Staates und seiner Machtapparate...", ist gut und notwendig, reicht aber nicht hin. Schließlich brauch ich auch etwas zwischen die Zähne! Um aber nicht die Hälfte meiner Zeit für das System (im Betrieb, im Büro) und die andere Hälfte gegen es (politische Aktionen) arbeiten zu müssen, versuche ich lieber, die Alternative zu leben.
Ich glaube, daß es drei Arten radikalen Handelns gibt:
1. Verweigerung: entziehe dem System deine Energien (KDV, Krankfeiern, Boykott)
2. politische Aktion (Demo, Blockade, Grüne Listen)
3. alternatives Leben
Les doch mal Marcuse, dann wird Dir klar, warum diese System so stark ist: Weil es keine Alternative als möglich erscheinen läßt! Aber da sind ja noch wir! (auch Du und ich!)

Jochen Nickel

M. K. Gandhi

von Horst Blume



Der Film weckt in mir zwiespältige Gefühle. Zweifellos beeindruckt er, greift auch wichtige Dinge auf und weckt vor allem Interesse in breiteren Bevölkerungskreisen, die politischen Auseinandersetzungen bisher gleichgültig und unparteilich gegenübergestanden haben.
Bezeichnend und ärgerlich ist das Verhalten vom Regisseur Attenborough nach der Fertigstellung des Films. Er nahm eine Einladung zur Premiere nach Südafrika vor ausschließlich weißem Publikum an, um erst nach Protesten seine Zusage zurückzuziehen. Die positiven Auswirkungen des Films sollte man also selbst bei seinem Produzenten nicht überschätzen.

Einige Gruppen glauben in dem Film ihr politisches Streben verkörpert zu finden und registrieren ihn zufrieden als Bestätigung und Unterstützung für ihre Art, die Dinge zu sehen. Da freuen sich die Befreiungsnationalisten über den breit dargestellten antiimperialistischen Befreiungskampf, wie sie es nennen. Aktionsgruppen bemühen sich, bei Zuschauern aufkommende Betroffenheit in Widerstand gegen Raketenstationierungen umzumünzen. Nur das Letztere finde ich berechtigt und angebracht.
Die Darstellung des indischen Unabhängigkeitskampfes gegen England wurde in dem Film dermaßen in den Vordergrund gerückt, daß alle anderen Inhalte, die Gandhi mindestens genauso wichtig waren, zu kurz kamen. Er unterwarf die von ihm angestrebte Wohlfahrt für alle Menschen weder einer politischen Ideologie, noch machte er besondere religiöse oder nationale Teilaspekte der indischen Wirklichkeit zum Dreh- und Angelpunkt seines Handelns, obwohl es gerade in Indien durch religiöse und nationale Gegensätze Grund genug dafür gegeben hat, dieser Versuchung zu erliegen. Seine große Wirkung begründet sich gerade darauf, daß er sich nicht von an der Oberfläche ausgetragenen religiösen und nationalen Konflikten beeinflussen ließ, sondern diese Erscheinungen auf die Ursachen zurückführte, welche die gewaltigen Spannungen und Unzufriedenheiten der Inder tatsächlich auslösten: Es waren die sozialen Zustände, in denen die oberen Klassen die Unteren niederdrückten und unselbstständig machten.
Gandhi prangerte soziale Not nicht bloß an, wie ein Großteil seiner Zeitgenossen mit einer Vorliebe für erregendes Tun, sondern änderte schlechte Zustände durch ruhige, konstruktive Bemühungen, die leider in dem Film zu am Rande liegenden kuriosen Gags eines Sonderlings verkommen.
Die ersten Anstöße für sein Wirken als sozialer Kämpfer erhielt er nicht nur aus der Bhagavadgita der Hindus; aus dem westlichen Kulturkreis beeinflußten ihn der Amerikaner Thoreau und der englische Sozialreformer John Ruskin maßgeblich.
Eine tiefe Religiosität durchdrang sein Leben und aus ihr leitete er seine Erkenntnisse und Lebensregeln ab. Grundlage seines Handelns war die Toleranz gegenüber Andersglaubenden und -denkenden. Folgerichtig kämpfte er in seiner Suche nach der Wahrheit mehr mit sich selbst, als er versucht hätte, andere zu bedrängen und zu bekehren.
Als ungeheure Schande hat Gandhi das auf religiöse Vorstellungen mitberuhende indische Kastensystem empfunden, welches die Unberührbaren aus der Gesellschaft ausstößt, und sie zwingt, auf der untersten sozialen Stufe zu leben. In unzähligen Aktionen und symbolischen Handlungen hat er versucht, die Unglücklichen in alle gesellschaftlichen Prozesse einzubeziehen und ihre Selbstachtung zu heben. Obwohl dieses ureigene indische Problem Gandhi mehr beschäftigte als jedes andere - in dem Film spielte es angesichts des vielbeachteten Konfliktes zwischen der Kolonialmacht England und dem nach Selbstständigkeit strebenden Indien nur noch eine Nebenrolle. Gandhi konnte bei seiner Bemühung um die soziale Einheit seines Volkes nur einige verknöcherte Strukturen der indischen Gesellschaft aufweichen. Angesichts der Tatsache, daß sich die breite Masse der Inder heute nicht einmal das Eintrittsgeld für diesen Film leisten kann (FR, 14. 4. 1983) ist sein Untertitel "Sein Triumph veränderte die Welt für immer!" blanker Hohn.
Gandhi war nie der nationale Freiheitskämpfer, als der er gerne hingestellt wird. Zu Beginn des 2. Weltkrieges führte er selber gegen den Willen vieler Anhänger der Unabhängigkeit Indiens eine Rekrutierungskampagne für Soldaten durch, um England militärisch gegen Deutschland zu stärken. Wer Vorteile aus der Verbindung zu England gerne annehmen würde, ohne selber den Engländern helfen zu wollen, handle unaufrichtig lautete Gandhis eigenwillige Argumentation. An diesem Beispiel wird auch klar, daß er nicht nur der Gewaltfreie war, als der er von der Öffentlichkeit gerne gesehen worden wäre. Gandhi hat keinen Zweifel daran gelassen, daß wenn er nur die Wahl zwischen Gewaltanwendung und Feigheit habe, er sich für die Gewalt entscheiden würde.
Gandhi-Bilder, Gandhi-T-Shirts und Bücher über ihn lassen sich nach dem Film gut vermarkten. Wer diesen Menschen in seiner ganzen Tiefe und Vielfalt erfassen will, sollte lieber seine eigenen Schriften lesen. Seine Autobiographie, seine Aufsätze "Wohlfahrt für alle" werden seit vielen Jahren von einem kleineren Verlag abseits des Publicity-Rummels, aber in direktem Kontakt mit Gandhis Nachfolgern in Indien herausgegeben.

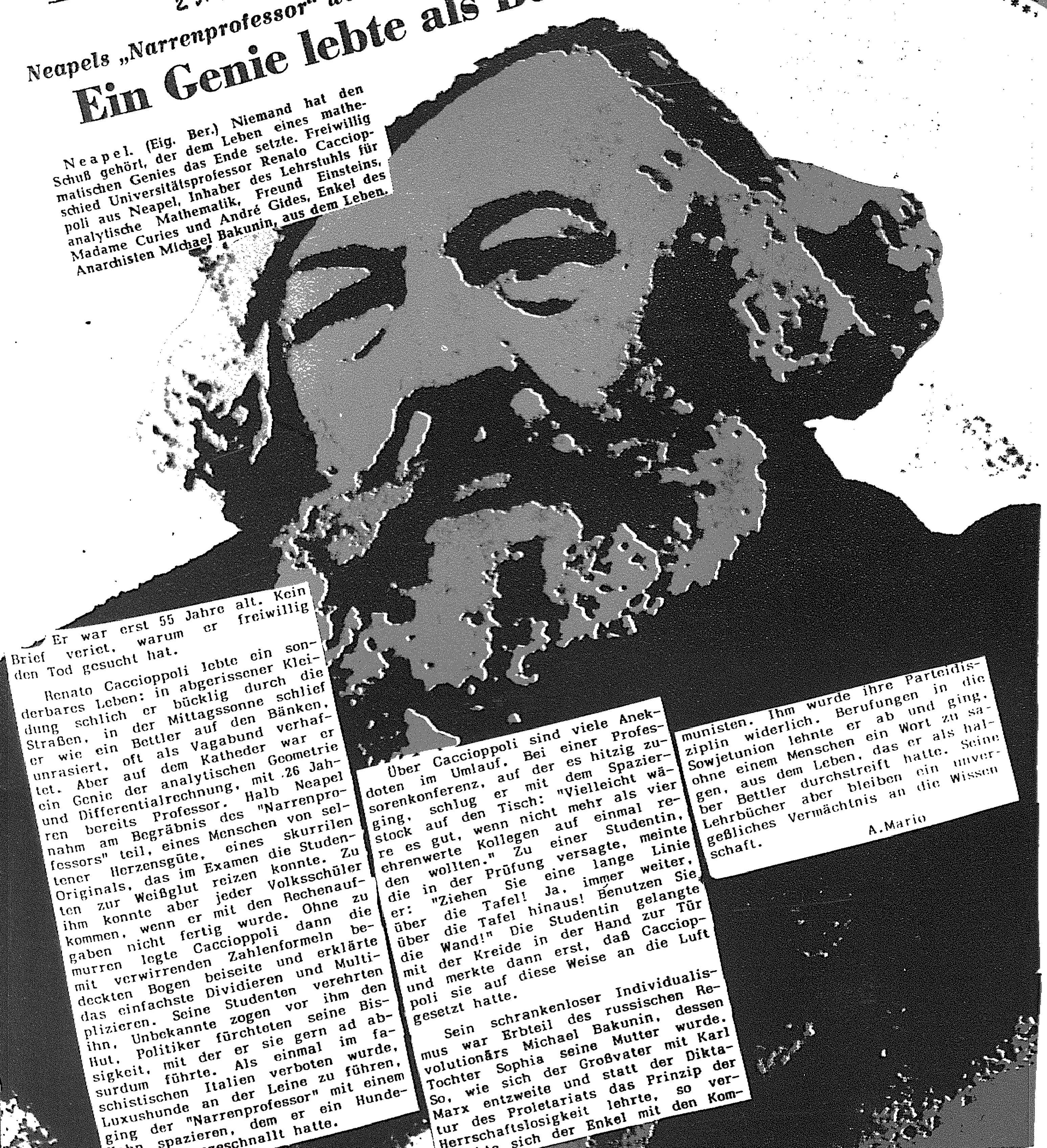
* "Eine Autobiographie", 454 Seiten, 42,- DM.
* "Sarvodaya (Wohlfahrt für alle)" 215 Seiten, 18,- DM.
Bezug: Hinder + Deelmann, PF 1206, 3554 Gladenbach.

Hautnah!

WESER-KURIER
BREMER TAGESZEITUNG
23.5.1956

Neapels „Narrenprofessor" war ein Original

Ein Genie lebte als Bettler



Neapel. (Eig. Ber.) Niemand hat den Schuß gehört, der dem Leben eines mathematischen Genies das Ende setzte. Freiwillig schied Universitätsprofessor Renato Caccioppoli aus Neapel, Inhaber des Lehrstuhls für analytische Mathematik, Freund Einsteins, Madame Curies und André Gides, Enkel des Anarchisten Michael Bakunin, aus dem Leben.

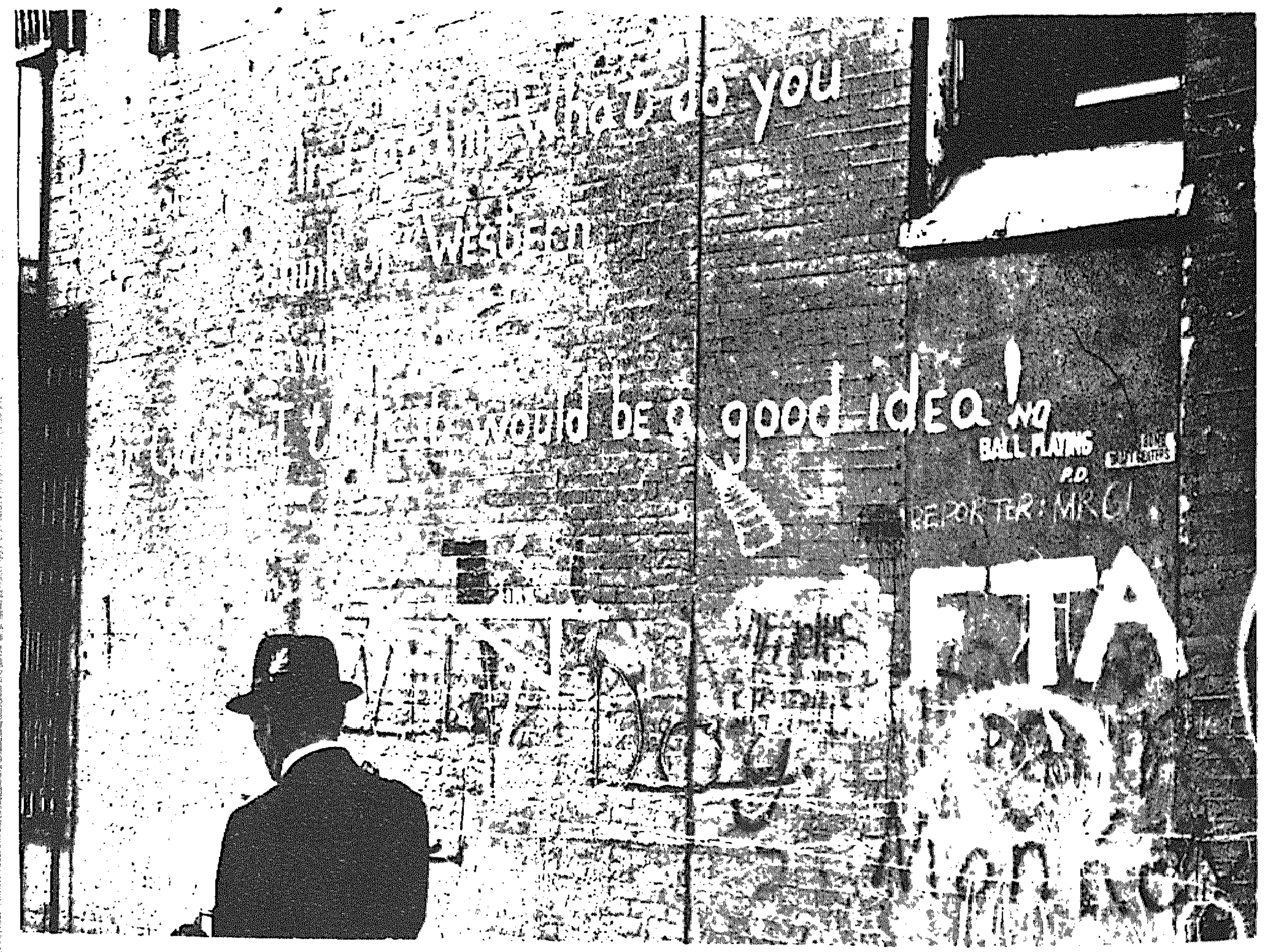
Er war erst 55 Jahre alt. Kein Brief verriet, warum er freiwillig den Tod gesucht hat.

Renato Caccioppoli lebte ein sonderbares Leben: in abgerissener Kleidung schlich er bücklig durch die Straßen, in der Mittagssonne schlief er wie ein Bettler auf den Bänken, unrasiert, oft als Vagabund verhaftet. Aber auf dem Katheder war er ein Genie der analytischen Geometrie und Differentialrechnung, mit 26 Jahren bereits Professor. Halb Neapel nahm am Begräbnis des "Narrenprofessors" teil, eines Menschen von seltener Herzensgüte, eines skurrilen Originals, das im Examen die Studenten zur Weißglut reizen konnte. Zu ihm konnte aber jeder Volksschüler kommen, wenn er mit den Rechenaufgaben nicht fertig wurde. Ohne zu murren legte Caccioppoli dann die mit verwirrenden Zahlenformeln bedeckten Bogen beiseite und erklärte das einfachste Dividieren und Multiplizieren. Seine Studenten verehrten ihn, Unbekannte zogen vor ihm den Hut, Politiker fürchteten seine Bissigkeit, mit der er sie gern ad absurdum führte. Als einmal im faschistischen Italien verboten wurde, Luxushunde an der Leine zu führen, ging der "Narrenprofessor" mit einem Hahn spazieren, dem er ein Hundehalsband umgeschnallt hatte.

Über Caccioppoli sind viele Anekdoten im Umlauf. Bei einer Professorenkonferenz, auf der es hitzig zuging, schlug er mit dem Spazierstock auf den Tisch: "Vielleicht wäre es gut, wenn nicht mehr als vier ehrenwerte Kollegen auf einmal reden wollten." Zu einer Studentin, die in der Prüfung versagte, meinte er: "Ziehen Sie eine lange Linie über die Tafel! Ja, immer weiter, über die Tafel hinaus! Benutzen Sie die Wand!" Die Studentin gelangte mit der Kreide in der Hand zur Tür und merkte dann erst, daß Caccioppoli sie auf diese Weise an die Luft gesetzt hatte.

Sein schrankenloser Individualismus war Erbteil des russischen Revolutionärs Michael Bakunin, dessen Tochter Sophia seine Mutter wurde. So, wie sich der Großvater mit Karl Marx entzweite und statt der Diktatur des Proletariats das Prinzip der Herrschaftslosigkeit lehrte, so verkrachte sich der Enkel mit den Kommunisten. Ihm wurde ihre Parteidisziplin widerlich. Berufungen in die Sowjetunion lehnte er ab und ging, ohne einem Menschen ein Wort zu sagen, aus dem Leben, das er als halber Bettler durchstreift hatte. Seine Lehrbücher aber bleiben ein unvergeßliches Vermächtnis an die Wissenschaft.

A.Mario



EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*